



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAFIE



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAFIE

GUT LEBEN IM ALTER

Aktionsplan der Landesregierung zur Politik für Seniorinnen
und Senioren in Rheinland-Pfalz

Aktionsplan der Landesregierung zur Politik für Seniorinnen und Senioren

IM ALTER GUT LEBEN
IM ALTER GUT LE
BEN GUT LEBEN IM ALTER
IM ALTER GUT LEBEN
GUT LEBEN IM ALTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz

www.msagd.rlp.de

INHALT

Grußwort Ministerin Malu Dreyer.....	4
1. Ziele und Aufgaben des Aktionsplanes	6
2. Handlungs- und Politikfelder des Aktionsplans	9
2.1 Selbstbestimmt Wohnen im Alter	12
2.1.1 Was bisher erreicht wurde.....	12
Barrierefreies Wohnen.....	12
Gemeinschaftliches Wohnen.....	14
Wohnen in guter Nachbarschaft in Orts- und Stadtkernen.....	15
Wohnen zuhause – gerade auch bei Unterstützungsbedarf.....	16
Selbstbestimmtes Leben in Einrichtungen.....	20
Wohnortnahe Unterstützung an Demenz erkrankter Menschen und ihrer Angehörigen.....	20
2.1.2 Die nächsten Schritte	24
Barrierefreies Wohnen.....	24
Gemeinschaftliches Wohnen.....	25
Wohnen in guter Nachbarschaft in Orts- und Stadtkernen.....	25
Wohnen zuhause – gerade auch bei Unterstützungsbedarf.....	26
Selbstbestimmtes Leben in Einrichtungen.....	28
Wohnortnahe Unterstützung an Demenz erkrankter Menschen und ihrer Angehörigen.....	28
2.2 Mobil und fit im Alter	31
2.2.1 Was bisher erreicht wurde.....	31
Aktive und gesunde Lebensgestaltung im Alter.....	31
Gesundheitsversorgung für ältere Menschen.....	34
Seniorenfreundliche Dorfgestaltung.....	35
Zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume	36
Seniorenfreundliche städtebauliche Erneuerung.....	38
Erhalt und Flexibilisierung des öffentlichen Personennahverkehrs.....	39
Altersgerechter Zugang zu neuen Medien	41

2.2.2 Die nächsten Schritte	43
Aktive und gesunde Lebensgestaltung im Alter.....	43
Gesundheitsversorgung für ältere Menschen.....	43
Seniorenfreundliche Dorfgestaltung.....	44
Zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume	45
Seniorenfreundliche städtebauliche Erneuerung.....	45
Erhalt und Flexibilisierung des öffentlichen Personennahverkehrs.....	45
Altersgerechter Zugang zu neuen Medien	46
2.3 Im Alter gut und sicher leben	48
2.3.1 Was bisher erreicht wurde.....	49
Soziale Sicherheit fördern – Altersarmut verhindern.....	49
Gut und motiviert – altersngerechte Arbeit	51
Sicherheit und Lebensqualität im Alltag fördern.....	55
Ältere Menschen als Konsumentinnen und Konsumenten stärken	57
2.3.2 Die nächsten Schritte	61
Soziale Sicherheit fördern – Altersarmut verhindern.....	61
Gut und motiviert – altersngerechte Arbeit	62
Sicherheit und Lebensqualität im Alltag fördern.....	64
Ältere Menschen als Konsumentinnen und Konsumenten stärken	65
2.4 Solidarität der Generationen stärken	67
2.4.1 Was bisher erreicht wurde.....	68
Voneinander lernen – sich gegenseitig unterstützen.....	68
Orte der Begegnung schaffen.....	71
Erfahrung und Innovation verbinden	75
2.4.2 Die nächsten Schritte	76
Voneinander lernen – sich gegenseitig unterstützen.....	76
Orte der Begegnung schaffen.....	76
Erfahrung und Innovation verbinden	77

2.5 Beteiligung älterer Menschen stärken	78
2.5.1 Was bisher erreicht wurde.....	79
Partizipation von Seniorinnen und Senioren stärken	79
Möglichkeiten älterer Menschen ausbauen, sich bürgerschaftlich zu engagieren.....	81
Anerkennung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen verbessern	84
Lebenslanges Lernen fördern	86
2.5.2 Die nächsten Schritte	90
Partizipation von Seniorinnen und Senioren stärken	90
Möglichkeiten älterer Menschen ausbauen, sich bürgerschaftlich zu engagieren.....	90
Anerkennung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen verbessern	91
Lebenslanges Lernen fördern	91

GRUSSWORT



Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“, den ich bereits 2010 beim 6. Seniorenkongress in Mainz vorgestellt habe, stellt die Ziele und Schwerpunkte der zukunftsorientierten Seniorenpolitik in Rheinland-Pfalz dar. Er zeigt die vielen innovativen Ansätze und Maßnahmen, die es bereits in unserem Land gibt. In einem landesweiten Beteiligungsprozess sind wir nun dabei, gemeinsam mit den Kommunen und vielen weiteren Partnerinnen und Partnern den Aktionsplan zu einem Landesaktionsplan weiterzuentwickeln. Da sich herausgestellt hat, dass dieser Aktionsplan eine sehr hilfreiche Arbeitsgrundlage in diesem Prozess ist, veröffentlichen wir für die vielen Veranstaltungen und Workshops eine unveränderte Neuauflage.

In Rheinland-Pfalz sind heute etwa 820.000 Menschen 65 Jahre und älter. Das ist ein Fünftel der Bevölkerung. Laut Statistischem Landesamt könnten es 2035 rund 1,13 Millionen ältere Frauen und Männer sein und damit fast ein Drittel der Bevölkerung. Über den Grund für diesen so genannten demografischen Wandel können wir uns freuen: Die Menschen leben länger als früher und sie bleiben in der Regel auch länger gesund. Dies ist eine große Chance für jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns und auch für die Gesellschaft.

Viele, vor allem „jüngere“ Ältere, sind voller Energie und Tatendrang. Sie möchten fit und mobil bleiben und ihre Lebenserfahrung und ihre Kompetenzen aktiv in die Gesellschaft einbringen. Hilfe- und pflegebedürftige ältere Menschen haben den Wunsch, möglichst lange selbstbestimmt und in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Sie alle wollen eingebunden sein in Familie und Nachbarschaft und wünschen sich ein gutes Miteinander der Generationen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung nimmt diese Wünsche der Menschen ernst. Deshalb setzen wir uns schon lange für ein gutes, selbstbestimmtes Leben im Alter ein: Rheinland-Pfalz bietet älteren Menschen eine Fülle von Mitwirkungsmöglichkeiten. So sind überall im Land Seniorenbeiräte aktiv und mehr als 200 Seniortrainerinnen und Seniortrainer begleiten ganz unterschiedliche, oft generationenübergreifende Projekte.

Mit neuen Konzepten des Wohnens im Alter, mit der Erprobung neuer und barrierefreier Wohnformen sowie neuer Technologien gehen wir innovative Wege, damit die Menschen so lange wie möglich eigenständig leben können.

Im Pflegefall werden die Bürgerinnen und Bürger von 135 Pflegestützpunkten im ganzen Land kostenlos wohnortnah beraten und

unterstützt. Kein anderes Land bietet ein solches flächendeckendes Unterstützungsangebot. Auch mit dem Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe haben wir neue Maßstäbe gesetzt. Das Gesetz stärkt das selbstbestimmte Wohnen von pflegebedürftigen Menschen und von Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben.

Der landesweite Beteiligungsprozess zur Umsetzung des Aktionsplans in einen Landesaktionsplan ist im Februar 2012 in Mainz gestartet: Sieben Regionalforen bieten die Möglichkeit zu einem intensiven Dialog und Austausch mit unseren Partnerinnen und Partnern in der Seniorenpolitik. Unter dem Titel „Gut leben im Alter – den demografischen Wandel gemeinsam gestalten“ diskutieren Vertreterinnen und Vertreter von Land, Kommunen, Kirchen, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden, Fachdiensten, Beratungsstellen und Organisationen gemeinsam darüber, wie wir im Alter leben möchten und was dafür notwendig ist.

Wesentliche Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter werden in den Kommunen geschaffen. Die Beteiligten und Betroffenen vor Ort kennen ihre jeweilige Situation, ihre spezifischen Bedürfnisse und auch ihre Ressourcen und Möglichkeiten am besten. Beim Beteiligungsprozess sollen daher die Kommunen eine zentrale Rolle spielen.

In kommunalen Workshops werden ab Sommer 2012 folgende Fragen diskutiert: Was brauchen wir für ein gutes Leben im Alter? Was haben wir in unserer Kommune schon? Was können wir selbst auf die Beine stellen? Wo brauchen wir andere Unterstützung beziehungsweise andere Rahmenbedingun-

gen? Herzlich dazu eingeladen sind Bürgerinnen und Bürger, Seniorinnen und Senioren, Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft, Wohnungswirtschaft, Freier Wohlfahrtspflege, Pflegeeinrichtungen, Vereinen und anderen beteiligten Organisationen. Die Landesregierung unterstützt die Kommunen dabei, Antworten auf diese Fragen zu finden. Die Servicestelle „Gut Leben im Alter“ bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) bietet Hilfe und Beratung. Jede Kommune, die einen Workshop bei sich durchführen möchte, kann dies bei der LZG melden.

In einem intensiven und konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten soll der vorliegende Aktionsplan weiterentwickelt werden. Angereichert mit den Erfahrungen der Akteurinnen und Akteure vor Ort soll er Handlungsempfehlungen und Umsetzungsmöglichkeiten in den Kommunen aufzeigen. Weitere Informationen zum Beteiligungsprozess bietet Ihnen die Internetseite www.gutlebenimalter.rlp.de.

Ich wünsche mir, dass sich möglichst viele an diesem Prozess beteiligen und daran mitwirken, für die Zukunft eine gute Basis für ein gutes Leben im Alter zu schaffen. Ich freue mich auf Ihre Teilnahme und Ihre Ideen.



Malu Dreyer

Ministerin für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Demografie
des Landes Rheinland-Pfalz

GRUSSWORT



Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“, den ich bereits 2010 beim 6. Seniorenkongress in Mainz vorgestellt habe, stellt die Ziele und Schwerpunkte der zukunftsorientierten Seniorenpolitik in Rheinland-Pfalz dar. Er zeigt die vielen innovativen Ansätze und Maßnahmen, die es bereits in unserem Land gibt. In einem landesweiten Beteiligungsprozess sind wir nun dabei, gemeinsam mit den Kommunen und vielen weiteren Partnerinnen und Partnern den Aktionsplan zu einem Landesaktionsplan weiterzuentwickeln. Da sich herausgestellt hat, dass dieser Aktionsplan eine sehr hilfreiche Arbeitsgrundlage in diesem Prozess ist, veröffentlichen wir für die vielen Veranstaltungen und Workshops eine unveränderte Neuauflage.

In Rheinland-Pfalz sind heute etwa 820.000 Menschen 65 Jahre und älter. Das ist ein Fünftel der Bevölkerung. Laut Statistischem Landesamt könnten es 2035 rund 1,13 Millionen ältere Frauen und Männer sein und damit fast ein Drittel der Bevölkerung. Über den Grund für diesen so genannten demografischen Wandel können wir uns freuen: Die Menschen leben länger als früher und sie bleiben in der Regel auch länger gesund. Dies ist eine große Chance für jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns und auch für die Gesellschaft.

Viele, vor allem „jüngere“ Ältere, sind voller Energie und Tatendrang. Sie möchten fit und mobil bleiben und ihre Lebenserfahrung und ihre Kompetenzen aktiv in die Gesellschaft einbringen. Hilfe- und pflegebedürftige ältere Menschen haben den Wunsch, möglichst lange selbstbestimmt und in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Sie alle wollen eingebunden sein in Familie und Nachbarschaft und wünschen sich ein gutes Miteinander der Generationen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung nimmt diese Wünsche der Menschen ernst. Deshalb setzen wir uns schon lange für ein gutes, selbstbestimmtes Leben im Alter ein: Rheinland-Pfalz bietet älteren Menschen eine Fülle von Mitwirkungsmöglichkeiten. So sind überall im Land Seniorenbeiräte aktiv und mehr als 200 Seniortrainerinnen und Seniortrainer begleiten ganz unterschiedliche, oft generationenübergreifende Projekte.

Mit neuen Konzepten des Wohnens im Alter, mit der Erprobung neuer und barrierefreier Wohnformen sowie neuer Technologien gehen wir innovative Wege, damit die Menschen so lange wie möglich eigenständig leben können.

Im Pflegefall werden die Bürgerinnen und Bürger von 135 Pflegestützpunkten im ganzen Land kostenlos wohnortnah beraten und

unterstützt. Kein anderes Land bietet ein solches flächendeckendes Unterstützungsangebot. Auch mit dem Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe haben wir neue Maßstäbe gesetzt. Das Gesetz stärkt das selbstbestimmte Wohnen von pflegebedürftigen Menschen und von Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben.

Der landesweite Beteiligungsprozess zur Umsetzung des Aktionsplans in einen Landesaktionsplan ist im Februar 2012 in Mainz gestartet: Sieben Regionalforen bieten die Möglichkeit zu einem intensiven Dialog und Austausch mit unseren Partnerinnen und Partnern in der Seniorenpolitik. Unter dem Titel „Gut leben im Alter – den demografischen Wandel gemeinsam gestalten“ diskutieren Vertreterinnen und Vertreter von Land, Kommunen, Kirchen, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden, Fachdiensten, Beratungsstellen und Organisationen gemeinsam darüber, wie wir im Alter leben möchten und was dafür notwendig ist.

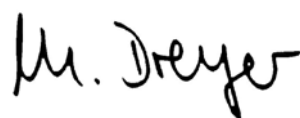
Wesentliche Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter werden in den Kommunen geschaffen. Die Beteiligten und Betroffenen vor Ort kennen ihre jeweilige Situation, ihre spezifischen Bedürfnisse und auch ihre Ressourcen und Möglichkeiten am besten. Beim Beteiligungsprozess sollen daher die Kommunen eine zentrale Rolle spielen.

In kommunalen Workshops werden ab Sommer 2012 folgende Fragen diskutiert: Was brauchen wir für ein gutes Leben im Alter? Was haben wir in unserer Kommune schon? Was können wir selbst auf die Beine stellen? Wo brauchen wir andere Unterstützung beziehungsweise andere Rahmenbedingun-

gen? Herzlich dazu eingeladen sind Bürgerinnen und Bürger, Seniorinnen und Senioren, Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft, Wohnungswirtschaft, Freier Wohlfahrtspflege, Pflegeeinrichtungen, Vereinen und anderen beteiligten Organisationen. Die Landesregierung unterstützt die Kommunen dabei, Antworten auf diese Fragen zu finden. Die Servicestelle „Gut Leben im Alter“ bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) bietet Hilfe und Beratung. Jede Kommune, die einen Workshop bei sich durchführen möchte, kann dies bei der LZG melden.

In einem intensiven und konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten soll der vorliegende Aktionsplan weiterentwickelt werden. Angereichert mit den Erfahrungen der Akteurinnen und Akteure vor Ort soll er Handlungsempfehlungen und Umsetzungsmöglichkeiten in den Kommunen aufzeigen. Weitere Informationen zum Beteiligungsprozess bietet Ihnen die Internetseite www.gutlebenimalter.rlp.de.

Ich wünsche mir, dass sich möglichst viele an diesem Prozess beteiligen und daran mitwirken, für die Zukunft eine gute Basis für ein gutes Leben im Alter zu schaffen. Ich freue mich auf Ihre Teilnahme und Ihre Ideen.



Malu Dreyer

Ministerin für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Demografie
des Landes Rheinland-Pfalz



1. ZIELE UND AUFGABEN DES AKTIONSPLANES

Die Landesregierung trägt mit ihren innovativen Aktivitäten und Maßnahmen dazu bei, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz auch im Alter gut leben können. Der vorliegende Aktionsplan ist ein Angebot an alle Beteiligten und Interessierten in Rheinland-Pfalz, gemeinsam die Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter zu schaffen.

Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“ konzentriert sich auf fünf Ziele:

- Selbstbestimmt Wohnen im Alter
- Mobil und fit im Alter
- Im Alter gut und sicher leben
- Solidarität der Generationen stärken
- Beteiligung älterer Menschen stärken.

Im Folgenden wird dargestellt, was bisher erreicht wurde und welche weiteren Schritte geplant sind, um diese fünf zentralen Ziele weiter zu verfolgen.

Der Aktionsplan unterscheidet zwei Zielgruppen:

- Erstens die Gruppe derjenigen, die heute nominell alt sind. Sie sind geprägt vom 2. Weltkrieg, vielen Entbehrenungen und dem Wiederaufbau. Dabei achtet der Aktionsplan sowohl auf die besonderen Wünsche und Erwartungen derer, die noch fit und aktiv sind, als auch derer, die auf Unterstützung und Pflege angewiesen sind.

- Zweitens die Gruppe derjenigen, die morgen alt werden. Dies sind die 50- bis 65-Jährigen. Sie können heute die Rahmenbedingungen mitgestalten und mitentwickeln, die nötig sind, damit sie auch morgen gut leben können.

Der Aktionsplan beschreibt, was aus Sicht der Landesregierung möglich und nötig ist, um die Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter zu schaffen und um diese auch in Zukunft zu erhalten. Dabei beschränkt sich der Aktionsplan bewusst auf die fünf genannten wesentlichen Ziele.

Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse, Berichte und Ergebnisse zum demographischen Wandel sind die Basis des Aktionsplans. Die Beschreibungen der schon durchgeführten Maßnahmen haben keinen abschließenden Charakter. Sie zeigen vielmehr beispielhaft die wesentlichen Maßnahmen und Erkenntnisse der Landesregierung aus den letzten Jahren auf. Sie schaffen die Grundlagen für eine auf Nachhaltigkeit angelegte Politik für ein gutes Leben im Alter und zur Sicherung der Lebensverhältnisse.

Als nächste Schritte werden Maßnahmen benannt, die aus Sicht der Landesregierung in den kommenden Jahren angepackt und umgesetzt werden müssen, um auch den heute 50- bis 65-Jährigen ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen.

Die Landesregierung ist dabei nur ein Akteur unter vielen. Ein gutes Leben im Alter braucht das Zusammenwirken von allen gesellschaftlichen Gruppen und allen Akteurinnen und Akteuren der unterschiedlichen Politikfelder. Das umfasst die Einzelne und den Einzelnen,

Familien, Nachbarschaften, Gemeinwesen und Initiativen, ehrenamtlich Aktive, Vereine, Verbände und Interessensvertretungen, Fachdienste und Beratungsstellen, Kommunen und Wohnungswirtschaft, Unternehmen, Gewerkschaften, Polizei und Wohlfahrtsverbände, Träger der sozialen Sicherungssysteme, Krankenkassen und Banken, Kindertagesstätten, Schulen, Fort- und Weiterbildungsträger, Ärzte, Fachdienste und Serviceleistungen der Pflege und Krankenhäuser, Wissenschaft, Kultur, Medien und Politik – um einige exemplarisch zu nennen.

Der Landesregierung ist es deshalb wichtig, dass alle relevanten Akteurinnen und Akteure der Seniorinnen- und Seniorenpolitik auch weiterhin eng zusammenarbeiten. Deshalb wird sie die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure weiter fördern, vor allem auch im Sinne eines generationenübergreifenden Dialogs.

Der vorliegende Aktionsplan ist ein weiterer Schritt im einen Prozess des Miteinanders und ist als Gesprächsangebot an alle zu verstehen, die daran mitarbeiten wollen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz ihr Leben auch im Alter selbstbestimmt und möglichst aktiv leben können. Mit dem Aktionsplan „Gut leben im Alter“ lädt die Landesregierung alle Beteiligten zu einem konstruktiven Dialog ein, um gemeinsam den Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Die beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen angesiedelte Landesleitstelle „Älter werden“ wird den Prozess begleiten und koordinieren.

Der 6. Seniorenkongress der Landesregierung Rheinland-Pfalz am 29. November 2010 ist der öffentliche Auftakt des Dialogs mit allen

Beteiligten und Interessierten. Zu diesem Kongress sind Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Institutionen und Organisationen eingeladen, die aktiv mitgestalten wollen. Um ihre Aktivitäten zu bündeln und zum regelmäßigen ressortübergreifenden Erfahrungsaustausch, wird die Landesregierung unter Federführung der Landesleitstelle „Älter werden“ eine interministerielle Arbeitsgruppe „Gut leben im Alter“ einrichten.

Außerdem wird die Landesregierung allen beteiligten Gruppen ausführliche Gelegenheit geben, sich in den Prozess einzubringen und Vorschläge zu machen. Es werden Gespräche geführt zum Beispiel mit der Landesseniorenvertretung, den kommunalen Seniorenbeiräten und dem Fachbeirat Seniorenpolitik beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. Eingebunden werden auch die Sozialdezernentinnen und -dezernenten der Kommunen und Kreise. Auch die Wohlfahrtsverbände und die Organisationen, die sich die Beteiligung und die Unterstützung von Seniorinnen und Senioren zur Aufgabe gemacht haben, Fachdienste für ältere Menschen, Wirtschaft und Gewerkschaften sind eingeladen, den Aktionsplan der Landesregierung zu diskutieren und zu einem Landesaktionsplan für alle weiterzuentwickeln.

Die bereits in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen werden gesichert und fortgeführt. Zusätzlich sind weitere Aktivitäten und Projekte geplant, die im folgenden Kapitel jeweils unter „Die nächsten Schritte“ aufgeführt sind.

Ziel der Landesregierung ist es, eine tragfähige Zusammenarbeit aller Beteiligten und Interessierten im Land für ein gutes Leben im Alter zu schaffen. Auf der Grundlage dieses Aktionsplans soll ein Landesaktionsplan entstehen. Dieser Landesaktionsplan soll von möglichst vielen Beteiligten entwickelt und von möglichst allen Beteiligten unterstützt und getragen werden.

Der beschriebene Beteiligungsprozess selbst ist Teil des Aktionsplans. Er wird mit dazu beitragen, das fünfte Ziel „Beteiligung älterer Menschen stärken“ noch besser bisher zu verwirklichen.

Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses werden gesichert und fließen in die kontinuierliche Umsetzung von Maßnahmen und in die Weiterentwicklung des Aktionsplans ein. Im Ergebnis entsteht so ein umfassender Landesaktionsplan für ein „Gutes Leben im Alter in Rheinland-Pfalz“, über dessen Umsetzungserfolge und Fortentwicklung berichtet wird.



2. HANDLUNGS- UND POLITIKFELDER DES AKTIONSPLANES

In den kommenden Jahrzehnten wird sich auch in Rheinland-Pfalz die Altersstruktur der Bevölkerung verändern. Die Zahl der jüngeren Menschen wird abnehmen, die der älteren Menschen kräftig ansteigen. Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Landesamtes wird die Gruppe der über 60-Jährigen in Rheinland-Pfalz bis 2035 um rund 360 000 Menschen wachsen. Das bedeutet im Vergleich zu heute eine Zunahme um 36 Prozent. Gegenwärtig sind 1,01 Mio. Menschen 60 Jahre und älter, 2035 werden es 1,37 Mio. Menschen sein. Der Bevölkerungsanteil der Menschen über 60 Jahre, der 2007 bei 25 Prozent lag, wird sich bis 2035 auf 37 Prozent erhöhen.

Mit anderen Worten: Bereits ab dem Jahr 2025 wird mehr als jeder dritte Einwohner von Rheinland-Pfalz 60 Jahre und älter sein.

Der Anteil der über 60-jährigen Menschen steigt in den kommenden Jahren zwar kontinuierlich, allerdings werden die 20- bis 60-Jährigen auch in den kommenden 40 Jahren das Bild der Gesellschaft prägen. Ihr Anteil liegt aktuell bei rund 60 Prozent und wird sich bis 2050 auf ungefähr 52 Prozent entwickeln. Sie bleiben dennoch auch weiterhin die relative Mehrheit der Gesellschaft.

Auch die Zahl der Menschen über 80 Jahre wird weiter zunehmen. Im Jahr 2007 lebten in

Rheinland-Pfalz rund 203.500 Menschen dieser Altersgruppe, davon waren rund 140.100 Frauen und 63.300 Männer. Im Jahr 2050 werden es voraussichtlich rund 490.000 Menschen sein, davon rund 290.000 Frauen und rund 200.000 Männer. Der Anstieg beträgt, über den gesamten Zeitraum betrachtet, bei den Frauen 106 Prozent und bei den Männern 215 Prozent.

Bis 2020 wird der Bevölkerungsanteil älterer Menschen in kreisfreien Städten voraussichtlich auf 29 Prozent und in den Landkreisen auf 31 Prozent der jeweiligen Gesamtbevölkerung steigen. Im Jahr 2050 sind in den kreisfreien Städten dann 37 Prozent und in den Landkreisen 40 Prozent der Menschen über 60 Jahre alt.¹ Im Vergleich der rheinland-pfälzischen Städte und Landkreise verweisen die Projektionen auf eine Spitzenposition der Stadt Mainz im Jahr 2020. Lediglich 27 Prozent der Bevölkerung im Stadtgebiet sind 60 Jahre und älter.² Den Gegenpol hierzu bieten die Stadt Pirmasens und der Landkreis Südwestpfalz. Voraussichtlich 35 Prozent beträgt der Anteil der Altersgruppe 60 plus in der Region. Die Trends verdichten sich. So wird im Jahr 2050 die kreisfreie Stadt Ludwigshafen mit 34 Prozent den geringsten Anteil an Menschen von über 60 Jahren und der Landkreis Südwestpfalz mit 44 Prozent den höchsten haben. Bis 2050 wird der Anteil der 60-Jährigen und Älteren an der Bevölkerung in der kreisfreien Stadt Landau mit 18 Prozent am stärksten steigen. Die hier skizzierten Prognosen des Statistischen Landesamtes sind auch

1 Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistische Analysen Rheinland-Pfalz 2050. Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Pflegebedarf, März 2010, Seite 11 ff.

2 Statistisches Landesamt (Hrsg.) a.a.O. Seite 30 ff.

als solche zu verstehen. Sie basieren auf spezifischen Annahmen, die sich durchaus noch verändern und durch die Politik gestaltet werden können.

Positiv gilt zu vermerken: Die Menschen in Rheinland-Pfalz werden immer älter und die meisten von ihnen erfreuen sich guter Gesundheit. Sie sind lange aktiv und mobil und können ihr Leben genießen. Dieser Trend muss erhalten und ausgebaut werden. Die Aufgabe der Politik ist es, Strategien zu entwickeln, um die weiteren Veränderungen zugunsten guter Lebensbedingungen für die Menschen zu beeinflussen.

Die Landesregierung schafft – auch mit dem vorliegenden Aktionsplan – Bedingungen dafür, dass Seniorinnen und Senioren auch morgen gut leben können. Um das zu erreichen, fördert sie die Lebensbedingungen von Seniorinnen und Senioren in den verschiedensten Politikfeldern. Dazu gehören vor allem das Wohnen und Arbeiten, die Gesundheit und soziale Sicherheit, die Solidarität von Jung und Alt und die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung.

Die Landesregierung:

- schafft moderne und altersgerechte Lebenswelten
- fördert die Potenziale älterer Beschäftigter, stärkt alternsgerechtes Arbeiten und gestaltet den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand flexibler
- verhindert Altersarmut und schafft soziale Sicherheit
- stärkt die Gesundheit und die eigenen Kräfte im Alter
- unterstützt die Mobilität älterer Menschen in Stadt und Land durch Innovationen und eine gute Infrastruktur

- trägt dazu bei, dass ältere Menschen die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stärker für sich nutzen können
- sensibilisiert die Wirtschaft für die Bedürfnisse älterer Verbraucherinnen und Verbraucher und stärkt Innovationen für ein „Gutes Leben im Alter“
- stärkt die Solidarität zwischen den Generationen und fördert eine lebendige Nachbarschaft
- stärkt Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens
- hilft älteren Menschen, sicher leben zu können
- fördert ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter und ermöglicht selbstbestimmte Wohn- und Lebensformen auch bei Behinderung und Pflegebedarf
- verbessert die Qualität der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und mit Pflegebedarf und stärkt kleinräumige, selbstbestimmte gemeinschaftliche Wohnformen
- unterstützt an Demenz erkrankte Menschen und ihre Angehörigen.

Im Aktionsplan „Gut leben im Alter“ gehören Menschen mit Migrationshintergrund als ein selbstverständlicher Teil der angesprochenen Zielgruppe dazu. Mit dem Landesintegrationskonzept „Viele Kulturen – Leben gemeinsam gestalten!“, das 2007 verabschiedet wurde und seither umgesetzt wird, hat die Landesregierung das Augenmerk auf die Vielfalt der rheinland-pfälzischen Bevölkerung gerichtet und hier einen eigenständigen Schwerpunkt. Die nun in das höhere Alter vorrückende Generation der Migrantinnen und Migranten hat viel zur Entwicklung und zum Wohlstand des Landes beigetragen.

Sie haben sich dauerhaft niedergelassen, Kinder und Enkel bekommen und ihre Lebensplanung anpassen müssen. Ihre besondere Situation macht es erforderlich, auch ihre besonderen Bedürfnisse zu berücksichtigen: Viele kamen aus Ländern, in denen das Leben im Alter anders als hier stattfindet. Sie benötigen daher Orientierungshilfen, die ihnen mehr Sicherheit geben, um sich in unseren Rahmenbedingungen zurecht zu finden. Viele hatten nicht die Chance, die deutsche Sprache gut zu erlernen. Sie benötigen Unterstützung, um die umfangreichen Informationen zu verstehen, die ihnen angeboten werden. Dies zu berücksichtigen, bedeutet für alle Anbieter, Unternehmen oder Partnerinnen und Partner, bei gemeinsam entwickelten Projekten auf die Vielfalt auch der älteren Bevölkerung in Rheinland-Pfalz einzugehen und ihre Angebote entsprechend zu gestalten.

Die Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die von ihr geförderten Maßnahmen und Angebote auf dieser Grundlage anzupassen: Zielgruppen- und bedarfsgerecht soll darauf geachtet werden, dass möglicherweise vorhandene Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund abgebaut werden. Auch für ein gutes Leben im Alter gilt, dass Teilhabegerechtigkeit für alle hergestellt werden muss.

2.1 SELBSTBESTIMMT WOHNEN IM ALTER

Die älteren Menschen von heute wollen selbstbestimmt leben. Sie wollen vor allem selbst entscheiden, wie und wo sie wohnen. Die Generation der heute 55- bis 65-Jährigen sind die älteren Menschen von morgen. Sie sollen schon heute mitgestalten können, wie ihr direktes Wohnumfeld im Alter aussehen wird. Sie sind kreativ, wenn es um neue Wohnformen geht und sie stehen technischen Entwicklungen, die ihnen das Leben erleichtern, aufgeschlossen gegenüber. Sie sollen an allen Planungen, die sie selbst betreffen, beteiligt werden.

Die Landesregierung ermöglicht älteren Menschen auch morgen ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten sozialen Umfeld und in der eigenen Wohnung. Deshalb fördert die Landesregierung:

- barrierefreies Wohnen
- gemeinschaftliches Wohnen
- Wohnen in guter Nachbarschaft in Orts- und Stadtkernen
- Wohnen zuhause – gerade auch bei Unterstützungsbedarf
- selbstbestimmtes Leben in Einrichtungen
- und eine wohnortnahe Unterstützung von demenzkranken Menschen und ihren Angehörigen.

2.1.1 Was bisher erreicht wurde

Barrierefreies Wohnen

Finanzielle Unterstützung

Mit Investitionszuschüssen oder zinsverbilligten Kapitalmarktdarlehen unterstützt das Ministerium der Finanzen Eigentümerinnen und Eigentümer von selbst genutzten Wohnungen sowie Vermieterinnen und Vermieter bei Maßnahmen, die ein barrierefreies oder zumindest barrierearmes Wohnen ermöglichen. Zu diesen Maßnahmen gehören zum Beispiel der Einbau eines Aufzugs in Gebäuden mit mehr als vier Vollgeschossen, der Anbau an ein bestehendes Gebäude, wenn er zur Verbesserung der sanitären Einrichtungen

oder zum Einbau eines Aufzugs für Menschen mit Behinderungen erforderlich ist, der Einbau einer Rampe für Rollstuhlfahrer oder der Einbau breiterer Türen.

Die bei der Modernisierung von selbst genutzten Wohnungen geltende Einkommensgrenze ermöglicht es einem großen Teil der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, von dieser Förderung zu profitieren. Weitere Informationen, auch zu den Einkommensgrenzen für die Inanspruchnahme einer Förderung, können auf der Website www.LTH-rlp.de in der Broschüre „Modernisierung 2010“ nachgelesen werden.

Innovative technologische Unterstützung

Neue technische Entwicklungen unterstützen ein selbstbestimmtes Leben zu Hause. So erhöhen zum Beispiel der Hausnotruf, aber auch – von der Technischen Universität Kaiserslautern und dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) entwickelte – intelligente Systeme unter anderem die Sicherheit in der eigenen Wohnung. Durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur werden im Forschungsschwerpunkt „Ambient Systems – Technologien und Anwendungen“ der Technischen Universität in Kaiserslautern grundlegende Forschungsarbeiten gefördert, die zur Unterstützung der Fähigkeiten und Fertigkeiten eines Menschen im Beruf und Alltag beitragen.

Bei dem Computersystem PAUL beispielsweise handelt es sich um eine innovative technische Haushaltshilfe, die Türen öffnen kann und nachsehen, wer klingelt, die Rollläden hoch- und runterfahren, das Licht an und ausschalten sowie im Internet surfen kann. Des Weiteren verfügt PAUL über gewisse Sicherheitsfunktionen, beispielsweise einen zentralen Schalter, der systemkompatible Steckdosen abschaltet oder eine LED-Anzeige für offene Fenster. Gegenwärtig ist PAUL in die Grundausstattung jeder Wohnung in einem Senioren-Mietshaus in Kaiserslautern integriert. PAUL bietet dort nicht nur mehr Sicherheit für die Bewohnerinnen und Bewohner, er ist auch Gemeinschaft stiftend. Aktuell entwickelt die TU Kaiserslautern ein Notrufsystem, das Alarm schlägt, wenn sich ein Bewohner über einen längeren Zeitraum nicht bewegt, obwohl er zu dieser Tageszeit normalerweise aktiv wäre. Das Alarmsignal soll direkt an das Deutsche Rote Kreuz weitergeleitet werden.

Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen

Das Sozialministerium finanziert seit fünfzehn Jahren die Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen. Die Beratungsstelle, die in Kooperation mit der Architektenkammer Rheinland-Pfalz arbeitet, ist bei der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V. angesiedelt. Beratung gibt es beispielsweise beim Um- oder Neubau von Gebäuden, beim Umbau von Bädern und Sanitärräumen oder bei einer barrierefreien Treppen- und Stufengestaltung. Ein Team von erfahrenen Fachkräften, Architektinnen und Architekten berät zurzeit landesweit an zehn festen Standorten, aber auch bei individuell vereinbarten Terminen vor Ort.

Ebenfalls auf Initiative des Sozialministeriums wurde das Beratungsnetzwerk Barrierefreies Wohnen gegründet. Hier engagieren sich die 135 Pflegestützpunkte, Servicestellen, Sozialverbände, Selbsthilfverbände, kommunale Behindertenbeiräte und -beauftragte, Unternehmen, Kammern und die Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen gemeinsam. Ziel des Netzwerks ist ein wohnortnahes und kompetentes Beratungsangebot zur barrierefreien Wohnraumanpassung.

Eine Basisberatung erfolgt durch die entsprechend geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der 135 Pflegestützpunkte in Rheinland-Pfalz, die bei Bedarf weitervermitteln, zum Beispiel an die spezialisierten Beraterinnen und Berater des Sozialverbands VdK und der Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen. Ein Flyer, der beim Sozialministerium erhältlich ist, informiert über Finanzierungsmöglichkeiten. Regionale Beratungsnetzwerke zum barrierefreien Bauen und Wohnen gibt es gegenwärtig in Kai-

erslautern, der Region Worms, der Südlichen Weinstraße und im Rhein-Hunsrück-Kreis.

Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Als erstes Land der Bundesrepublik Deutschland hat Rheinland-Pfalz einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen erstellt. Der Aktionsplan, der am 25. März 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, enthält rund 200 Maßnahmen zur Umsetzung von Barrierefreiheit und einer altersgerechten Lebensumwelt. Näheres unter www.un-konvention.rlp.de.

Gemeinschaftliches Wohnen

Derzeit arbeitet die Landesregierung mit 21 bewohnten und fünf im Bau befindlichen innovativen gemeinschaftlichen Wohnprojekten in Rheinland-Pfalz zusammen. Und sie unterstützt über 40 Gruppen, die gemeinsam eine neue Wohnform entwickeln, durch zwei Beratungsstellen und vier mobile Anlaufstellen für gemeinschaftliches Wohnen.

Neue Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf – als Alternative zum Wohnen in Pflegeeinrichtungen – finden sich auch in ambulant betreuten Wohngemeinschaften in Rheinland-Pfalz. Viele davon in Mainz. In diesen Wohngemeinschaften lässt sich der Lebensalltag für Pflegebedürftige oder an Demenzerkrankte oder Menschen mit Pflege- oder sonstigem Unterstützungsbedarf mit Alltagsbegleitung ähnlich wie zu Hause gestalten. Nähere Informationen gibt die Landesberatungsstelle für ambulant betreute Wohnge-

meinschaften in Mainz, Mitternachtgasse 6 (E-Mail: pflgewohnen@drk-mainz.de).

Beratungsstellen

Das Sozialministerium fördert zwei Beratungsstellen und neun Regionalstellen, die Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens beraten. Die Beratungsstelle für gemeinschaftliches, selbstbestimmtes und generationenübergreifendes Wohnen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Kreisverband Mainz-Bingen und die Beratungsstelle Gemeinschaftliches Wohnen Pfalz in Landau bündeln Initiativen gemeinschaftlicher Wohnformen in einer Erfahrungs- und Kontaktbörse. Und sie beraten Gruppen, die an gemeinschaftlichen Wohnformen interessiert sind. Außerdem fördert das Sozialministerium seit 2007 die Landesberatungsstelle „PflegeWohnen“ des DRK, die zu ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige und für Menschen, die an Demenz erkrankt sind, berät.

Seit Herbst 2008 beteiligt sich das Sozialministerium an dem Bundesmodellprojekt „Kompetenznetzwerk Wohnen – neue Formen der mobilen Beratung“. Dieses Projekt hat an den vier Standorten Bad Ems, Trier, Mainz und Landau ehrenamtliche mobile Beraterinnen und Berater ausgebildet, die die Beratung zu gemeinschaftlichem Wohnen verstärken.

Kooperationen für gemeinschaftliches Wohnen

Seit September 2007 gibt es die vom Land geförderte „Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinschaftliches Wohnen (LAG) in Rheinland-Pfalz“, eine Selbstvertretung für gemeinschaftliche Wohnprojekte.



Zur besseren Vernetzung der Professionen und Beratungsbereiche hat das Sozialministerium 2006 zusammen mit zahlreichen Partnerinnen und Partnern das Kooperationsforum „Gemeinschaftlich Wohnen in einer Gesellschaft des längeren Lebens“ gegründet.

Wohnen in guter Nachbarschaft in Orts- und Stadtkernen

Programm „Experimenteller Wohnungsbau: Wohnen in Orts- und Stadtkernen“

Das für den rheinland-pfälzischen Wohnungsbau zuständige Ministerium der Finanzen fördert mit dem im Februar 2007 aufgelegten Programm „Experimenteller Wohnungsbau: Wohnen in Orts- und Stadtkernen“ Projekte, die die Qualität des Wohnens verbessern und neue Formen des intergenerativen Wohnens ermöglichen. Das Programm richtet sich an Projektträger, zum Beispiel private Investoren, Wohnungsbaugesellschaften oder auch Kommunen, vorausgesetzt, die Kommune verfügt über entsprechende Dienstleistungs- und Grundversorgungsangebote. Beispielhafte

Projekte des Förderprogramms „Wohnen in Orts- und Stadtkernen“ sind: Senioren-Lodge Dirmstein, Seniorenresidenz Marienpark in Freudenburg und Betreutes Wohnen am Speyerbach in Lambrecht/Pfalz. Seit dem Programmstart im Jahr 2007 wurden rund 9,8 Mio. Euro für 467 Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von 39.231 m² bewilligt. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 68,9 Mio. Euro. Weitere Informationen sind der Broschüre „Neues Wohnen – Aktuelle Wohnungsbauprojekte in Rheinland-Pfalz“ des Ministeriums der Finanzen zu entnehmen.

Modellprojekte Experimenteller Wohnungs- und Städtebau

Mit dem Forschungsprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau „ExWoSt“ fördert das Ministerium der Finanzen Modellprojekte zu wichtigen und aktuellen städtebau- und wohnungspolitischen Themen, deren Erfahrungen für die Weiterentwicklung des Städtebaus genutzt werden können. Schwerpunkte dieses Programms sind Projekte zum kostengünstigen und umweltge-

rechten beziehungsweise energiesparenden Planen und Bauen sowie Initiativen und Modellvorhaben zu sozialen Themen, wie beispielsweise familiengerechtes, generationenübergreifendes oder altersgerechtes Wohnen. Gefördert werden anteilig die modellbedingten Mehrkosten, die beispielsweise durch die Planung, Vorbereitung, das Projektmanagement, die Begleitforschung und die Dokumentation der Ergebnisse entstehen. Weitere Informationen gibt es unter www.fm.rlp.de (Bauen und Wohnen, Experimentelles Bauen).

Landesweite Themenwoche zu Neuem Wohnen

Im Februar 2010 setzte eine landesweite Themenwoche mit über 90 regionalen Veranstaltungen in ganz Rheinland-Pfalz Impulse für barrierefreies Wohnen, gemeinschaftliche Wohnformen und neue Nachbarschaften. Rund 3.500 Besucherinnen und Besucher informierten sich über Raumklima und Behaglichkeit durch sinnvolle Energiedämmung, zukünftiges Wohnen in ländlich geprägten Räumen, soziale Wohnraumförderung in Rheinland-Pfalz, Kriterien guter Nachbarschaft, die Gründung von Wohngenossenschaften und gute private Pflege-Wohngemeinschaften.

Deutlich wurde, dass der Erfolg neuer Wohnprojekte oder vernetzter Nachbarschaft ganz wesentlich davon abhängt, wie gut es den Kommunen gelingt, städtebauliche Strategien zur Gestaltung und Belebung der Ortskerne zu realisieren. Die bereits erwähnten von der Landesregierung geförderten Beratungsstellen können mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen dabei eine Hilfe sein. Weitere Informationen zur Aktionswoche unter www.aktionswoche-wohnen.rlp.de.

Wohnen zuhause – gerade auch bei Unterstützungsbedarf

Strukturen der pflegerischen Versorgung

Mit dem Landespflegestrukturgesetz³ hat die Landesregierung den rheinland-pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten ein Instrument an die Hand gegeben, mit dem eine quartiersbezogene Pflege entwickelt werden kann.

Pflegestrukturplanung

Ein wichtiger Baustein dieses Gesetzes ist die Pflegestrukturplanung. Ziel ist, Daten zur Entwicklung des pflegerischen Bedarfs, der Unterstützung sowie der Infrastruktur zu gewinnen, um ein selbstbestimmtes Wohnen älterer Menschen in Gemeinden zu ermöglichen, auch bei Unterstützungsbedarf. Die Pflegestrukturplanung soll auch die Entwicklung neuer Angebote in der Pflege und für das Wohnen älterer Menschen mit Unterstützungsbedarf im Blick haben.

Wie sich dieses neue Planungsverständnis praktisch umsetzen lässt, wurde mit finanzieller Unterstützung des Landes vom 1. Oktober 2008 bis zum 30. September 2009 in zehn Landkreisen und kreisfreien Städten modellhaft erprobt. Neben der Erstellung eines allgemeinen beziehungsweise regionalen Datenreports (Pflegemonitoring) wurden je nach Standort verschiedene Schwerpunkte und Projekte bearbeitet.

³ Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur sowie die entsprechende Landesverordnung (LPFLeGeASG und LPFLeGeASGDVO) vom 25. Juli 2005.

Modellstandorte Pflegestrukturplanung

Landkreis / kreisfreie Stadt	Themenschwerpunkt / Arbeitstitel
Altenkirchen	„Aktiv im Alter“ (Erprobung im Rahmen eines Bundesmodellprojektes)
Bernkastel-Wittlich	„Zu Hause alt werden“
Donnersberg	„Mittendrin statt nur gepflegt – Förderung der Teilhabe stationär gepflegter Menschen am Gemeindeleben“
Germersheim	„Informationsbroschüre Pflege“
Kusel	„Wohnen im Alter“
Mayen-Koblenz	„Ausbau alternativer Hilfeformen im Vor- und Umfeld der Pflege“
Rhein-Hunsrück-Kreis	„Bürgerschaftliches Engagement informiert Kommunalpolitik“
Rhein-Pfalz-Kreis	„Aufbruch Demenz“
Speyer	„Bewusstseinsbildung für Demenz“
Worms	„Überleitungsmanagement: Kooperation an der Schnittstelle häusliche Pflege“

Exemplarische Darstellung des Projekts im Rhein-Hunsrück-Kreis: An dem Projekt, das vom 1. Oktober 2008 bis 30. September 2009 durchgeführt wurde, nahmen 37 Ortsgemeinden mit ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten teil, die die Aktionen und Angebote in den Gemeinden organisierten. Ziel war der Aufbau einer geregelten Kommunikationsstruktur zwischen bürgerschaftlich engagierten Menschen in den Ortsgemeinden (zum Beispiel den Seniorenbeauftragten oder Beauftragten für soziale Fragen) und der Kommunalpolitik, um verbesserte (Pflege-) Strukturen in den Gemeinden anzustoßen. Das Projekt wurde gemeinsam erarbeitet und in einzelnen Handlungsschritten umgesetzt: Die Beteiligten haben eine Vorlage für einen

jährlichen „Bericht zur sozialen Situation in der Ortsgemeinde“ erstellt, ein geregeltes Verfahren der Zusammenarbeit entwickelt, einen Bericht für 2008 erarbeitet und ausgewertet sowie Vereinbarungen für die Zukunft getroffen.

Pflegestützpunkte

Die flächendeckende Struktur der Beratungs- und Koordinierungsstellen in Rheinland-Pfalz war beispielgebend für die Entwicklung von Pflegestützpunkten auf Bundesebene. Derzeit werden die landesweit 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen zu Pflegestützpunkten weiterentwickelt. Darüber hinaus besteht im Rahmen des Landespflegestrukturgesetzes die Möglichkeit, innerhalb eines Landkreises

oder einer kreisfreien Stadt eine zusätzliche Fachkraft mit bis zu einer halben Stelle für die Wahrnehmung von Schwerpunktaufgaben zu beschäftigen. Schwerpunktaufgaben sind besonders die Gewinnung, Unterstützung und Einbeziehung bürgerschaftlich engagierter Menschen in der Pflege, die Entwicklung ehrenamtlicher Strukturen im Bereich der Pflege sowie die Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit den sonstigen Anbietern. Aktuell sind zwölf Fachkräfte mit Schwerpunktaufgaben in den Landkreisen und kreisfreien Städten tätig.

Regionale Pflegekonferenzen

In jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt ist gemäß Landespflegestrukturgesetz eine Regionale Pflegekonferenz einzurichten. Sie fördert den Austausch, die Einbindung, die Zusammenarbeit und die Kooperation aller an der Pflege Beteiligten und trägt dazu bei, Schnittstellenprobleme zu beseitigen. Ziel der Regionalen Pflegekonferenz ist die wirkungs-

volle Unterstützung des Landkreises oder der kreisfreien Stadt bei der Umsetzung der Aufgaben nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch und nach dem Landespflegestrukturgesetz. Das gilt besonders für die Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur für Menschen, die aufgrund ihres Alters oder wegen Krankheit, Behinderung oder auch aus anderen Gründen darauf angewiesen sind.

Bürgerschaftliches Engagement

Durch den Auf- und Ausbau komplementärer und niedrigschwelliger Betreuungsangebote wird bürgerschaftliches Engagement im Vor- und Umfeld der Pflege eingebunden und gestärkt. Komplementäre Angebote tragen dazu bei, den Vorrang der häuslichen Pflege und Versorgung zu sichern. Dazu zählen ehrenamtliche Besuchs- und Begleitdienste, die die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglichen, pflegende Angehörige vor Überlastung schützen oder auch einer Vereinsamung ent-



gegenwirken. In niedrighschwelligem Betreuungsangeboten übernehmen – entsprechend qualifizierte – ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unter pflegefachlicher Anleitung die Betreuung besonders von demenzkranken Menschen in Gruppen oder im häuslichen Bereich. Außerdem entlasten und beraten sie pflegende Angehörige.

Landesweit konnten bereits rund 300 solcher Angebote anerkannt beziehungsweise aufgebaut werden. Diese werden anteilig mit Landesmitteln in Höhe von rund 435.000 Euro gefördert. Allein in den rund 180 geförderten Unterstützungsangeboten im Bereich der Pflege, z. B. Besuchsdiensten oder Betreuungsgruppen für demenzkranke Menschen, sind bereits über 2.500 Ehrenamtliche aktiv.

Haushaltsassistenten für die Pflege

Die Haushaltsassistenten für die Pflege dient der Entlastung bei pflegerischen Aufgaben in einer Familie. Dieses Angebot gibt es seit Anfang 2006: Es kann stundenweise bei den ambulanten Diensten angefordert werden. Die Haushaltsassistenten für die Pflege wird landesweit nach einem einheitlichen Curriculum qualifiziert. Die Leistungen werden individuell mit dem ambulanten Pflegedienst vereinbart, der diese Leistungen erbringt. Die Einsatzzeit liegt in der Regel zwischen 6 und 22 Uhr an Werk-, Sonn- und Feiertagen; bei Bedarf auch darüber hinaus. Die Preise liegen zwischen 8,50 und 12,50 Euro pro Stunde. Das Land unterstützt dieses Angebot durch eine pauschalierte Festbetragsförderung von 200 Euro pro Monat.

Forschung für die Erleichterung des Alltags

Die Landesregierung hat ein hohes Interesse daran, dass die Erkenntnisse der von ihr geförderten Grundlagenforschung – über die praktische Erprobung hinaus – Eingang in den Alltag finden. Beispielsweise zwei nachfolgend genannte Initiativen:

Im Blickpunkt des bereits erwähnten Forschungsschwerpunkts „Ambient Systems-Technologien und Anwendungen“ der Technischen Universität in Kaiserslautern stehen grundlegende Forschungsarbeiten zur Unterstützung der Fähigkeiten und Fertigkeiten eines Menschen im Beruf und Alltag. Die Vision ist, dass mit Hilfe von ausgeklügelter Informationstechnologie menschliche „Schwächen“ beispielsweise in den Bereichen Wahrnehmung oder Mobilität überwunden werden.

Im medizinischen Bereich liegen die Anwendungen unter anderem in der Notfallerkennung. Durch leicht bedienbare Hausautomatisierungstechnik, die unauffällig platziert und den individuellen Bedürfnissen angepasst ist, können beispielsweise ältere Menschen in ihrer Wohnung zusätzlich unterstützt werden. In einem Notfall ist nicht nur die Bewohnerin oder der Bewohner selbst in der Lage, Hilfe zu alarmieren. Die Alarmierung erfolgt automatisch, wenn dies durch die Personen selbst nicht mehr möglich ist, beispielsweise nach Stürzen.

In enger Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) münden die Grundlagenarbeiten des Forschungsschwerpunkts „Ambient Systems – Technologien und Anwendungen“ in interessante Projekte mit zahlreichen Partnerinnen und Partnern. Beispielsweise ist die Umsetzung der bisherigen Forschungs-

ergebnisse in Kooperation mit lokalen Wohnungsbaugesellschaften geplant. Hier ist die Erprobung prototypischer Produkte, zum Beispiel eines elektronischen Assistenten, der Gefahrensituationen erkennt, für den Alltag vorgesehen.

In der Fortsetzung des Vorhabens „ProAssist-4Life“, das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, wird ein elektronischer Assistent für das häusliche Umfeld entwickelt. Der elektronische Assistent soll Situationen der Hilfsbedürftigkeit erkennen und geeignete Hilfemaßnahmen erbringen, beispielsweise automatisch den Rettungsdienst informieren.

Besonders vor dem Hintergrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und der gleichzeitig erwarteten Reduktion an niedergelassenen Ärzten in ländlichen Gebieten wird der Rettungsdienst für diese Bevölkerungsgruppe und diese Regionen immer mehr zu einem zentralen Element der medizinischen Versorgung. Seniorinnen und Senioren machen mittlerweile die wichtigste Untergruppe unter den Notfallpatienten aus. Das Ministerium des Inneren und für Sport und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur wollen die notfallmedizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz verbessern und fördern das Deutsche Zentrum für Notfallmedizin und Informationstechnologie, DENIT. Seit 2009 arbeiten Medizinerinnen und Mediziner des Westpfalz-Klinikums und Informatikerinnen und Informatiker des Fraunhofer Instituts für Experimentelles Software Engineering (IESE) gemeinsam daran, die notfallmedizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln. Zu den Tätigkeitsfeldern von DENIT gehören die Registrierung und

Auswertung von Einsatzdaten, die Konzeption und der Aufbau von Einsatzdatenbanken und Expertensystemen.

Selbstbestimmtes Leben in Einrichtungen

Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe

Das Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe (LWTG) ist am 1. Januar 2010 an die Stelle des alten Heimgesetzes des Bundes getreten. Es unterstützt und fördert das selbstbestimmte Wohnen älterer Menschen, pflegebedürftiger volljähriger Menschen und von Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben. Vor allem das kleinräumige, selbstbestimmte gemeinschaftliche Wohnen soll in diesem Sinne gestärkt werden. Weitere Schwerpunkte bilden die Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen innerhalb der Einrichtungen und ihr Kontakt ins Wohnumfeld, eine verbesserte Transparenz der Angebote, individuelle Beratungsangebote, die Beschwerdestelle und das Einsichtsrecht der Bewohnerinnen und Bewohner in die sie betreffende Pflegedokumentation. Träger von Einrichtungen werden durch das Gesetz auch dabei unterstützt, bürgerschaftlich engagierte Menschen für ihre Einrichtung zu gewinnen.

Die Beratungsleistungen wurden durch das LWTG gegenüber dem alten Heimgesetz deutlich erweitert. Die zuständige Beratungs- und Prüfbehörde (ehemals Heimaufsicht) steht nun auch den Bewohnerinnen und Bewohnern in Einrichtungen, ihren Angehörigen, Vertretungen der Bewohnerschaft, Trägern von Einrichtungen, aber auch Initiatoren selbstbestimmter Wohngemeinschaften beratend zur Seite. Für Menschen, die sich für die



Wohnform einer selbstbestimmten Wohngemeinschaft für ältere Menschen mit Hilfebedarf interessieren, hat das Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe ein besonderes Beratungsangebot verankert. Die Landesberatungsstelle PflegeWohnen berät Initiatorinnen und Initiatoren selbstbestimmter Wohngemeinschaften bei der Konzeption und Umsetzung der selbstbestimmten gemeinschaftlichen Haushalts- und Lebensführung.

Informations- und Beschwerdetelefon Pflege und Wohnen in Einrichtungen

Seit März 2010 fördert das Sozialministerium das landesweite Informations- und Beschwerdetelefon Pflege und Wohnen in Einrichtungen als Weiterentwicklung des Info-Telefons bei der Verbraucherzentrale, das schwerpunktmäßig für Fragen und Beschwerden in der ambulanten Pflege vorgesehen war. Damit gibt es jetzt landesweit eine kostenlose und vertrauliche Ansprechstelle für Fragen und Beschwerden in der ambulanten und in der stationären Pflege, also auch für Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen und für ihre Angehörigen.

Wohnortnahe Unterstützung an Demenz erkrankter Menschen und ihrer Angehörigen

Demenzkampagne der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.

Seit 2004 fördert die Landesregierung die Demenzkampagne der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG). Ziele sind die Information und Aufklärung einer breiten Öffentlichkeit über den Krankheitsverlauf einer Demenz, die Enttabuisierung der Krankheit und vor allem die Unterstützung von Angehörigen, zum Beispiel durch Schulungen. Das im September 2009 ins Leben gerufene Landes-Netz-Werk Demenz unterstützt Netzwerke der Beratung und Versorgung und regt neue regionale Kooperationsformen an.

Derzeit gibt es in Rheinland-Pfalz rund 25 Demenznetzwerke, die als „AG Demenz“, „Netzwerk Demenz“ oder „ServiceStelle Demenz“ vor Ort zur Verfügung stehen. In den regionalen Demenznetzwerken arbeiten

Anbieterinnen und Anbieter der örtlichen Versorgungsstruktur zusammen, um Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen eine passgenaue wohnortnahe Unterstützung vermitteln zu können.

Am 21. September 2009 fand in Mainz mit großer Resonanz die erste Netz-Werk-Konferenz statt. Die Konferenz mit dem Titel „Demenz – gemeinsam handeln“ stellte Beispiele guter Praxis in Rheinland-Pfalz vor. Sie bot den rund 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel Raum zum Austausch und zeigte wichtige Methoden für eine gute Netzwerkarbeit auf. Mit der zweiten Netz-Werk-Konferenz am 23. Juni 2010 wurde der landesweite Austausch des Demenz-Netzwerks fortgesetzt. Insgesamt 30 Projekte hatten die Möglichkeit, ihre Ideen vorzustellen.

Weiterbildung zum Thema Demenz

Um innovative Modelle der wohnortnahen Unterstützung zu entwickeln und bestehende einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bietet das Landes-Netz-Werk Demenz jährlich einen Fachtag und zahlreiche Fortbildungen an. Die Reihe wurde 2008 mit dem Thema „Demenz und Musik“ begonnen. Dieses Thema ist seit 2006 fester Bestandteil des Weiterbildungsangebots im Rahmen der Demenzkampagne. Ziel ist die Verbesserung der Lebensqualität dementiell erkrankter Menschen durch Musik als Kommunikations- und Ausdrucksmittel. 2009 stand der Fachtag unter dem Motto „Selbst bei Demenz – Ressourcen erweitern, Sinn erhalten, ethisch handeln“.

Aufgrund der ungebrochen großen Nachfrage startete im Februar 2009 erneut die berufsbegleitende Fortbildung „Demenz und Musik“

für Fachkräfte der ambulanten und stationären Pflege, die in Kooperation mit der Landesmusikakademie Rheinland-Pfalz angeboten wird. Das Seminar „Musik als Schlüssel“, das im März 2010 wie schon die Jahre zuvor großen Anklang fand, richtete sich sowohl an Fachkräfte in der Betreuung und Beratung von betroffenen Familien als auch an ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer von demenzkranken Menschen.

Wohnortnahe Unterstützung finden

Unter www.demenz-rlp.de finden an Demenz erkrankte Menschen und ihre Angehörigen die Kontaktdaten zu Angeboten der wohnortnahen Beratung und Unterstützung. Die Einträge in der Demenzlandkarte werden von den Anbietern selbst regelmäßig aktualisiert. Dort sind auch alle regionalen Demenznetzwerke mit einem eigenen Eintrag vermerkt.

In Mainz startete am 25. November 2009 das Projekt „Antennen für Demenz“. Es wird in Kooperation zwischen der ServiceStelle Demenz in Mainz, den Mainzer Pflegestützpunkten, der Sozialplanung der Stadt Mainz und der LZG durchgeführt.

Das Projekt bindet Menschen, die durch ihr Engagement, ihre Vereinsmitgliedschaft, ihre soziale oder berufliche Position bekannt und anerkannt sind, in die Demenzkampagne ein. Sie können Tipps und Informationen geben und den Kontakt zu den Mainzer Pflegestützpunkten herstellen. Wie eine Antenne sollen diese Personen Signale empfangen und weiterleiten. In einer Schulung wurde den ersten 14 Mainzer „Antennen“ das nötige Basiswissen über die Krankheit Demenz, ihre Symptome, die Besonderheiten des Umgangs mit Betroffenen sowie das in der Region vorhan-

dene Unterstützungssystem vermittelt. Ziel ist, dass Betroffene und ihre Angehörigen eine wohnortnahe Hilfe passgenau und früh über die Pflegestützpunkte vermittelt wird.

Als Ergänzung zum Auftakt des Projekts ist eine Broschüre der LZG mit dem Titel „Begegnung mit an Demenz erkrankten Menschen“ erschienen. Die Broschüre kommt nicht nur in den Schulungen der „Antennen für Demenz“ zum Einsatz, sondern ist für alle Bürgerinnen und Bürger geeignet, die sich über das Thema Demenz informieren wollen.

Leuchtturmprojekt Demenz „start modem“⁴

Das Leuchtturmprojekt Demenz „start modem“ ist eine Initiative der Universitätsmedizin Mainz, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG), des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz und der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz in Kooperation mit der Rheinhessen-Fachklinik Alzey, der Rhein-Mosel-Fachklinik Andernach und dem Hausärzterverband. Ziel ist eine landesweite fachgerechte Anwendung standardisierter Diagnoseverfahren, um eine Demenz-Erkrankung so früh wie möglich zu erkennen und fachgerecht zu behandeln. Die psychosoziale Beratung und Begleitung kann rechtzeitig zusammen mit den Betroffenen und ihren Familien besprochen und erarbeitet werden. Nur so wird die Chance genutzt, die Selbstständigkeit und Lebensqualität der betroffenen Menschen so lange wie möglich zu erhalten und die familiäre Betreuung, aber

auch eine Entlastung der pflegenden Familienangehörigen zu sichern. Zentrale Elemente des Projektes sind die Qualifizierung von Hausärztinnen und -ärzten, ihre Einbeziehung in die Frühversorgung von Patientinnen und Patienten, die an Demenz erkrankt sind, und die direkte frühe Beratung und Begleitung durch einen örtlichen Pflegestützpunkt.

In der Zwischenauswertung des Projekts wurden die hohe Akzeptanz der 100 teilnehmenden Hausärztinnen und Hausärzte und ihre gute Kooperation mit den Pflegestützpunkten festgestellt. Die Ergebnisse des Projektes werden derzeit noch ausgewertet und sollen publiziert werden. Parallel dazu wird die vernetzte hausarztbasierte Versorgung weitergeführt.

4 Hausarztbasiertes Modellprojekt zur besseren Demenzversorgung in Rheinland-Pfalz.



2.1.2 Die nächsten Schritte

Barrierefreies Wohnen

Finanzielle Förderung

Die Förderprogramme der Landesregierung zum Wohnen in Orts- und Stadtkernen, zur Wohnraumanpassung oder Wohnmodernisierung, werden auch in Zukunft barrierefreies Wohnen stärken und dazu beitragen, mehr Wohnungen altersgerecht zu gestalten.

Landesberatungsstelle barrierefrei Bauen und Wohnen

Die Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen wird ihre Beratungsarbeit weiter intensivieren, zum Beispiel auch durch das Angebot für Ratsuchende, sie in ihren eigenen vier Wänden zu besuchen und dort zu beraten. In Zusammenarbeit der Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen mit den Fachhochschulen und Handwerkskammern ist ein Wettbewerb zur Gestaltung von Alltagsgegenständen mit dem Titel „Universelles

Design“ vorgesehen. Gerade auch Menschen mit Behinderungen oder ältere Menschen sollen davon profitieren.

Beratungsangebote stärker vernetzen

Die verschiedenen Beratungsangebote sollen stärker als bisher vernetzt werden, um einerseits die vorhandenen fachlichen Kompetenzen zu bündeln und andererseits für Menschen, die Beratung suchen, kurze Wege zu schaffen. Es ist wichtig, die Wohnberatungsstellen mit den örtlichen Beratungsangeboten, beispielsweise den Pflegestützpunkten, zu verknüpfen. Wissen und Erfahrung der Beratungs- und Prüfbehörde nach dem Landeswohnformen- und Teilhabegesetz (LWTG) sollen zukünftig stärker genutzt werden.

Die Landesregierung wird darauf hinwirken, dass in den Regionen weitere Beratungsnetzwerke zur barrierefreien Wohnraumanpassung entstehen. Es ist Aufgabe des Landesbera-

tungsnetzwerks Barrierefreies Wohnen, der örtlichen Pflegestützpunkte, aber auch der Kommunen und weiterer Akteure vor Ort, den Bedarf in den regionalen Pflegekonferenzen zu beraten.

Gemeinschaftliches Wohnen

Die Landesregierung will in den nächsten Jahren möglichst viele Menschen, Kommunen, Wohnbaugesellschaften und Architektinnen und Architekten in Rheinland-Pfalz für die Entwicklung von neuen Konzepten des gemeinschaftlichen Wohnens gewinnen. Dazu verstärkt sie auch ihre Öffentlichkeitsarbeit für neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens.

Mehr Informationen über gemeinschaftliches Wohnen

Im Frühjahr dieses Jahres wurde die Wanderausstellung „Wohnprojekte in Rheinland-Pfalz“ auf den Weg gebracht, die auch weiterhin in verschiedenen Regionen unseres Landes über rheinland-pfälzische Wohnprojekte informieren wird.

Fachtagungen

Mit dem geplanten Landesaktionsplan soll das vorhandene Wissen über gemeinschaftliche Wohnprojekte gesammelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Beispielsweise durch eine Wohnprojektmappe, in der auch Kontaktdaten von Beratungs- und Anlaufstellen sowie von Initiativgruppen enthalten sind. Außerdem soll es einen regelmäßigen Newsletter mit aktuellen Terminen und Fortbildungen geben. Erfahrungsexperten und -expertinnen und Fachberater und -beraterinnen der DRK-Beratungsstelle LebensWohnraum für Rheinland-Pfalz tragen die Informa-

tionen regelmäßig zusammen und stellen sie auch auf der Homepage www.drk-lebenswohnraum.de ein.

Beratungsstellen

Für das Projekt „Mobile Wohnberaterinnen und -berater“ ist im Laufe des Jahres 2010 eine zweite Phase der Akquise durchgeführt worden. Unter Einbeziehung der bisherigen Erfahrungen wurde eine zweite Schulungsreihe für neue Wohnberaterinnen und -berater gestartet, die im August abgeschlossen sein soll. Die bestehenden Teams erhalten zusätzliche Kompetenzen: Es sollen neue regionale Schwerpunkte geschaffen werden.

Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinschaftliches Wohnen (LAG) in Rheinland-Pfalz

Durch die Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinschaftliches Wohnen in Rheinland-Pfalz stärkt die Landesregierung die Selbstorganisation der Initiativen in Zukunft weiter.

Wohnen in guter Nachbarschaft in Orts- und Stadtkernen

Eine generationengerechte Dorferneuerung, die Ortskerne wieder belebt, neu nutzt und ein gutes nachbarschaftliches Miteinander fördert sowie eine altersgerechte Entwicklung von Stadtteilen sind auch künftig Ziele der Förderkonzepte der Landesregierung.

Programm „Experimenteller Wohnungsbau: Wohnen in Orts- und Stadtkernen“

Das Programm „Experimenteller Wohnungsbau: Wohnen in Orts- und Stadtkernen“ wird fortgeführt. Förderanträge über rund 65 Miet- bzw. Eigentumswohnungen mit rund 4.200 m² Wohnfläche, einer voraussichtlichen Zuschuss-

höhe von 1,0 Mio. Euro und einem Investitionsvolumen von rund 6,5 Mio. Euro befinden sich derzeit im Bewilligungsverfahren.

Mehr Beteiligung

Bei der weiteren Förderung von Dorfkernen, Stadtteilen und Wohnvierteln gilt es, die Menschen an Planungs- und Steuerungsprozessen zu beteiligen. Nachbarschaft entwickelt sich durch Partizipation. Dazu können die vorhandenen Strukturen und sozialen Angebote eingebunden werden, wie beispielsweise Dorfgemeindehäuser, Häuser der Familien, Familienzentren, Familienbildungsstätten, Beratungsstellen, Seniorentreffs, Pflegestützpunkte, kirchliche Angebote, aber auch Kindertagesstätten und Schulen. Die seniorengerechte Gestaltung von Plätzen, Wegen, Bewegungsflächen oder Mehrgenerationenparks soll Begegnung fördern und Gemeinschaft stärken.

Wohnen zuhause – gerade auch bei Unterstützungsbedarf

Pflege

Die Landesregierung wird sich weiter dafür einsetzen, dass Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf zu Hause selbstbestimmt leben und wohnen können. Dörfer und städtische Wohnquartiere sollen altersgerecht gestaltet und die vorhandenen Pflegestrukturen (unter Berücksichtigung neuer Wohn- und Pflegeformen) bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Die pflegerische Versorgung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit den Partnern, besonders mit den Leistungserbringern, den Pflege- und Krankenkassen, den Landkreisen und kreisfreien Städten wird die Weiterent-

wicklung der Beratungs- und Versorgungsstrukturen in Rheinland-Pfalz vorangebracht.

Die medizinische und pflegerische Versorgung, zum Beispiel durch Ärztinnen und Ärzte, Apotheken, Pflegestützpunkte oder ambulante Pflegedienste, muss für die Menschen wohnortnah erreichbar sein. Das kann durch einen integrierten Planungsprozess gelingen, bei dem die Dorf- und Stadtteilentwicklung mit der Pflegestrukturplanung verknüpft wird. Die Landesregierung unterstützt die Kommunen bei dieser Aufgabe, indem sie den Austausch über Erfahrungen und Erkenntnisse aus zehn Modellprojekten im Land angestoßen hat und weiterhin begleitet. Außerdem stellt sie den Kommunen ein Handbuch mit guten Beispielen zur konkreten Umsetzung zur Verfügung.

Pflegestützpunkte müssen auch in Zukunft ihr Angebot wohnortnah vorhalten. Ziel ist, ein umfassendes Fallmanagement und (neben der aufsuchenden Beratung) auch eine zugehende Beratung anzubieten. Die zugehende Beratung soll auch Menschen erreichen, die sich zunächst nicht an einen Pflegestützpunkt wenden, aber einen Beratungs- und Unterstützungsbedarf haben. Pflegestützpunkte sind mit einer gut funktionierenden Pflegestrukturplanung zu vernetzen.

Ziel ist, in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Fachkräfte einzusetzen, die so genannte Schwerpunktaufgaben wahrnehmen, und diese eng mit den Pflegestützpunkten zu verzahnen.

Von Bedeutung ist auch, verstärkt bürgerschaftlich engagierte Menschen in die Angebotsstrukturen einzubinden, beispielsweise

durch den weiteren Auf- und Ausbau komplexerer und niedrighschwelliger Betreuungsangebote.

Begriff der Pflegebedürftigkeit

Der Begriff der Pflegebedürftigkeit und das Begutachtungsverfahren werden seit Einführung der Pflegeversicherung kritisch diskutiert. Die tägliche Pflegepraxis bestätigt, dass der heutige Pflegebedürftigkeitsbegriff zu eng gefasst ist. Besonders die Bedarfe an allgemeiner Betreuung und Beaufsichtigung von Menschen mit Demenzerkrankungen werden bisher zu wenig berücksichtigt.

Im Januar 2009 hat eine Expertenkommission Empfehlungen für einen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriff und für ein neues Begutachtungsverfahren vorgelegt und hierzu im Mai 2009 Vorschläge zur Umsetzung unterbreitet. In dem neuen Begutachtungsverfahren ist der Maßstab zur Einschätzung von Pflegebedürftigkeit nicht – wie bisher die

Zeit, die für die so genannten Verrichtungen benötigt wird, sondern der Grad der Selbstständigkeit des pflegebedürftigen Menschen. Es erfolgt ein Paradigmenwechsel, weg von einem defizitorientierten, hin zu einem teilhaberorientierten Ansatz. Das neue Instrument berücksichtigt umfassend die Pflegebedürftigkeit und schafft dadurch mehr Gerechtigkeit. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung diesen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff bald umsetzt.

Forschungsvorhaben für die Erleichterung des Alltags

Im Forschungsschwerpunkt Interdisziplinäre Neurowissenschaften der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz arbeiten Forscherinnen und Forscher aus der Medizin sowie den Natur- und Geisteswissenschaften gemeinsam daran, Prozesse des Gehirns und deren Konsequenzen unter anderem für die Sprache zu verstehen. Für das Jahr 2011 sind zwei Veranstaltungen geplant:



Vom 7. bis 9. Juli wird in Mainz eine internationale wissenschaftliche Veranstaltung stattfinden. Sie gehört zu einem durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt, das unter dem Dach des Forschungsschwerpunkts angesiedelt ist. Bei der Veranstaltung soll beispielsweise über Erkenntnisse berichtet werden, wie die Leistungsfähigkeit bei Patientinnen und Patienten im Hinblick auf Gedächtnis, Konzentrationsfähigkeit und Aufmerksamkeit durch Medikamente erhöht werden kann.

Zudem ist im Rahmen von Mainz als „Stadt der Wissenschaft 2011“ geplant, gemeinsam mit dem Forschungsschwerpunkt „Historische Kulturwissenschaften“ eine Abendveranstaltung zum Thema „Erinnern“ zu gestalten. An kurze Vorträge soll sich eine Diskussion über die biologischen Grundlagen und über die Formen des Erinnerns anschließen.

Selbstbestimmtes Leben in Einrichtungen

Beteiligung der Alten- und Pflegeeinrichtungen an der Dorf- und Stadtentwicklung

Gemeinsam mit den Trägern der Alten- und Pflegeeinrichtung sollen neue Unterstützungs- und Pflegekonzepte entwickelt werden. Bei zukünftigen Projekten der Dorf- und Stadtentwicklung sollen die Träger von Einrichtungen beteiligt werden, um auch Wohnformen zu entwickeln, die geeignet sind, stationäre Hilfen in die Lebenswelten der Menschen vor Ort zu integrieren.

Öffnung der Alten- und Pflegeeinrichtungen hin zum Wohnumfeld

Ab November 2010 beginnt eine Reihe von regionalen Veranstaltungen für Einrichtungs-

träger und Kommunen zum gegenseitigen Austausch über neue Ideen und innovative Ansätze, wie sich Einrichtungen in das Wohnumfeld öffnen können und ehrenamtliches Engagement zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner Einrichtungsträgern in diesen Prozess mit eingebunden werden kann. Für das 2. Halbjahr 2011 ist eine landesweite Fachtagung mit der Vorstellung der besten Beispiele geplant.

Schon heute haben nahezu alle Einrichtungen die Notwendigkeit und die Vorteile von Kontakten nach außen und einer Öffnung in das Wohnquartier erkannt. Bewohnerinnen und Bewohner müssen die Chance haben, am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben. Umgekehrt sollen die Bürgerinnen und Bürger des Wohnquartiers an den Angeboten einer dort bestehenden Einrichtung partizipieren können. Langfristig gilt es, die unterschiedlichen Ansätze für ein altersgerechtes Wohnen – vom Umbau der Wohnung, über die Schaffung neuer, gemeinschaftlicher Wohnformen und die Dorf- und Stadterneuerung bis hin zur Entwicklung von gemeindeintegrierten Alten- und Pflegeeinrichtungen – so miteinander zu verknüpfen, dass sie sich gegenseitig fördern und inspirieren. Der vorliegende Aktionsplan soll den entsprechenden Diskussionsprozess in Gang setzen.

Wohnortnahe Unterstützung an Demenz erkrankter Menschen und ihrer Angehörigen

Das Landes-Netz-Werk Demenz

Die erfolgreichen Projekte für eine wohnortnahe Unterstützung von an Demenz erkrankten Menschen werden fortgesetzt; unterstützende Planungs- und Entwicklungsprozesse



werden gefördert. Das Landes-Netz-Werk Demenz wird die Regionen in ihren Vernetzungsprozessen weiter begleiten.

Ziel ist, die Angebote der medizinischen Versorgung verstärkt in die regionale Vernetzung einzubinden. An Demenz erkrankten Menschen und ihren Angehörigen sollen die vorhandenen wohnortnahen und leicht zugänglichen Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten weiter bekannt gemacht werden. Die Pflegestützpunkte und regionalen Demenznetzwerke sind dabei starke Partnerinnen und Partner.

Im August und im September 2010 wurden den Netzwerkenden zwei weitere Seminare zu den Themen „Fundraising“ und „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ angeboten. Ferner wird auch in 2011 der landesweite Austausch von Projekten und Ideen zur wohnortnahen Unterstützung durch die Netz-Werk-Konferenz am 6. April 2011 ermöglicht.

Weiterbildung zum Thema Demenz

Im September 2010 wurde aufgrund der großen Nachfrage ein weiteres Seminar „Musik als Schlüssel“ angeboten. Um das Thema Musik und Demenz verstärkt in der wohnortnahen Unterstützung zu etablieren, werden die Fortbildungsangebote bis 2011 thematisch weiterentwickelt. Dabei sollen besonders der Praxisbezug und die regionale Vernetzung betont werden. Außerdem wird erstmals die Gruppe der Musiklehrerinnen und Musiklehrer angesprochen.

Wohnortnahe Unterstützung finden

Da sich das Internet auch in der älteren Bevölkerungsschicht zunehmend etabliert, wird die Demenzlandkarte Rheinland-Pfalz weiterentwickelt. Sie soll zum Ende des nächsten Jahres alle Angebote zum Thema Demenz mit aktuellen Kontaktdaten enthalten. Durch die Visualisierung der Demenzlandkarte wird nicht nur Bestehendes aufgezeigt, es können auch regionale Defizite in der Beratungs- und Versorgungsstruktur sichtbar werden. So kann

die Demenzlandkarte als perspektivisches Element dienen: Sie dokumentiert vergangene Aktivität, stellt dann im weiteren Verlauf den Ist-Stand an Angeboten zum Thema Demenz im Land dar und zeigt Ansatzpunkte und Ziele für die Zukunft auf. Dadurch kann sie in strukturschwachen Regionen Anreize zur Etablierung neuer Angebote geben.

Das Projekt „Antennen für Demenz“ wird auch in der zweiten Jahreshälfte 2010 Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen dafür gewinnen, „Antennen für Demenz“ zu werden und die Angebote wohnortnaher Unterstützung früh zu vermitteln.

Das Leuchtturmprojekt Demenz „start modem“

Das Versorgungskonzept des Leuchtturmprojektes „start modem“ wird fortgesetzt und weiterentwickelt.

Im August 2010 wurden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegestützpunkte in der Region um Koblenz Fortbildungen angeboten, die über Demenzsyndrome, Therapien bei Demenz, pflegerische Aspekte und Beratungshilfen informieren. Damit wird sichergestellt, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der an der Studie beteiligten Pflegestützpunkte ein fachliches Basisangebot wahrnehmen können.

Weitere Schwerpunkte bleiben die Qualifizierung und Verbesserung der Zusammenarbeit von Hausärztinnen, Hausärzten und den regionalen Pflegestützpunkten. Die „Überweisung“ von der Hausärztin oder dem Hausarzt an einen Pflegestützpunkt erleichtert und beschleunigt den Zugang der an Demenz erkrankten Menschen und ihrer Angehörigen zu den hilfreichen Beratungsstellen. Eine Broschüre, die sich direkt an Menschen in einer frühen Phase der Demenz richtet, soll diese und ihre Angehörigen noch besser unterstützen und sie schon früh auf die Angebote der wohnortnahen Unterstützung hinweisen. Die Broschüre soll Betroffenen zusammen mit einer Beratungsempfehlung nach dem Diagnosegespräch von der Hausärztin oder dem Hausarzt übergeben werden.

2.2 MOBIL UND FIT IM ALTER

Um im Alter mobil zu bleiben, sind eine gute Gesundheit, die eigene Beweglichkeit und eine gute Infrastruktur wichtig. Dafür schafft die Landesregierung gute Rahmenbedingungen.

Sie setzt sich dafür ein, Dörfer und Städte im ländlichen Raum als lebens- und liebenswerte Heimat für Jung und Alt zu erhalten. Bestandteile hierfür sind eine gute Verkehrsinfrastruktur, ein möglichst flächendeckender und barrierefreier Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), die umfassende Barrierefreiheit des Umfelds und die gute Erreichbarkeit aller Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Auch unterstützende Technologien und die neuen Medien, nicht zuletzt ein guter Zugang zum Internet, sind wichtige Felder gegenwärtiger und zukünftiger Gestaltung.

Darüber hinaus wird die Landesregierung die Gesundheitsvorsorge und -versorgung älterer Menschen in ihrer Umgebung verbessern. Sie

unterstützt und fördert Maßnahmen, die dazu beitragen, dass Menschen gesund und damit auch mobil älter werden. Gesundheit und Beweglichkeit sind elementar für Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe im Alter.

Diese Ziele werden durch folgende Maßnahmen erreicht:

- aktive und gesunde Lebensgestaltung im Alter und
- gute Gesundheitsversorgung für ältere Menschen
- seniorenfreundliche Dorfgestaltung
- zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume
- seniorenfreundliche städtebauliche Erneuerung
- Erhalt und die Flexibilisierung des öffentlichen Personennahverkehrs
- altersgerechten Zugang zu neuen Medien.

2.2.1 Was bisher erreicht wurde

Aktive und gesunde Lebensgestaltung im Alter

Um älteren Menschen eine altersgerechte körperliche Aktivität und ein gesundes Leben zu ermöglichen, hat die Landesregierung zahlreiche Projekte und Maßnahmen gefördert. Dazu gehören:

Die Bewegungskampagne

Die Bewegungskampagne der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) in Rheinland-Pfalz bietet landesweit vielfältige Projekte und praktische Informationen zur Gesundheit, Ernährung und Bewegung im Alter. Beispielsweise seien drei Projekte genauer beschrieben:

- Das Projekt „Bewegt im Alter“ ist Teil der bundesweiten Kampagne IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung. Es umfasst Mitmachangebote, die zu mehr Bewegung ohne teures Sportgerät und Sportraum animieren. Die Beteiligten lernen Alltagsgeräte in Alltagssituationen zu nutzen. Dazu gehört beispielsweise das Treppensteigen als Konditionstraining, der morgendliche Gang zum Bäcker als Frühspor, der Weg in die Stadt mit dem Fahrrad oder das Handtuch als Gymnastikband beim morgendlichen Waschen oder Duschen.
- Eine spielerische und gemeinschaftstiftende Verbindung von Musik und Bewegung ist die 2009 von der LZG gemeinsam mit einer Theaterpädagogin entwickelte Mitmach-Operette für Seniorinnen und Senioren. Sie wurde bereits in zehn Einrichtungen der Altenhilfe aufgeführt. Praktische Tipps und Hilfen in Form einer DVD sollen weitere Einrichtungen zum Nachahmen anregen.
- Das interaktive Bewegungsspiel wurde 2009 in Zusammenarbeit zwischen dem sportwissenschaftlichen Institut der Universität Mainz und der LZG entwickelt. Es ist ein Angebot für ältere Menschen, die in ihrer Mobilität leicht eingeschränkt sind und weder die Treppe noch das Fahrrad als Alltagstrainingsgerät nutzen können und kann auch in Einrichtungen des betreuten Wohnens, in Pflegeeinrichtungen und Seniorentreffs eingesetzt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Senioreneinrichtungen (zum Beispiel Altenpflegerinnen und -pfleger) sowie Ehrenamtliche (zum Beispiel Seniortrainerinnen und -trainer) werden entsprechend geschult.

Kursangebot Fit im Alter

Das von der Landesregierung geförderte und deshalb für die Nutzerinnen und Nutzer kostenlose Kursangebot „Fit im Alter“ wurde im Frühjahr 2010 von der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz gestartet. Es bietet Informationen zu abwechslungsreicher Ernährung, ein Einkaufstraining, Tipps zur Vorbeugung von Nährstoffdefiziten und Informationen über Sinn und Unsinn von Nahrungsergänzung. Weitere Informationen und Termine unter www.fitimalter.de.

Ratgeber der LZG:

„So verhindern Sie Stürze“

Der Ratgeber „So verhindern Sie Stürze“ beschreibt tückische Alltagssituationen, die Stürze provozieren. Er gibt Tipps, wie das eigene Sturzrisiko ermittelt und reduziert werden kann; zum Beispiel durch einfache Veränderungen der Wohnung und des eigenen Verhaltens. Ergänzt wird der Ratgeber durch wichtige Bewegungsübungen für alte und bettlägerige Menschen. Der Ratgeber richtet sich zum einen direkt an ältere Menschen. In einer anderen Version richten sich die Broschüre an Schülerinnen und Schüler in der Alten- und Krankenpflegeausbildung und an Fachkräfte in ambulanten und stationären Alteneinrichtungen.

Aufklärung, Information und Hilfe bei Depression

Bei älteren Menschen sind Depressionen die häufigste Form der psychischen Erkrankung. Unter Federführung der LZG wurde deshalb die Initiative Bündnisse gegen Depression in Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen. Die Initiative initiiert, fördert und begleitet regionale Kooperationen und eine zielgerichtete Aufklärungsarbeit. Aktuell haben sich in mehreren



rheinland-pfälzischen Regionen Engagierte zusammengefunden, um ihre Erfahrungen und Vorstellungen über ein gemeinsames Bündnis in neue oder erweiterte Angebote zum Thema „Depression“ einfließen zu lassen.

Bisher folgten bereits rund fünfzehn Regionen dem Aufruf von Sozialministerin Dreyer, sich im Rahmen von Bündnissen gemeinsam dafür einzusetzen, dass Hilfsangebote bekannter und Aufklärungsarbeit breiter wird. Netzwerke, die sich schon konkrete Namen gegeben haben, sind das Kompetenznetz gegen Depression Eifel-Mosel, das Bündnis gegen Depression Rhein-Ahr-Wied und die AG Netzwerk gegen Depression Südpfalz. Das Kompetenznetz Alzey-Worms arbeitet seit 2004 als Beispiel guter Praxis und unterstützt die Arbeit der Initiative Bündnisse gegen Depression in Rheinland-Pfalz.

Unter www.rlp-gegen-depression.de finden Interessierte Informationen über die Symptome, Diagnose und Therapiemöglichkeiten

einer Depression. Außerdem sind dort Kontaktdaten der regionalen Unterstützungsangebote vermerkt.

Selbsthilfegruppen

Auch die Selbsthilfegruppen im Land bieten vielfältige Möglichkeiten, in Gemeinschaft Lösungen für eigene Probleme, den Umgang mit schwierigen Krankheiten oder soziale Fragen zu suchen. Die Landesregierung unterstützt die zahlreichen Aktivitäten der Selbsthilfegruppen im Land sowohl ideell als auch finanziell.

Die rheinland-pfälzischen Selbsthilfekontaktstellen (KISS) geben die notwendige Unterstützung zum Beispiel bei Gruppenneubildungen und bieten Fortbildungsveranstaltungen vor Ort an.

Derzeit gibt es fünf regionale Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfe in Bad-Kreuznach, Mainz, Trier, Speyer und Westerbürg. Weitere Informationen gibt es unter www.selbsthilfe-rlp.de.

Gesundheitsversorgung für ältere Menschen

Im Jahr 2020 werden rund 23 Prozent der Menschen in Rheinland-Pfalz über 65 Jahre alt sein. Der Anteil der über 80-Jährigen wird auf sieben Prozent der Bevölkerung ansteigen. Generell werden die Menschen heute gesünder älter als früher. Dennoch sind ältere und vor allem hochbetagte Menschen häufiger chronisch krank als jüngere Menschen. Oft haben sie gleichzeitig mehrere Erkrankungen. Ältere Patientinnen und Patienten reagieren zudem häufig verzögert auf Behandlungen und brauchen oft auch eine Unterstützung über die medizinische Behandlung hinaus. Obwohl nicht jede ältere Patientin oder jeder ältere Patient geriatrisch behandlungsbedürftig ist, muss sich das Gesundheitswesen auf ältere Menschen mit ihrem speziellen Versorgungsbedarf einstellen. Das gilt für den stationären Bereich ebenso wie für den ambulanten Bereich.

Ambulante Versorgungsstrukturen und Krankenhausplanung

Rheinland-Pfalz verfügt über eine gute ärztliche Versorgung sowohl im stationären als auch im ambulanten Sektor. In ländlichen und strukturschwachen Regionen wird es aber schwieriger, frei werdende Arztsitze – vor allem Hausarztsitze – wieder zu besetzen.

Der Landesregierung ist es wichtig, gerade auch für die älteren Menschen auf dem Land die wohnortnahe ärztliche – vor allem die hausärztliche – Versorgung auch in Zukunft sicherzustellen. Um junge Medizinerinnen und Mediziner für eine Tätigkeit als Hausärztin und Hausarzt zu gewinnen, hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie

und Frauen deshalb im Oktober 2007 – gemeinsam mit dem Hausärzteverband Rheinland-Pfalz, der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz und der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz – einen Masterplan initiiert. Dieser Masterplan trägt zur Stärkung der hausärztlichen Versorgung vor allem in ländlichen Gebieten bei und hilft so, in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft eine gute flächendeckende Versorgung mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sicherzustellen. Gemeinsam wurden zahlreiche Projekte ins Leben gerufen.

Mit der Krankenhausplanung legt die Landesregierung den Grundstein für eine wirtschaftliche und leistungsfähige stationäre Gesundheitsversorgung – ein weiterer wichtiger Baustein für eine hochwertige medizinische Versorgung älterer Menschen in Rheinland-Pfalz.

Geriatriekonzept

Das Geriatriekonzept der Landesregierung, das sie im Dezember 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt hat, zielt darauf, die Versorgungsstrukturen in der ambulanten, akutstationären und rehabilitativen Behandlung bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Außerdem sollen die Übergänge der verschiedenen Phasen geriatrischer Versorgung nahtlos organisiert werden, so dass eine lückenlose Behandlungskette entsteht. Klare Absprachen und Verantwortungszuweisungen sowie regionale Netzwerke gehören dazu.

Für den Krankenhausbereich sieht das Geriatrie-Konzept die Ausweisung von geriatrischen Hauptfachabteilungen in den fünf Oberzentren in Rheinland-Pfalz vor: Mainz, Lud-

wigshafen, Kaiserslautern, Trier und Koblenz. Darüber hinaus soll der Bedarf in der Fläche durch Allgemeinkrankenhäuser mit einem geriatrischen Schwerpunkt gedeckt werden, der der Inneren Medizin zugeordnet wird. Geriatrische Abteilungen bestehen zurzeit an den Kliniken in Mainz, Ludwigshafen, Landau/Südliche Weinstraße, Bad-Neuenahr/Ahrweiler und Nassau.

Die Akutversorgung für geriatrische Patientinnen und Patienten wird ergänzt durch die Rehabilitation, die in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren bereits auf einem hohen Niveau etabliert ist. Die bestehenden Einrichtungen für geriatrische Rehabilitation an den Standorten in Bad Münster am Stein, Baumholder, Betzdorf, Burgbrohl, Nassau und Trier bleiben erhalten.

Innovative Modellprojekte zur Aufgabenverteilung

In vielen Bereichen der medizinischen Versorgung – und gerade bei der Betreuung von älteren, chronisch kranken Menschen – können und sollten die nichtärztlichen Berufsgruppen ihr Wissen und ihre Erfahrungen stärker einbringen als bisher. Deshalb erprobt die Landesregierung zurzeit (Frühjahr 2010 bis Frühjahr 2013) an vier Krankenhäusern in Trier, Wittlich, Kaiserslautern und Mainz eine neue Aufgabenverteilung zwischen Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften und Servicepersonal.

Seniorenfreundliche Dorfgestaltung

Raumordnung und Landesplanung

Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und sinnvoll zu steuern, ist die Aufgabe der Raumordnung und Landesplanung. Mit Plänen und

Programmen, wie beispielsweise dem Landesentwicklungsprogramm, zeigt die Raumordnung und Landesplanung die Herausforderungen der Zukunft auf und gibt einen verbindlichen Entwicklungsrahmen vor. Dazu zählt auch eine altersgerechte Dorf- und Stadtentwicklung.

Ziel ist, für gute Lebensbedingungen und wohnortnahe Einrichtungen der Daseinsvorsorge für die Menschen in Rheinland-Pfalz zu sorgen. Gerade für ältere Menschen, die in Dörfern mit einer wenig ausgebauten Infrastruktur leben, ist es wichtig, dass Arztpraxen, Einkaufsmärkte, Apotheken, Post, Sparkassen, Banken, aber auch Orte der Begegnung gut erreichbar sind.

Die Innenentwicklung der Gemeinden stärken

Die Innenentwicklung der Gemeinden zu stärken, die Ortskerne zu erhalten und behutsam weiter zu entwickeln, ist ein ausdrückliches Bestreben der Landesregierung. Dementsprechend fördert sie zum Beispiel bauliche Umnutzungsmaßnahmen, Dorfgemeinschaftshäuser, Generationentreffs, Seniorentreffs, seniorenrechtliche Plätze und Wege, die Anlage von Grün- und Freiflächen oder auch die Sicherung der Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen, zum Beispiel durch den Nachbarschaftsladen. Zur Dorferneuerung gehört für die Landesregierung auch die Förderung von Informations-, Bildungs- und Beratungsarbeit.

Von einer seniorenfreundlichen Dorferneuerung profitieren nicht nur Ältere oder Menschen mit Behinderungen, sondern auch Familien mit Kindern. Die Unterstützung von älteren Menschen kommt allen zugute. Eine



ganzheitliche Dorf- und Stadtentwicklung hat das im Blick. Im Rahmen der Dorferneuerung wurden in den Jahren 2008 und 2009 über 260 öffentliche Projekte gefördert. Sie alle hatten auch die Bedürfnisse älterer Menschen im Blick und haben dazu beigetragen, ihre Lebensqualität zum Teil entscheidend zu verbessern. Gute Beispiele sind die Generationen- und Seniorentreffs oder Sanierungen an Dorfgemeinschaftshäusern, die barrierefrei umgestaltet wurden. Die bewilligte Fördersumme in Höhe von rund 13,1 Mio. Euro lösten Investitionen in Höhe von rund 24 Mio. Euro aus. Weitere circa 80 Projekte werden 2010 umgesetzt und sind teilweise auch schon bewilligt. Die Fördersumme hierfür beträgt voraussichtlich rund 7 Mio. Euro.

Naherholungsräume attraktiv und barrierefrei gestalten

Ein Kooperationsprojekt des Zentrums für Bewegungsförderung Rheinland-Pfalz und Saarland, der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz (LZG) und der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheits-

förderung im Saarland (LAGS) verbindet Raumplanung und Flächengestaltung so miteinander, dass Naherholungsräume entstehen, die zu Bewegung motivieren. Auch ältere Menschen sollen davon profitieren, wenn beispielsweise Mehrgenerationenparks, Spielplätze oder -parcours für Jung und Alt entstehen, wie der Generationenaktivpark im Park am Mäuseturm in Bingen, der alle Generationen gleichermaßen anzieht.

Zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume

Erhaltung gewachsener Dorfkerne

Rheinland-Pfalz ist in weiten Teilen ländlich geprägt. Heute leben etwa 30 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum, der 59 Prozent der gesamten Landesfläche ausmacht. Dörfer und kleine Städte – oft geprägt durch bauliche und landschaftliche Kulturgüter – sind genauso typisch für die ländlichen Regionen wie eine intakte Umwelt und das große gesellschaftliche Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Die Landesregierung leistet ihren Beitrag dazu, dass Dörfer und Städte für ältere Menschen im ländlichen Raum lebens- und liebenswert bleiben. Der allgemeine Strukturwandel in der Landwirtschaft, der Leerstand und Zerfall von Bausubstanz, die Arbeitsmarktsituation, die Grundversorgungsinfrastruktur, die ärztliche Versorgung und der ÖPNV sind wichtige Herausforderungen, der sich die Landesregierung zusammen mit ihren Partnerinnen und Partnern annimmt. Viele Dörfer sind in den letzten Jahrzehnten vor allem an den Rändern stark gewachsen, die Baulandentwicklung fand überwiegend in Neubaugebieten statt, in den Ortskernen stehen dagegen etliche Gebäude und Häuser aus den 1950er bis 1970er Jahren leer.

Die Landesregierung berät zurzeit mit den Kommunen, wie die gewachsenen Dorfkerne erhalten und gestaltet werden können, damit ältere Menschen und genauso auch junge Familien gern und gut dort leben können. Je nach den baulichen Gegebenheiten kann es dabei auch erforderlich sein, alte Häuser im Ortskern zu ersetzen. Die Ausweisung neuer Baugebiete ist genau zu prüfen. Die Entwicklung der Dorfkerne als Lebensmittelpunkte (zum Beispiel Dorfläden, Versorgungseinrichtungen, Haltepunkt im ÖPNV) und die Entwicklung im Bestand müssen Vorrang haben vor der Ausweisung neuer Baugebiete „auf der grünen Wiese“.

Wohnortnahe Dienstleistungen

Die wohnortnahe Versorgung mit Waren und Dienstleistungen ist in den letzten Jahren verstärkt ein Thema der Entwicklung und Förderung ländlicher Räume. Neben mobilen Lösungen sind modern konzipierte und gut geführte Dorf- oder Nachbarschaftsläden eine Möglichkeit, die Versorgung im ländli-

chen Raum zu sichern. Gerade für Menschen, deren Mobilität eingeschränkt ist, ist ein Dorf- oder Nachbarschaftsladen wichtig.

Das von der Landesregierung im Mai 2007 ins Leben gerufene Projekt „Dorfläden – Dorfleben“ hat zum Ziel, Gemeinden für das Thema Nahversorgung beziehungsweise Dorfläden zu sensibilisieren, um anschließend beratend und unterstützend tätig zu werden. Der ländliche Raum sollte gestärkt, die Ortskerne wiederbelebt und Beschäftigungseffekte generiert werden. Das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen geförderte Projekt war zunächst auf 18 Monate befristet und konzentrierte sich auf Teilgebiete der Westpfalz.

Unter dem Arbeitstitel „Dorflädenagentur Rheinland-Pfalz“ wurde das Projekt anschließend auf das gesamte Land ausgedehnt. Ziele waren die Kontaktaufnahme mit Dorfladenbetreibern und Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie die Beratung von bestehenden Dorfläden. Es wurden Pilotgemeinden ausgewählt, um diese in Bezug auf ihre Dorfläden zu unterstützen und um zu zeigen, dass dörfliche Nahversorgung noch immer funktionieren kann. Darüber hinaus wurden Beratungsmodule zusammengestellt.

Die „Dorflädenagentur Rheinland-Pfalz“ erhielt schließlich den Namen M.Punkt RLP. Sie unterstützt und berät Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dabei, die Nahversorgungssituation und die Infrastruktur in ihrem Ort zu verbessern. M.Punkt RLP bietet ein umfassendes, ganzheitliches Beratungs- und Qualifizierungsangebot – beginnend bei der Erzeugung der notwendigen Aufbruchsstimmung und



der konzeptionellen Planung eines möglichen Dorfzentrums bis hin zur konkreten Umsetzung dieses Vorhabens. Darüber hinaus werden gezielte Qualifizierungsmaßnahmen zu spezifischen Themengebieten wie Marketing, Sortimentsgestaltung und betriebswirtschaftliche Auswertung angeboten, die die Betreiberinnen und Betreiber dabei unterstützt, in sich wirtschaftlich tragfähige Dorfläden aufzubauen. M.Punkt RLP hat eine eigene Homepage www.m-punkt-rlp.de und ist auch über eine Hotline zu erreichen.

Im September 2009 ist die Publikation „Nachbarschaftsläden in Rheinland-Pfalz – Ein Leitfaden für Gründer und Betreiber“, herausgegeben vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, erschienen.

Seniorenfreundliche städtebauliche Erneuerung

Soziale Stadt

Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ ermöglicht es, Stadtteile infrastrukturell, sozial und altersgerecht fortzuentwickeln. Ziel ist, Stadt- und Ortsteile, in denen soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Probleme bestehen, finanziell und ideell zu fördern. Neben Investitionen in die Sanierung von Gebäuden und das Wohnumfeld soll die Lebenssituation der Stadteilbewohnerinnen und -bewohner umfassend verbessert werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass es die Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Bedürfnisse vor Ort aktiv mit einbezieht.

Handlungsfelder des Programms „Soziale Stadt“:

- Verbesserung der Wohnverhältnisse (vor allem durch Modernisierung oder energetische Verbesserungen) und des Wohnumfeldes (zum Beispiel durch die Neugestaltung öffentlicher Straßen, Plätze und Grünflächen)

- Verbesserung der sozialen Infrastruktur (zum Beispiel die Einrichtung oder der Ausbau von Begegnungsstätten für Jugendliche und ältere Menschen, Quartierszentren, Stadtteilbüros)
- Integration unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen, vor allem von Migrantinnen und Migranten aller Altersgruppen
- Förderung von Stadtteilkultur und Freizeit (zum Beispiel durch Stadtteilfeste oder die Sanierung oder Errichtung von Sport- und Spielflächen)
- Imageverbesserung (zum Beispiel durch Öffentlichkeitsarbeit oder Veranstaltungen)
- Verbesserung der Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier, (zum Beispiel durch die Zusammenarbeit in thematischen Arbeitskreisen oder durch die gemeinsame Durchführung von Straßen- und Quartiersfesten)
- Förderung der Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner, beispielsweise auch durch Gesundheitsteams vor Ort. Derzeit gibt es diese von der Landesregierung ins Leben gerufenen Teams in der Mainzer Neustadt sowie in Trier Nord und West.

In den Jahren 1999 bis 2008 hat das Ministerium des Innern und für Sport 18 rheinland-pfälzische Städte und Gemeinden mit zusammen 37 so genannten städtischen Problemgebieten in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Für diese Kommunen wurden insgesamt circa 69 Mio. Euro an Bundes- und Landesmitteln bereitgestellt. Die Kommunen beteiligen sich an den Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahme im

Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Im Jahr 2009 standen dem Ministerium des Innern und für Sport für das Programm „Soziale Stadt“ circa 8,7 Mio. Euro zur Verfügung (Bundes- und Landesmittel). Für das Jahr 2010 werden es voraussichtlich circa 7,1 Mio. Euro sein. Die Mittel werden überwiegend zur Fortsetzung der begonnenen Maßnahmen eingesetzt, aber auch für Initiativen und Projekte, die verstärkt den Aspekt der altersgerechten Entwicklung des jeweiligen Stadtteils im Blick haben.

Erhalt und Flexibilisierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Straßeninfrastruktur und öffentlicher Personennahverkehr

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau fördert durch eine aktive Verkehrsplanung die Mobilität und Lebensqualität älterer Menschen im ländlichen Raum. Maßstab für diese Verkehrsplanung sind die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsdienstleistungen, die Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren, von Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs wie Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Behörden, kulturelle und Freizeitangebote. Die Straßeninfrastruktur und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stellen dabei die beiden entscheidenden Säulen dar.

Nach der Bahnreform und dem damit verbundenen Übergang des Nahverkehrs auf die Länder hat Rheinland-Pfalz bereits 1994 mit dem Rheinland-Pfalz-Takt ein sehr erfolgreiches Konzept auf den Weg gebracht, das auch den Bedürfnissen der älteren Menschen entspricht. Moderne sichere Bahnhöfe, attraktive Fahrzeiten, ein vertaktetes Verkehrsangebot, bequeme Fahrzeuge und eine fast flächendeckende

ckende Verbundstruktur haben bis heute zu Zuwächsen bei der Beförderungsleistung von circa 100 Prozent geführt. Die Zahl der Züge konnte um 50 Prozent ausgeweitet werden.

Im ländlichen Raum ist gleichwohl die Straße der Verkehrsträger Nummer 1. Vor allem sie sichert die Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren. Straßen sind auch das Rückgrat für den ÖPNV mit Bussen. Dieser ist in den Landesteilen von besonderer Bedeutung, in denen die Schieneninfrastruktur nicht so engmaschig ist. Für diese Bereiche haben die Regiobus-Linien – als hochwertige, angebotsorientierte Buslinien – schon jetzt eine große Bedeutung. Durch das im Land bereits etablierte Netz sind neben Verbindungen zwischen den Ortschaften auch Verknüpfungen zu Bahnangeboten entstanden.

Gerade ältere Menschen nutzen häufig öffentliche Verkehrsmittel. Daher liegt bei der Infrastrukturförderung des Landes ein besonderes Augenmerk auf einer Modernisierung von Bahnanlagen, Busbahnhöfen und Haltepunkten, die auch Barrierefreiheit einschließt. Bei den rund 400 Anlagen im Land sind bislang unter Beteiligung der Behindertenbeiräte und -verbände 190 Projekte erfolgreich umgesetzt worden.

Neue Ideen und Konzepte für flexible Verkehrsangebote

Um zu vermeiden, dass das öffentliche Verkehrsangebot nach und nach ausgedünnt wird, brauchen wir neue Ideen und Konzepte für kostenoptimierte, flexible Verkehrsangebote, die auch die Interessen einer älter werdenden Bevölkerung mit abdecken. Die Landesregierung unterstützt deshalb eine Untersuchung, die die Landkreise Cochem-

Zell und Kaiserslautern gemeinsam mit der Universität Kaiserslautern durchführen. Als Ergebnis dieser Untersuchung werden Handlungsempfehlungen erwartet, die auch in vergleichbaren Landkreisen umgesetzt werden können. Die Untersuchung erprobt neue flexible Bedienformen des ÖPNV, zum Beispiel den Rufbus oder den Bürgerbus, unter Einsatz moderner Technologien.

Bürgerbus

In Rheinland-Pfalz gibt es eine Vielzahl von Bürgerbus-Projekten. Bürgerbusse sind Buslinien, die sich in der Regel auf bürgerschaftliche Initiativen gründen, um Lücken im öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen. Kleinere Busse mit circa 8 Fahrgastplätzen, gefahren von ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern, bieten ein Verkehrsangebot, das im normalen Linienverkehr wirtschaftlich unrentabel wäre. Fahrpläne und Streckennetz werden vor Ort entwickelt und orientieren sich an lokalen Bedürfnissen.

Um die Aktivitäten der Initiativen zu unterstützen, hat das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium in diesem Jahr ein entsprechendes Beratungsprojekt gestartet. Zum Projekt wurde die Internetadresse www.buergerbus-rlp.de erstellt sowie ein Flyer, der beim Wirtschaftsministerium, Stiftsstraße 9, 55116 Mainz, erhältlich ist.

Altersgerechter Zugang zu neuen Medien

Maßnahmen zu den neuen Medien

Die Multimediainitiative der Landesregierung rlpinform verbessert unter anderem auch den Zugang und sachgerechten Umgang der über 60-Jährigen mit Informations- und Kommunikationstechnologien. Neue Medien ermöglichen Teilhabe, Mobilität und eine aktive Gestaltung des persönlichen Lebensumfelds, vor allem dann, wenn die persönliche Mobilität eingeschränkt ist.

Der Einsatz neuer Medien stellt neueren Studien zufolge längst keine Hürde mehr für ältere Menschen dar. Die Ausstattung der privaten Haushalte mit Computern und Internetanschlüssen ist bereits auf einem hohen Niveau. So liegt die Internetnutzung der 50- bis 59-Jährigen schon bei 67,4 Prozent. Bei den 30- bis 49-Jährigen liegt sie bei 84,4 Prozent. Die höchste Zuwachsrate weisen die 60- bis 79-Jährigen auf, die inzwischen

zu 29 Prozent im Netz aktiv sind. Im Vergleich dazu sind die 14- bis 29-Jährigen zu 97 Prozent online. Die Landesregierung hat verschiedene Maßnahmen und Projekte zu neuen Medien gefördert. Dazu gehören:

- Die Virtuelle Wohngemeinschaft Kütz. Sie ist ein webbasiertes, interaktives Portal für ältere Menschen in der Region Soonwald-Nahe, das aus dem Projekt „Aktionskreis Lebendige Dörfer“ hervorgegangen ist. Die virtuelle Wohngemeinschaft unterstützt ein selbstbestimmtes Leben im Alter in den eigenen vier Wänden und ermöglicht gleichzeitig die Vorteile einer Wohngemeinschaft. Eine Gruppe nicht zu weit auseinander wohnender Menschen in einem Dorf, die ein gegenseitiges Unterstützungsnetzwerk bildet und über ein Kommunikationsmedium miteinander vernetzt ist, hat sich zu einer virtuellen Wohngemeinschaft zusammengefunden. Die virtuelle Kommunikation und regelmäßige Treffen in einem örtlichen Gemeinschaftsraum ergänzen einander.



- Das Projekt „MausMobil“ bietet älteren Menschen, die ihre Wohnung wegen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung selten oder nie verlassen können, Unterstützung beim Zugang und der Nutzung eines PCs und des Internets. Erste Einsätze ehrenamtlicher Trainerinnen und Trainer der Initiative „MausMobil“ fanden in Koblenz statt. Das mit mobilen Computern ausgestattete ehrenamtliche Team bietet älteren Menschen in Koblenz und Umgebung zu Hause einfache PC-Einführungen, Internet-Demonstrationen (Offline und Online), Internet-Einstiegsschulungen, Unterstützung bei Onlinerecherchen, Kaufrecherchen und Schreivarbeiten.
- Das Projekt „Erinnerungsbegleiter“ zum Einsatz neuer Medien bei Menschen mit dementieller Erkrankung ergänzt persönliche Kontakte und ermöglicht dem Pflegefachpersonal einen schnelleren Zugang zu Patientinnen und Patienten. Es regt die Kommunikation gerade im Anfangsstadium einer dementiellen Erkrankung an und nutzt dazu eine individuell für den Erkrankten gestaltete Homepage. Der Einsatz der neuen Medien kann Betroffenen und Angehörigen helfen, ein besseres Verständnis für die Krankheit, ihren Verlauf und die Hilfeangebote zu erhalten. Der Einsatz von web-basierten Angeboten unterstützt außerdem die psychosoziale Betreuungsarbeit. Ein Einsatz neuer Medien im (teil-)stationären Kontext ist ebenso denkbar.

Flächendeckende Breitbandversorgung

Um eine flächendeckende breitbandige Internetversorgung des ländlichen Raums mit mindestens 1 MBit/s (Basisversorgung) bis zum Jahr 2012 zu erreichen, hat die Landesregierung am 26. Februar 2008 ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen. Es besteht aus einem Mix unterschiedlicher Informations- und Beratungsleistungen für die kommunalen Akteure und einem maßgeblich durch Rheinland-Pfalz initiierten Förderprogramm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) in Höhe von insgesamt 10 Mio. Euro für 2008 bis 2012. Ergänzend dazu wurde im Rahmen des Konjunkturprogramms II ein Förderprogramm zur kommunalen Eigenverlegung von Leerrohren (passive Infrastruktur) in Höhe von 6 Mio. Euro umgesetzt. Auch dieses Programm schafft die Voraussetzungen für gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe älterer Menschen in ländlichen Gebieten, die bislang gar keine oder keine angemessene Internetversorgung haben.



3.2.2 Die nächsten Schritte

Aktive und gesunde Lebensgestaltung im Alter

Die Bewegungskampagne

Die Bewegungskampagne der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) in Rheinland-Pfalz wird mit zielgruppenbezogenen Teilprojekten fortgeführt. Gemeinsam mit den Kommunen, den Vertretungen und Verbänden älterer Menschen, den Sport- und Turnverbänden und den Fachdiensten sollen flächendeckend gesundheitserhaltende und -förderliche Maßnahmen vor Ort und in den Einrichtungen umgesetzt werden. Dazu gehören auch Handreichungen mit praktischen und leicht verständlichen Informationen. In Kürze wird die LZG eine Broschüre veröffentlichen, die sich mit den Möglichkeiten der Prävention durch Bewegung und geistige Anregung befasst.

Aufklärung, Information und Hilfe bei Depression

Im zweiten Halbjahr 2010 werden in Kaiserslautern und Montabaur zwei weitere Fachveranstaltungen der Initiative Bündnisse gegen Depression in Rheinland-Pfalz stattfinden. Auch dort werden gemeinsam mit den teilnehmenden Fachkräften die Vorteile und Möglichkeiten vernetzter Strukturen zum Thema Depression erörtert.

Gesundheitsversorgung für ältere Menschen

Ärztliche Versorgung auf dem Land

Die Landesregierung will eine gute hausärztliche Versorgung in ländlichen Gebieten auch für die Zukunft sichern. Gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern wird sie den aktuellen Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung deshalb

weiterentwickeln. Dabei werden sowohl die Versorgungsforschung der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz als auch die gesundheitspolitischen Entwicklungen auf Bundesebene einbezogen.

Landeskrankenhausplan 2010

Mit dem Krankenhausplan 2010 bis 2016 schafft die Landesregierung auch für die kommenden Jahre die Voraussetzungen für ein wohnortnahes und zugleich spezialisiertes Krankenhausangebot. Dabei geht es auch darum, die medizinische Versorgung von älteren Patientinnen und Patienten im Land weiter zu verbessern.

Geriatrische Versorgung und Vernetzung

Weitere Ausweisungen geriatrischer Schwerpunkte sind im Krankenhausplan des Landes vorgesehen. Neue geriatrische Schwerpunkte werden in Bad Kreuznach, in Frankenthal/Worms, in Kirchen, in Landau/Südliche Weinstraße und in Kaiserslautern/Kirchheimbolanden ausgewiesen. Außerdem werden in Bad Kreuznach innovative Wege einer wohnortnahen Versorgung mit einer mobilen Reha-Einheit erprobt.

Da ein großer Bedarf an geriatrisch ausgebildeten Ärztinnen und Ärzten besteht, führt das Gesundheitsministerium Gespräche mit der Landesärztekammer. Ziel ist, dass geriatrische Inhalte zukünftig stärker als bisher in der Fort- und Weiterbildung berücksichtigt werden.

Um auch die ambulante Versorgung zu verbessern, werden Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung, den Krankenkassen und dem Hausärzteverband geführt.

Die Landesregierung unterstützt die Bildung von geriatrischen Netzwerken in den Regionen. Kern dieser Netzwerke sind die geriatrischen Rehabilitationskliniken und die geriatrischen Hauptfachabteilungen in den Krankenhäusern. Durch ihren stufenweisen Aufbau sind die Voraussetzungen für die Netzwerkbildung gegeben. Die Umsetzung ist für die erste Jahreshälfte 2011 vorgesehen.

Innovative Modellprojekte zur Aufgabenverteilung

Die bis Frühjahr 2013 laufenden Modellprojekte zu einer neuen Aufgabenverteilung in Krankenhäusern werden wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Sie werden Erkenntnisse darüber liefern, wie die Arbeit in den Krankenhäusern zukünftig besser organisiert werden kann.

Seniorenfreundliche Dorfgestaltung

Regionalpläne

Zurzeit stellen die rheinland-pfälzischen Planungsregionen ihre Regionalpläne neu auf. Die Regionalpläne konkretisieren die Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms LEP IV für die Region. Darin werden Aussagen zur künftigen Entwicklung der Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur getroffen. Dies beinhaltet die Festlegung von zentralen Orten, den so genannten Grundzentren. Ferner werden in den Regionalplänen Aussagen zu möglichen Nutzungsstrukturen vor allem für das Wohnen, die gewerbliche Entwicklung und den Verkehr getroffen. Dabei sind unter anderem auch die altersgerechten Entwicklungen und Anforderungen einzubeziehen. Die Regionalpläne haben eine wichtige Mittlerfunktion zwischen der Landes- und der kom-

munalen Ebene. Ihre Vorgaben werden in der nächsten Planungsebene, der kommunalen Bauleitplanung (Flächennutzungsplanung und Bebauungsplanung) umgesetzt. Die Landesregierung wird diese Prozesse auch weiterhin konstruktiv begleiten.

Zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume

Regionale Konferenzen

Die Landesregierung schafft durch regionale Konferenzen Orte der Diskussion und Verständigung für die Kommunen, politisch Verantwortliche, Seniorenvertretungen und interessierte Menschen. Unter Berücksichtigung der bereits entwickelten Initiativen und Prozesse sollen regional spezifische Lösungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume fortgeschrieben oder initiiert werden.

Seniorenfreundliche städtebauliche Erneuerung

Bewährte Förderinstrumente fortsetzen

Die Förderinstrumente des Programmes Städtebauliche Erneuerung haben sich hervorragend bewährt. Sie haben wichtige regionale und lokale Impulse zur Verbesserung der Wohn- und Umweltsituation gerade auch älterer Menschen gesetzt. Das Land Rheinland-Pfalz will gemeinsam mit Städten und Gemeinden die bislang in Gang gebrachte städtebauliche Erneuerung fortsetzen. Die städtebauliche Erneuerung ist und bleibt eine langfristige Schwerpunktaufgabe, die auch für regionale Arbeitsmärkte wesentliche Impulse setzt.

Die Bündelungseffekte der Städtebauförderungsmittel von Bund und Land und die Initiativwirkung auf private Investitionen sind erheblich. Ein Euro Städtebauförderungsmittel mobilisiert private Investitionen in sechsfacher Höhe; vor allem in Sanierungsgebieten (DIW 1996 u. 2004, RWI 2004).

Erhalt und Flexibilisierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Weiterentwicklung des ÖPNV

Die Weiterentwicklung der Mobilitätsangebote des ÖPNV betrifft vor allem den Rheinland-Pfalz-Takt, die Entwicklung flexibler Bedienformen vor Ort sowie den barrierefreien Zugang zu Verkehrsmitteln und auch zu den Reisedaten.

Im Rahmen des Projektes Rheinland-Pfalz-Takt 2015 (RPT 2015) wird das gesamte Verkehrsangebot auf der Schiene überarbeitet. RPT 2015 ist ein gemeinsames Projekt der beiden Schienenpersonennahverkehrs-Zweckverbände Rheinland-Pfalz Nord und Süd, des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes. Ziel ist es, das Angebot auszuweiten und schnellere und direktere Verbindungen der Regional-Express-Züge zwischen den Oberzentren und bessere Stadt-Land-Verbindungen zu schaffen.

Die insgesamt circa 70 Einzelmaßnahmen sollen überwiegend in den Jahren 2009 bis 2011 planerisch vorbereitet und anschließend in die Umsetzungsphase mit dem Abschluss von Bau- und Finanzierungsverträgen eingeleitet werden. Der Bau der Maßnahmen erfolgt voraussichtlich in den Jahren 2011 bis 2015.

Bürgerbusse

Für kleinräumige Verkehrsbedürfnisse werden auch weiterhin Bürgerbusinitiativen vom Land gefördert. Dadurch soll sichergestellt werden, dass ältere Menschen Ärztinnen und Ärzte, Behörden, Einkaufsmöglichkeiten und Freizeiteinrichtungen erreichen können. Gleichzeitig soll dadurch auch die Kommunikation in dieser Altersgruppe verbessert werden. Für die Erstellung eines entsprechenden Konzepts bietet das Land 2010/2011 kostenfreie Beratungen vor Ort durch das Institut nexus, Berlin, in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Tourismusgeografie der Universität Trier an (www.buergerbus-rlp.de).

Verbesserung der Verkehrsanschlüsse

Wichtige Elemente zur Verbesserung des Komforts für Kunden des öffentlichen Verkehrs sind das Bereitstellen von aktuellen Reisedaten in Echtzeit und die damit verbundene nachhaltige Verbesserung der Anschlüsse. Das

Land Rheinland-Pfalz wird in den Jahren 2010 bis 2014 ein Förderprogramm zur Ausrüstung von Omnibussen mit Modulen zur Übermittlung und harmonisierten Nutzung von Echtzeitdaten umsetzen. Dabei werden auch Fahrgastinformationssysteme im Bus und an Haltestellen gefördert. Ziel ist eine umfassende, bedienerfreundliche und gut verständliche Kundeninformation im ÖPNV, die auch aktuelle Entwicklungen (wie beispielsweise Störungen durch Unwetter oder Verspätungen) und alternative Reisemöglichkeiten umfasst.

Altersgerechter Zugang zu neuen Medien

Der Umgang mit neuen Technologien und Medien muss gelernt werden. Gleichzeitig müssen Zugangsbarrieren abgebaut werden und die Medien müssen einfacher gestaltet sein, um auch vorhandene Berührungspunkte abbauen zu können. Im Umgang mit Medien



und Technologien haben alle Altersgruppen unterschiedliche Herausforderungen zu meistern. Ältere Menschen haben öfter motorische Hürden, beispielsweise beim doppelten Mausclick am Computer oder körperliche Einschränkungen, wie geringere Sehkraft, geringere Muskelkraft oder eine eingeschränkte Mobilität. Die Faktoren müssen auf Seiten der Medien berücksichtigt werden, beispielsweise sollten Displays und Schriften größer und mit anderen Farben und Schrifttypen als für Jugendliche gestaltet werden. Auch die Medieninhalte sollten die oft geringere Erfahrung älterer Menschen berücksichtigen.

Die Landesregierung plant daher – analog zu ihren Medienkompetenzprogrammen für Kinder, Jugendliche, Berufstätige und andere Gruppen – auch spezifische Programme für Ältere.

So soll der Umgang mit Medieninhalten unter anderem über die Medienkompetenznetzwerke (MKN) in Rheinland-Pfalz und die Aktivitäten der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz geschult werden. Im MKN Mainz-Rheinhessen soll noch in 2010 ein Pilotprojekt gestartet werden, das beispielhaft für andere Regionen ist.

Das von der Multimediainitiative der Landesregierung im Rahmen des Multimedia-wettbewerbs 2010 prämierte Projekt www.starthilfe50.de bietet Erklärvideos für Jedermann, aber besonders für die Zielgruppe 50plus, zum Umgang mit Medien und ihren Inhalten.

Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus Industrie und Wissenschaft und mit Betreiberinnen und Betreibern von Alten- und Pflegeheimen sollen exemplarisch neue Medien (wie Spielekonsolen, Beamertechnologien, interaktive Touchdisplays) zum Beispiel für Heim-Volksschulkurse für Ältere eingeführt werden, auch um den tatsächlichen Nutzen im Alltag aufzuzeigen.

Multimediale Infrastruktur ausbauen

Der weitere Ausbau einer möglichst flächendeckend verfügbaren Infrastruktur mit Breitband-Internetanschlüssen bleibt eine wichtige Aufgabe der Landesregierung – auch um den Standort Rheinland-Pfalz zukunftsorientiert weiterzuentwickeln und die Gleichheit der Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu gewährleisten. So ist es beispielsweise notwendig, dass den Verwaltungen ebenso wie den Bewohnerinnen von Alten- und Pflegeeinrichtungen landesweit schnelles breitbandiges Internet zur Verfügung steht. Die Landesregierung arbeitet derzeit unter Federführung des Wirtschaftsministeriums an Programmen, um dies zu ermöglichen.

2.3 IM ALTER GUT UND SICHER LEBEN

Gut und sicher Leben im Alter bedeutet zum einen soziale Sicherheit, d. h. gute Arbeit, gute Rente und Schutz vor Armut. Es bedeutet zum anderen Bürgerinnen und Bürger vor allgemeinen Gefahren und Verbrechen zu schützen, das umfasst auch den Verbraucherschutz. Alle drei Aspekte sind im nachfolgenden Kapitel aufgeführt.

Gut und sicher Leben im Alter heißt vor allem auch, ein finanzielles Auskommen zu haben, das einen guten Lebensstandard sichert und Teilhabe ermöglicht. Es ist politischer Wille der Landesregierung, dass die Menschen heute von ihrer Arbeit leben und gleichzeitig für das Alter vorsorgen können. Die Landesregierung arbeitet konsequent daran, dass Armut – auch Armut im Alter – vermieden und bekämpft wird.

Eine heute fair bezahlte Arbeit verhindert morgen Altersarmut. Deshalb setzt sich die Landesregierung, für eine auskömmliche Grundsicherung für diejenigen ein, die sie benötigen. Außerdem für Mindestlöhne, für armutsfeste Renten heute und in Zukunft und für den Erhalt der solidarisch finanzierten Rentenversicherung.

Der entscheidende Faktor zur Vermeidung von Altersarmut ist die Teilhabe am Arbeitsleben – möglichst lange und auch für ältere Beschäftigte. Deshalb ist es Ziel der Landesregierung, die Rahmenbedingungen so zu

gestalten, dass Menschen möglichst lange gesund, motiviert und leistungsfähig erwerbstätig sein können. Dabei geht es nicht nur um individuelle Chancen oder ökonomische und sozialversicherungsrechtliche Absicherung.

Es geht auch darum, dass das Wissen und die Erfahrungen älterer Beschäftigter für unsere Wirtschaft und unsere Unternehmen unverzichtbar sind – gerade wenn wir auf den Fachkräftebedarf der Zukunft blicken. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Landesregierung für den Abbau von Arbeitslosigkeit, von arbeitsbedingten Erkrankungen und gegen ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess ein. Mit unterschiedlichen Maßnahmen unterstützt die Landesregierung eine nachhaltige Beschäftigungssicherung. Dazu zählen Förderansätze zur Zukunftsfähigen Arbeit ebenso wie Angebote zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung oder Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Landesregierung stärkt die gute Arbeit der Polizei, damit sich alle Menschen in Rheinland-Pfalz sicher fühlen und sicher leben. Die Kriminalstatistiken zeigen, dass ältere Menschen weniger gefährdet sind als jüngere, dennoch fühlen sich ältere Menschen oftmals nicht sicher. Die Landesregierung nimmt diese Sorgen, Befürchtungen und Ängste älterer Menschen ernst, denn für ein gutes Leben im Alter sind nicht die objektiven Daten sondern die subjektiven Empfindungen maßgebend.

Ziel ist, durch geeignete präventive Maßnahmen das Sicherheitsgefühl älterer Menschen zu stärken.

Gut und sicher leben bedeutet aber auch, dass Produkte und Dienstleistungen auf die Bedarfe einer älter werdenden Gesellschaft ausgerichtet werden müssen. Ältere Menschen sind eine wichtige Verbrauchergruppe im Land. Der Landesregierung kommt es darauf an, sie als selbstbewusste Konsumentinnen und Konsumenten zu stärken. Aber auch hier gilt: Ältere Menschen haben unterschiedliche Ansprüche an Information und Beratung und so unterschiedlich wie ihre Lebensweisen

sind auch ihre Konsumverhalten. Unterstützung, Transparenz und die Orientierung an den Bedürfnissen älterer Menschen sind Leitgedanken einer zukunftsgerichteten Verbraucherpolitik der Landesregierung.

Die Ziele dazu im Einzelnen:

- Soziale Sicherheit fördern – Altersarmut verhindern
- Gut und motiviert – altersgerechte Arbeit
- Sicherheit und Lebensqualität im Alltag fördern
- Ältere Menschen als Konsumentinnen und Konsumenten stärken.

2.3.1 Was bisher erreicht wurde

Soziale Sicherheit fördern – Altersarmut verhindern

Armut vorzubeugen und zu verringern, das ist eines der wichtigsten Ziele der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Es gibt sichtbare und weniger sichtbare Armut; nicht wenige Menschen leben mit sozialen und finanziellen Risiken. Das gilt auch für ältere Menschen in unserem Land. Ziel der Landesregierung ist, dass ältere Menschen stärker auf ihre Lebensleistung bauen können und möglichst wenige auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind.

Altersarmut verhindern

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung, der 2010 veröffentlicht wurde, zeigt: Das Armutsrisiko älterer Menschen in Rheinland-Pfalz ist heute deutlich niedriger als noch zu Beginn der 90er Jahre. Im Zeitraum 2005 bis 2008 lag das Armutsrisiko der 65-jährigen und älteren Menschen jedes Jahr etwas über dem Durchschnitt der

allgemeinen Armutsrisikoquoten, wobei sich der Unterschied zwischen (rund) ein bis zwei Prozent bewegte. Das Armutsrisiko der Frauen in dieser Altersgruppe lag im Zeitraum 2005 bis 2008 in jedem Jahr sowohl über der Armutsrisikoquote der Männer gleichen Alters als auch über den durchschnittlichen Armutsrisikoquoten.

Armut ist heute nicht mehr Massenphänomen vor allem bei Älteren; der Anteil der über 65-jährigen, die Grundsicherung empfangen haben, lag in der entsprechenden Altersgruppe 2008 bei 2,4 Prozent. Armut betrifft heute vor allem Alleinerziehende, Familien mit vielen Kindern und Menschen, die lange ohne Arbeit sind. Das unterstreicht die Bedeutung von gut und leistungsgerecht bezahlter Arbeit für ein gutes Leben im Alter. Wer von Vollzeitarbeit nicht leben kann und wer im Alter keine gute und verlässliche Alterssicherung erwarten kann, verliert das Vertrauen in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung.

Um Altersarmut zu vermeiden, muss während des Erwerbslebens angesetzt werden. Dazu müssen prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt, der gesetzliche Mindestlohn eingeführt, der Grundsatz der gleichen Bezahlung durchgesetzt und die Integration in den Arbeitsmarkt gefördert werden. Darüber hinaus müssen die Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung so ausgestaltet werden, dass Altersarmut die Ausnahme ist.

In Deutschland arbeiten rund 6,5 Mio. Menschen im Niedriglohnbereich. Fast 70 Prozent dieser Beschäftigten sind weiblich. Da Frauen besonders häufig in ungesicherten und unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen arbeiten, sind sie in besonderer Weise von Altersarmut betroffen. Von der Einführung von Mindestlöhnen würden rund 4,5 Mio. – von Lohndumping betroffene – Frauen profitieren. Die Landesregierung hat sich nachdrücklich, unter anderem durch eine Bundesratsinitiative, für die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen eingesetzt. Mittlerweile sind in insgesamt 10 Branchen Mindestlöhne festgelegt und etwa viereinhalb Mio. Beschäftigte in Deutschland durch Mindestlöhne geschützt. Am 1. August 2010 kam die Pflegebranche noch hinzu. Damit ist ein wichtiger Schritt geschafft, um Lohndumping in Deutschland zu verhindern, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen und Altersarmut zu vermeiden.

Armutsfeste Renten

Alterssicherung ist eng an das Erwerbsleben gekoppelt. Dauer der Beschäftigung und Höhe des Entgelts bestimmen wesentlich die Höhe der späteren gesetzlichen Rente. Vor diesem Hintergrund müssen besonders diskontinuierliche und weniger gut entlohnte Arbeit – wie beispielsweise Leiharbeit – und

die damit einhergehenden Belastungen und Risiken für die Beschäftigten eingedämmt werden. Das Instrument „Leiharbeit“, das zum Abfangen von Auftragsspitzen konzipiert worden ist, wird gegenwärtig zu häufig missbraucht, um Arbeits- und Tarifbedingungen zu unterlaufen und Lohndumping vorzunehmen.

Auch hier setzt sich die Landesregierung seit längerem aktiv für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit ein. Sie geht dagegen vor, dass Stammbeschafteten durch schlechter bezahlte und in der Regel schlechter abgesicherte Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verdrängt werden. In den Jahren 2009 und 2010 hat die Landesregierung Bundesratsinitiativen gestartet für Equal pay in der Zeitarbeit und für ein Verbot, Stammbeschafteten durch billige Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zu ersetzen. Sie ist der Auffassung, dass für die betroffenen Beschäftigten umgehend Rechtsicherheit durch eine Gesetzesänderung geschaffen werden muss.

Der Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung war in den letzten Jahrzehnten und ist auch heute noch die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Es ist der Landesregierung ein Anliegen, dass das auch in Zukunft so ist und ältere Menschen auch in Zukunft armutsfeste Renten erhalten. Renten sollen vor allen Dingen das Ergebnis der Beiträge sein, die während des Erwerbslebens in die Rentenversicherung fließen.

Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Soziales und Arbeit der Länder (ASMK) haben auf ihrer 86. Konferenz im Jahr 2009 mit rheinland-pfälzischer Unterstützung einen Beschluss zur Stärkung der familienpolitischen Komponente bei der Rente

und der Alterssicherung im Niedriglohnbereich gefasst. Aus Sicht der Länder sollte bis zur ASMK-Konferenz im Jahr 2010 in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe folgende Aspekte geprüft werden:

- Wie kann die familienpolitische Komponente in der gesetzlichen Rentenversicherung gestärkt werden?
- Wie können dazu Erziehungs- und Pflegeleistungen in der Alterssicherung noch besser berücksichtigt werden?
- Wie kann die Alterssicherung von Menschen, die langjährig im Niedriglohnbereich beschäftigt sind, gestärkt werden?
- Wie kann der Übergang in den Ruhestand (Stichwort Teilrente) verbessert werden?

Die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Länder hat die Bundesregierung zwischenzeitlich abgelehnt. Stattdessen soll auf Bundesebene eine Regierungskommission eingesetzt werden.

Dass ältere Menschen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein verlässliches Einkommen haben, muss auch weiterhin gelten. Deswegen darf es negative Rentenanpassungen in Deutschland nicht geben. Das Schaffen der Rahmenbedingungen für den Eintritt in den Ruhestand fällt in erster Linie dem Bund zu. Dennoch ist es der Landesregierung ein Anliegen, sich dafür einzusetzen, dass Unternehmen den Übergang von der Erwerbszeit in die Ruhestandsphase flexibel gestalten. Tarifverträge in der chemischen, der Metall- und der Elektroindustrie zeigen, dass es möglich ist, bereits einige Jahre vor Erreichen der Altersgrenze einen Teil der gesetzlichen Altersrente zu beziehen und gleichzeitig bei reduzierter Arbeitszeit weiter zu arbeiten. Dass eine be-

sondere Berücksichtigung beruflich stark belasteter Arbeitnehmergruppen gelingen kann, zeigt der Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente in der rheinland-pfälzischen Metall- und Elektroindustrie. Er bevorzugt Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter bei der Inanspruchnahme von Altersteilzeit.

Die Landesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass auf Bundesebene gute Voraussetzungen für solche Übergangsmodele geschaffen werden. Sie wird das auch weiterhin tun. In der letzten Legislaturperiode des Bundestages hat der Bundesgesetzgeber den Rahmen für den Aufbau betrieblicher Wertguthaben verbessert. In der aktuellen Legislaturperiode hat sich das Land bereits mit einer Bundesratsinitiative zur Verlängerung der Förderung der Altersteilzeit eingebracht, die allerdings keine Mehrheit fand. Rheinland-Pfalz wird sich dennoch auch weiterhin aktiv und konstruktiv für die Belange älterer Beschäftigter einsetzen.

Gut und motiviert – altersgerechte Arbeit

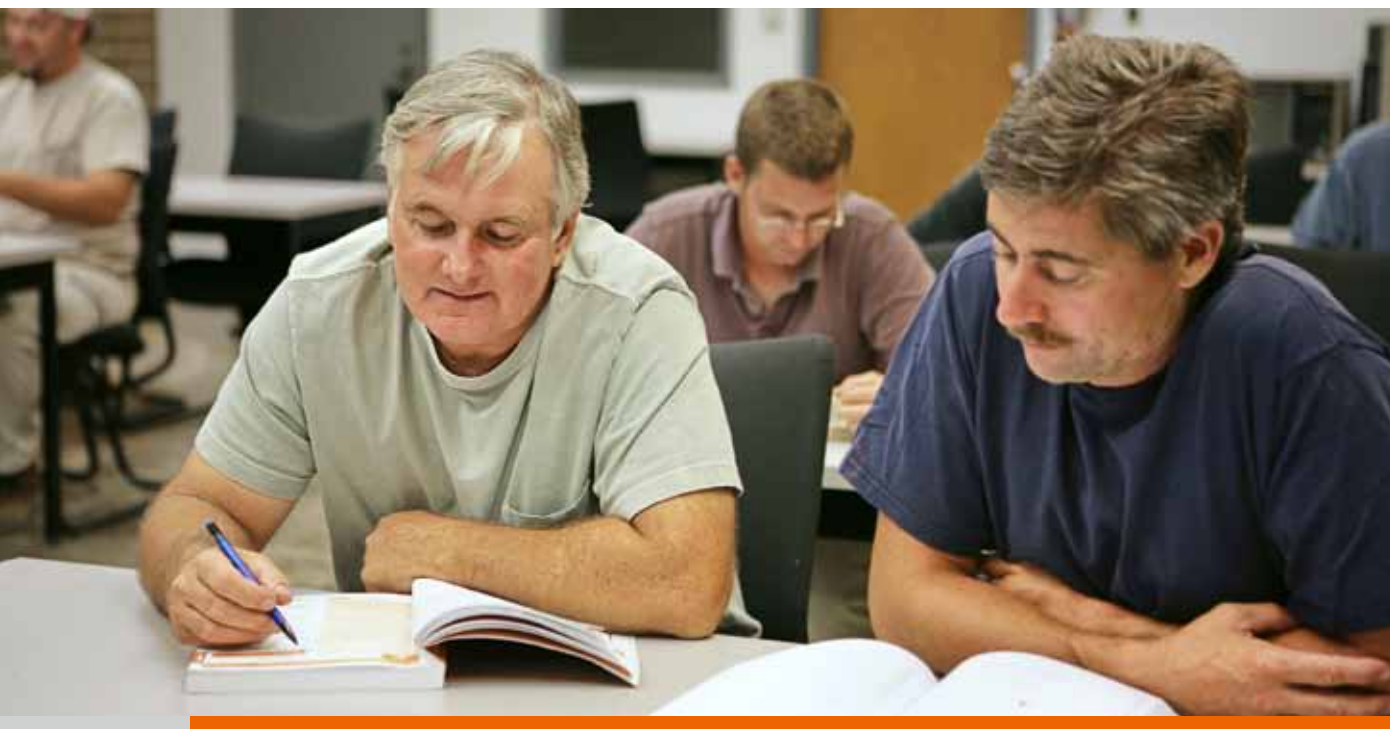
Alterns- und altersgerechtes Arbeiten, Erhalt und Stärkung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit sowie lebenslanges Lernen sind wesentliche Voraussetzungen für die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Menschen. Dafür ist eine am jeweiligen Lebensalter orientierte Gestaltung von Arbeit und Arbeitsorganisation ebenso notwendig wie ein präventiver Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die Landesregierung unterstützt mit unterschiedlichen Maßnahmen und Ansätzen vor allem kleinere und mittlere Unternehmen in Rheinland-Pfalz dabei, Arbeit so zu gestalten, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über das gesamte Erwerbsleben gesund, motiviert, innovativ und produktiv arbeiten.

Zukunftsfähige Arbeit in Rheinland-Pfalz
Mit dem Thema „Zukunftsfähige Arbeit in Rheinland-Pfalz“ werden die gesellschaftlichen Trends (Demographie, Globalisierung, Technologisierung und Wissensgesellschaft usw.) aufgegriffen und in eine beschäftigungspolitische Strategie übersetzt, die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbindet. Schwerpunkte dabei sind: altersgerechte Arbeitsbedingungen, Kompetenzen, Gesunderhalt, Führung und Unternehmenskultur, Fachkräftesicherung und die unternehmerische Verantwortung. Mit dem seit dem Jahr 2008 bei der Handwerkskammer Rheinhessen angesiedelten „Kompetenzzentrum Zukunftsfähige Arbeit in Rheinland-Pfalz“ hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen eine zentrale Anlaufstelle geschaffen. Sie verknüpft unterschiedliche Ansätze zur Entwicklung der Beschäftigungsfähigkeit in Rheinland-Pfalz und vermittelt den Betrieben

und Beschäftigten Unterstützung bei konkreten Fragestellungen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auch auf die Belange älter werdender Belegschaften gelegt.

„QualiScheck“ – Die Erfahrung älterer Beschäftigter wertschätzen und fördern

Das Wissen und die Erfahrungen älterer Beschäftigter sind ihr großer Vorteil. Immer mehr Unternehmen erkennen das und setzen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs bewusst auf erfahrene Beschäftigte. Berufliche Weiterbildung ist vor dem Hintergrund der komplexer werdenden Arbeitswelt, in der technologische Neuerungen und Veränderungen immer schneller erfolgen, von wesentlicher Bedeutung. Um die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger und die kleinen und mittleren Unternehmen im Land bei der Sicherung ihrer beruflichen Zukunft und ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen, hat die Landesregierung im Sommer 2009 den „QualiScheck“ ins Leben gerufen. Der „Quali-



Scheck“ zielt vor allem auf Beschäftigte über 45 Jahre in kleinen und mittleren Betrieben in Rheinland-Pfalz. In den ersten zwölf Monaten wurden bereits mehr als 870 QualiSchecks ausgestellt.

Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit erhalten

Neben den genannten Ansätzen Kompetenzzentrum „Zukunftsfähige Arbeit in Rheinland-Pfalz“ und „QualiScheck“ gibt es eine Vielzahl von Projekten, die die Themen alter(n)s-gerechtes Arbeiten, berufliche Weiterbildung, Gesundheitsförderung, Personalführung und Lebenslanges Lernen aufgreifen. Dazu zählen unter anderem:

- Auf- und Ausbau regionaler Netzwerke: Ziel ist die Bündelung der verschiedenen Akteurinnen und Akteure vor Ort, um Synergieeffekte zu erreichen und gemeinsam ein an den jeweiligen Bedarfen ausgerichtetes Beratungs- und Unterstützungsangebot anbieten zu können.
- Regionale branchenspezifische oder speziell für kleine und mittlere Unternehmen entwickelte Ansätze zur Stärkung demographiebewusster Personalentwicklung: Ziel der Projekte ist die Sensibilisierung von Unternehmerinnen und Unternehmern für eine altersgerechte Gestaltung von Arbeit. Dabei werden sie durch Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen und einer entsprechenden Personalentwicklung begleitet.
- Qualifizierung von betrieblichen Interessensvertretungen im Themenfeld des altersgerechten Arbeitens: Ziel ist, neben den Unternehmerinnen und Unternehmern

auch die betrieblichen Interessenvertreterinnen und -vertreter für die Thematik und die aktive Unterstützung in den Betrieben zu gewinnen.

Gesundheitsförderung

Ein aktive Gesundheitsförderung und ein aktives Gesundheitsmanagement zahlen sich für die Unternehmen und die Beschäftigten nachhaltig aus. Betriebliches Gesundheitsmanagement wirkt vorzeitigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegen, vermindert Fehlzeiten, fördert die Motivation und führt zur Verbesserung von Qualität und Produktivität.

Für Fach- und Führungskräfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) bietet die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) seit 2005 Fortbildungen an. Bisher wurden beispielsweise die Themen Zeitmanagement, Arbeitstechniken, Konfliktlösungsstrategien, Mitarbeitergespräche, Diversity Management, Teamarbeit, Führungskompetenzen, Verhandlungstechniken und Entscheidungsfindungstechniken bearbeitet.

Auch für die Landesregierung selbst ist betriebliches Gesundheitsmanagement ein wichtiges Thema: Um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten zu erhalten und zu fördern, wurde ein betriebliches Gesundheitsmanagement eingeführt, das alle Prozesse zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit zusammenführt. Das Rahmenkonzept „Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung“ wurde in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Unfallkasse Rheinland-Pfalz, der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenver-



tretungen der obersten Landesbehörden und der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der Ministerien und der Staatskanzlei erarbeitet.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie und lebensphasenorientierte Personalpolitik

Die Landesregierung stärkt die Einkommens- und Beschäftigungschancen auch durch Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Verbesserung der beruflichen Situation von alleinerziehenden Frauen und Männern. Diese Maßnahmen, die überwiegend der zukünftigen älteren Generation zu gute kommen, unterstreichen das Bestreben der Landesregierung, ein gutes Leben im Alter auch morgen zu sichern. In Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, den Wirtschaftskammern und weiteren Partnerinnen und Partnern in Rheinland-Pfalz, wurden seit 2007 neun Regionalkonferenzen und zwei landesweite Aktionstage zum Thema „Beruf und

Familie“ durchgeführt. Mit diesen Konferenzen wurden vor allem kleine und mittlere Betriebe für Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sensibilisiert.

Die Landesregierung fördert außerdem das Audit berufundfamilie der gemeinnützigen Hertiestiftung. Das Audit ist ein Managementinstrument zur betriebsangepassten Einführung familienbewusster Unternehmensstrukturen. Bislang haben in Rheinland-Pfalz 149 Unternehmen, Institutionen und Hochschulen das Audit durchlaufen oder sich dazu angemeldet. Das Interesse ist auch gegenwärtig hoch. Das ist ein gutes Zeugnis für rheinland-pfälzische Unternehmen.

Und auch ZeitZeichen ist eine von der Landesregierung geförderte Beratungsstelle für innovative Arbeitszeitmodelle, die kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung familien- und chancengerechter Maßnahmen unterstützt.

Regelmäßige Runde Tisch-Gespräche mit unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteuren – zum Beispiel aus der Wirtschaft, den Lokalen Bündnissen für Familien, den Gewerkschaften, der Beratungsstelle ZeitZeichen – ergänzen die genannten Programme.

Sicherheit und Lebensqualität im Alltag fördern

Die Landesregierung leistet ihren Beitrag dazu, dass sich alle Menschen in Rheinland-Pfalz sicher fühlen und sicher leben. Deshalb stärkt sie Maßnahmen, die hierzu einen Beitrag leisten können. Die gute Arbeit der Polizei hilft, diese Maßnahmen zu unterstützen.

Kriminalprävention durch Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater

Auf Initiative der Leitstelle „Kriminalprävention“ im Ministerium des Innern und für Sport bilden die Polizeipräsidien in Kooperation mit den kommunalen Gebietskörperschaften seit 10 Jahren sogenannte Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater für ältere Menschen (früher „Sicherheitsberater für Senioren“ – Sfs) aus. Ängste älterer Menschen im Alltag, sie könnten Opfer einer Straftat werden, sollen dadurch abgebaut und das persönliche Sicherheitsgefühl verstärkt werden. Denn: Das subjektive Sicherheitsgefühl älterer Menschen ist oftmals schlechter als die tatsächliche, objektive Sicherheitslage.

Durch Vorstellungsrunden in Gemeinden, in Seniorengruppen und Senioreneinrichtungen, durch Internetauftritte und Presseinformationen, durch Beratungsgespräche im Bekannten- und Verwandtenkreis, Sprechstunden in Kommunalverwaltungen und durch Vorträge bei Seniorenveranstaltungen, klären die Sfs über Gefahren in allen Lebensbereichen auf

und informieren über die Aufgaben der Polizei oder der Verbraucherschutzberatung. Wie sich ältere Menschen in ihrer eigenen Wohnung vor kriminellen Angriffen schützen können, wie sie Gefahren des Alltags erkennen und vermeiden oder geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen können, das konnte in zahlreichen Fällen erfolgreich durch die Sicherheitsberaterinnen und -berater vermittelt werden. Über die Sicherheitsberaterinnen und -berater sind außerdem Informationsmaterialien zur Kriminalprävention zu erhalten, so beispielsweise die Broschüre „Der Goldene Herbst – Sicherheitstipps für Senioren“ oder eine Aufklärung zum Thema „Enkeltrick“. Weitere Informationen gibt es unter www.polizei-beratung.de.

Im Jahr 2000 hat die Leitstelle „Kriminalprävention“ (gemeinsam mit dem Landeskriminalamt und in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz sowie weiteren Kooperationspartnerinnen und -partnern) Mindeststandards für die Ausbildung der Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater für ältere Menschen erarbeitet, die seitdem auch angewendet werden. Bis heute haben die fünf Polizeipräsidien über 600 Sicherheitsberaterinnen und -berater aus- und fortgebildet. Organisation und Aufgaben der Polizei, kriminologische Kenntnisse, technische Schutzmaßnahmen, Sicherheit im Straßenverkehr, Deliktfelder und Verhaltensweisen von Straftäterinnen und Straftätern, Möglichkeiten der Vorbeugung und Prävention, Opferschutz und Opferhilfe, Vermittlung von Hilfsorganisationen und anders mehr waren Inhalte der dreitägigen Schulungen unter der Leitung der Polizei. Ältere Menschen, die sich für das Programm interessieren, finden Aufrufe in regionalen Printmedien oder können sich bei Polizeidienststellen informieren.

107 rheinland-pfälzische Kommunen haben kriminalpräventive Gremien eingerichtet, die von der Leitstelle „Kriminalprävention“ betreut und beraten werden. In einer Vielzahl dieser Gremien wirken Sicherheitsberaterinnen und -berater aktiv mit. Jährlich veranstaltet die Leitstelle „Kriminalprävention“ einen Landespräventionstag, der dem Austausch der Sicherheitsberaterinnen und -berater, der Weiterentwicklung des Konzepts und grundsätzlichen sowie aktuellen kriminalpräventiven Fragen gilt. Die Seniorensicherheit im Alltag gehört dazu. Darüber hinaus finden zwei- bis dreimal jährlich Fortbildungsveranstaltungen zu speziellen Themen statt, beispielsweise „Verbraucherschutz“, Rhetorik, „Erben und Vererben“, „Haustürgeschäfte“, „Enkeltrick“, „Drogen und Alkohol“. Zwischenzeitlich haben auch Polizeiorganisationen in der Großregion „Saar-Lor-Lux“ das erfolgreiche Konzept übernommen.

Sicherheit im Alltag von an Demenz Erkrankten fördern

Für Menschen mit Demenz hat die Sicherheit im Alltag einen besonders hohen Stellenwert. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen führt deshalb in Kooperation mit der LZG und dem Ministerium des Inneren und für Sport das bundesweit vorbildliche Projekt „Einsatz mit an Demenz erkrankten Menschen“ durch. Der innovative Projektansatz wurde im März 2009 im Ideen-Wettbewerb der Financial Times Deutschland ausgezeichnet. Polizistinnen und Polizisten erhalten in dem Projekt eine Schulung über die Krankheit Demenz und den Umgang mit erkrankten Menschen und ihren Angehörigen. Die Schulung wird innerhalb der Ausbildung an den entsprechenden Polizeischulen des Landes und als praxisbegleitende Fortbildung angeboten. Ein ebenfalls in dem

Projekt entwickelter Ratgeber „Einsatz mit an Demenz erkrankten Menschen“ dient als Unterrichtsmaterial und unterstützt die Polizistinnen und Polizisten dabei, mehr Handlungssicherheit im Umgang mit an Demenz erkrankten Menschen zu bekommen. 2009 fanden entsprechende Fortbildungen an den Standorten Mainz, Neuwied, Montabaur und Landau statt.

Verbrauchertipps zur Sturzgefahr im Alter

Etwa 30 Prozent der über 65-jährigen und etwa 40 Prozent der über 80-jährigen Menschen stürzen mindestens einmal pro Jahr. Je älter die Menschen werden, umso größer ist auch das Sturzrisiko. Die Folgen von Stürzen im höheren Alter können gravierend sein. Mehr als 100.000 alte Menschen erleiden pro Jahr einen Oberschenkelhalsbruch; ebenso viele brechen sich das Hüftgelenk. Seit 2006 fördert die Landesregierung durch die Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) die Bewegungssicherheit im Alltag von älteren Menschen. Außerdem gibt die bereits erwähnte Broschüre „So verhindern Sie Stürze!“ praktische Verbrauchertipps zum Vorbeugen vor einer Sturzgefahr. Fortlaufende Workshops, die von der LZG über Anschreiben und öffentliche Medien angekündigt werden, geben rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, die empfohlenen Übungen unter fachlicher Anleitung auszuprobieren.

Und auch die bereits genannten Forschungsaktivitäten rund um das Thema „Ambient Systems – Technologien und Anwendungen“ der Technischen Universität in Kaiserslautern helfen, durch leicht bedienbare Hausautomatisierungstechnik, ältere Menschen in ihrer Wohnung zu unterstützen. In einem Notfall ist so nicht nur die Bewohnerin oder der Be-

wohner selbst in der Lage, Hilfe zu alarmieren. Die Alarmierung erfolgt automatisch, wenn dies durch die Personen selbst nicht mehr möglich ist, beispielweise nach Stürzen.

Ältere Menschen als Konsumentinnen und Konsumenten stärken

Ältere Menschen sind eine immer stärker wachsende Verbrauchergruppe. Der Landesregierung kommt es darauf an, Seniorinnen und Senioren als selbstbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Seniorinnen und Senioren erwarten zu Recht altersgerechte und barrierefreie Produkte und Dienstleistungen: von altersgerechten Alltagsgegenständen (Möbel etc.) über bedienfreundliche Telekommunikationsmittel (wie Handy, PC oder Fernseher) und altersgerechte Tourismus- und Freizeitangebote bis hin zu vital- und gesunderhaltender Ernährung.

Initiative Gesundheitswirtschaft

Produkte für Ältere sind nicht grau, einheitlich oder langweilig; sie sind vielfältig, interessant und bunt, so wie die ältere Generation selbst. Produkte müssen bedarfsgerecht sein – der jeweiligen Lebenssituation des älteren Menschen angepasst.

Auch die gemeinsam vom Gesundheits- und Wirtschaftsministerium gestartete Initiative „Gesundheitswirtschaft Rheinland-Pfalz“ orientiert sich maßgeblich an den Bedürfnissen älterer Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie stärkt die Anbieter in ihrem Bemühen, auf den demographischen Wandel mit innovativen Konzepten zu reagieren und Gesundheitsleistungen aller Art als passgenaue Angebote für ältere Menschen zu entwickeln. Sie fördert auch die Kombination von Angeboten aus den Bereichen Prävention und Rehabilitation, neues Wohnen und innovativen Technologien



und setzt sich dafür ein, dass mehr ergänzende seniorengerechte Produkte, zum Beispiel gesunde Ernährungsangebote, barrierefreie Tourismus- und Freizeitangebote, entwickelt und angeboten werden.

Im Rahmen von regionalen Runden Tischen werden auch in den Regionen innovative Ideen und Produkte entwickelt, die speziell die Bedarfe älterer Menschen vor Ort im Blick haben, zum Beispiel im gesundheitsorientierten Tourismus, in der Telemedizin oder beim barrierefreien Urlaub für Pflegebedürftige.

Ein weiteres Beispiel ist das Kooperationsnetzwerk ambulante Pflege. Es vernetzt als eines der Leitprojekte der Initiative Gesundheitswirtschaft gesundheitstechnologische, pflegewissenschaftliche und sozialökonomische Aspekte. In dem innovativen Projekt entwickelt das Fraunhofer Institut Kaiserslautern gemeinsam mit der Pflegewissenschaft ein Projekt im Bereich Ambient Assisted Living (AAL).

AAL bedeutet, unterstützende Technologien wie zum Beispiel Notfallerkennungssysteme im häuslichen Bereich zu nutzen, damit eine frühe Einleitung begleitender, rehabilitativer Maßnahmen oder auch die Einbindung unterstützender Sozialdienste, Pflege etc. erfolgen kann. Im geplanten Projekt sollen IT-Unterstützungen und deren Wirkung für zwei Zielgruppen erprobt werden: Unterstützt werden sollen Menschen nach einem Schlaganfall, die geringe bis schwere Funktionsstörungen zurück behalten, sowie hochbetagte Menschen, die alleine im Haushalt leben. Diese Art der engen Kooperation und Entwicklungsarbeit von Technologie und Pflege ist neu.

Kultur und Tourismus verbraucherfreundlich gestalten

Der Kulturtourismus in Rheinland-Pfalz ist nach allgemeiner Einschätzung ein stabiler Markt mit guten Wachstumsperspektiven und bedeutenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Ministerien für Kultur und für Tou-



rismus haben bereits vor Jahren die Initiative ergriffen, die strategischen Potentiale einer stärkeren Vernetzung von Kultur und Tourismus besser zu nutzen. Kulturelle Orte wie die Welterberegionen, einschließlich ihrer Burgen, Schlösser, Dome, historischen Orts- und Stadtkerne oder Kulturlandschaften ermöglichen älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen schon jetzt die Teilhabe durch eine teilweise barrierefreie Gestaltung. Entsprechende Baumaßnahmen sind in den Landesmuseen Koblenz, Mainz und Trier sowie in mehreren Objekten von Burgen, Schlössern, Altertümern in der Umsetzung beziehungsweise bereits abgeschlossen. Die Maßnahmen werden nach und nach ausgebaut. Das Land Rheinland-Pfalz hat hier in den letzten Jahren erheblich investiert.

In den Landesmuseen in Mainz und Trier wurden die Ausstellungsflächen im Zuge umfangreicher Baumaßnahmen barrierefrei erschlossen. In Mainz feierte man im Mai 2007 die Eröffnung des 1. Bauabschnittes; im März 2010 folgte der 2. Bauabschnitt. Das Landesmuseum Mainz wurde mehrfach für die besondere Berücksichtigung der Barrierefreiheit ausgezeichnet. Der 1. Bauabschnitt der neuen, barrierefreien Dauerausstellung des Landesmuseums Trier wurde im Oktober 2009 feierlich eingeweiht, die Eröffnung des 2. Bauabschnittes ist für Februar 2011 geplant. Für das Landesmuseum Koblenz laufen zurzeit Planungen für eine Neugestaltung der Ausstellungsräume unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit. Bereits zur BUGA 2011 in Koblenz wird es einen neuen barrierefreien Rundweg über die Festung Ehrenbreitstein geben.

Im Rahmen des vom Land Rheinland-Pfalz unter der Federführung des Finanzministeriums ausgelobten Wettbewerbs „Wegweisend

– Auf Geschichte bauen“ (2003) wurden für eine Reihe der landeseigenen Burgen, Schlösser und Altertümer mit der Entwicklung neuer Eingangsbereiche barrierefreie Angebote erarbeitet. Realisiert und zu großen Teilen bereits umgesetzt sind die Planungen für die Kaiserthermen, die Festung Ehrenbreitstein und die Hardenburg. In Planung sind zudem Angebote für die Burg Sooneck, das Schloss Stolzenfels, das Schloss Bürresheim, die Burg Trifels und das Schloss Villa Ludwigshöhe.

Ältere Menschen interessieren sich häufig für Geschichte. Rheinland-Pfalz verfügt über zahlreiche bedeutsame bauhistorische Zeugnisse, von den Römern bis in die jüngere Zeitgeschichte. Kulturtouristische Angebote, wie zum Beispiel die vom Land angestoßene Initiative „Land der Hildegard“ (Hildegard von Bingen) an der Nahe, ziehen gerade auch ältere Menschen an. Die neugeschaffene Internetplattform www.land-der-hildegard.de fasst die Wirkungsstätten der Hildegard von Bingen zusammen, so dass Jung und Alt auf den Spuren dieser bedeutenden Frau und der Kulturlandschaft zwischen Rhein und Nahe „wandeln“, sich informieren und die Lebensstationen der großen mittelalterlichen Ordensfrau besuchen können. Ähnliches gilt für das römische Trier oder den Kaiserdom in Speyer.

Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen für Ältere

Ältere Menschen haben als Verbraucherinnen und Verbraucher spezielle Bedürfnisse. Gleichzeitig sind sie besonders häufig Zielgruppe unlauterer Geschäftspraktiken. In der Seniorenzeitschrift Rheinland-Pfalz „spätlese“ erscheint in jeder Ausgabe ein Verbrauchertipp für ältere Menschen von den Verbraucherzentralen. Gefördert unter anderem mit

Mitteln des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz bietet die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz in den wichtigsten Bereichen Informationsveranstaltungen an. Einige Beispiele dafür sind:

- Veranstaltungsangebot Wissenswertes zu digitalen Medien: Bei der Neuanschaffung eines Fernsehers oder der Auswahl des richtigen Internetzugangs brauchen Seniorinnen und Senioren oft eine spezifische Beratung. Die Verbraucherzentrale informiert in Veranstaltungen mit folgenden Titeln: „Breitbandig ins Internet“, „Wissenswertes zu digitalem Fernsehen“, „HDTV – Hochauflösendes Fernsehen“, „Sicher im Netz – Surfen ohne Risiko“. Im April 2010 bot die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz speziell für ältere Menschen Veranstaltungen zur Aufklärung über typische Abzockmethoden an. Im Juni 2010 lag der Schwerpunkt auf Verbraucherinformationen zur Telekommunikation für Seniorinnen und Senioren.
- Vortragsreihe „Alternative Kaffeefahrt“: In Nachmittagsveranstaltungen, die wie eine Kaffeefahrt gestaltet sind, informiert die Verbraucherberatung Rheinland-Pfalz über ihre Rechte bei Vertragsabschlüssen und über Vor- und Nachteile der auf Kaffeefahrten häufig vertriebenen Produkte (Nahrungsergänzungsmittel etc.).
- Unter dem Motto „Fit im Alter“ informiert die Verbraucherzentrale bei Infonachmittagen über das Thema gesunde Ernährung. Diese beinhalten unter anderem ein Einkaufstraining im Supermarkt.

Verbraucherbewusstes Informations- und Beschwerdetelefon bei Pflegebedürftigkeit

Im Februar 2003 wurde in Zusammenarbeit der Fachkräfte der Beratungs- und Koordinierungsstellen (heutige Pflegestützpunkte) mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V. das Informations- und Beschwerdetelefon Pflege eingerichtet. Pflegebedürftige Menschen oder ihre Angehörigen, die Rat suchen oder eine Beschwerde haben, können sich seitdem bei einem der 135 Pflegestützpunkte zum Thema Pflege informieren und beraten lassen, oder sich direkt an die juristischen Fachkräfte des Informations- und Beschwerdetelefon der Verbraucherzentrale wenden. Im Rahmen des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe wurde 2010 das Informations- und Beschwerdetelefon um Fragen rund um das Thema Pflege und Wohnen in Einrichtungen ergänzt.

Die Landesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Veröffentlichung von Prüfergebnissen der Medizinischen Dienste der Krankenversicherung und damit eine bundesweit einheitlich Transparenz in der Pflege geschaffen werden. Das stärkt die Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Auswahl zwischen Diensten und Einrichtungen.

Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sollen auch über die „Pflegestammtische“ als Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt werden. Bislang fanden insgesamt 14 Pflegestammtische in Mainz und Trier statt. Zum Thema Suchtgefahren im Alter hat die Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) 2010 eine landesweite Bestandsaufnahme sowohl im Pflegebereich als auch im Suchtbereich durchgeführt. Die Ergebnisse werden gegenwärtig ausgewertet und fließen in die Arbeit der Landeszentrale ein.



2.3.2 Die nächsten Schritte

Soziale Sicherheit fördern – Altersarmut verhindern

Altersarmut verhindern

Im Februar 2010 wurde der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung veröffentlicht. Der Bericht bietet eine gute Gelegenheit, unterschiedliche Befunde und Sichtweisen einzubeziehen. Er trägt der politischen und sozialen Bedeutung der Themen Armut und Reichtum Rechnung und soll zu Diskussionen anregen.

Deshalb steht der Armuts- und Reichtumsbericht 2009/2010 auch im Mittelpunkt von Fachkonferenzen, die 2010 – im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung – gemeinsam mit der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) durchgeführt wurden und werden. Die Konferenzen

bilden den Rahmen für einen kritischen Dialog zwischen Landesregierung, Freier Wohlfahrtspflege und Gewerkschaften. Am 4. März 2010 fand in Koblenz die erste Regionalkonferenz statt. Am 2. September 2010 findet eine weitere Konferenz in Kaiserslautern statt. Sie gibt auf der Grundlage des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts die Möglichkeit zum Austausch vor Ort und soll Impulse geben, um lokale Strategien zur Bewältigung von Armut zu entwickeln.

Armutsfeste Renten

Die Landesregierung wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass ältere Menschen auch in Zukunft armutsfeste Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten. Daneben haben für die Landesregierung zur verbesserten armutsfesten Ausgestaltung der Alterssicherung folgende Maßnahmen Priorität:

- Die Landesregierung tritt aktiv für eine Erweiterung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine so genannte „Erwerbstätigenversicherung“ ein. In einem ersten Schritt sollten alle neuen Selbständigen (sog. Solo-Selbständige) in die zu einer „Erwerbstätigenversicherung“ ausgeweitete gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden, soweit sie nicht Mitglied eines der gesetzlichen Rentenversicherung gleichgestellten Versorgungswerkes sind. Dazu gehört auch die Pflichtversicherung von Existenzgründern, die einen Gründungszuschuss (zum Beispiel von der Bundesagentur für Arbeit) erhalten.
- Derzeit werden für Menschen, die Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten, nur sehr geringe Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung abgeführt. Mit dem im Juni 2010 beschlossenen Sparpaket will die Bundesregierung den Rentenversicherungsbeitrag für Langzeitarbeitslose abschaffen. Eine (bessere) Absicherung von Langzeitarbeitslosen in der Rentenversicherung ist auch ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von Altersarmut.
- Die Landesregierung wird sich weiterhin aktiv für einen gesetzlichen Mindestlohn, die Stärkung der Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen für ältere Beschäftigte einsetzen. Rheinland-Pfalz wird zudem – im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie seriöser Unternehmen – einen Entwurf für ein umfassendes Tarif-treue- und Mindestlohngesetz vorlegen.
- Auch das Thema Leiharbeit wird die Landesregierung weiter verfolgen und die Arbeit der Bundesregierung kritisch beobachten und begleiten.

Das Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI) (Gesetzliche Rentenversicherung) verpflichtet die Bundesregierung, ab dem Jahr 2010 alle vier Jahre über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Menschen zu berichten. Dabei muss sie auch eine Einschätzung darüber abgeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze – unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Beschäftigter – weiterhin vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können. Die Landesregierung wird diesen Prozess intensiv begleiten und für die Interessen der älteren Menschen eintreten.

Neben den Projekten und Maßnahmen, die einen möglichst langen gesunden, motivierten und leistungsfähigen Verbleib im Erwerbsleben sichern, setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die „Rente mit 67“ um zusätzliche Möglichkeiten eines flexiblen, gleitenden und sozial abgesicherten Übergangs in den Ruhestand ergänzt wird. Weder Anpassungen in der Arbeitswelt noch Änderungen im Rentenrecht allein reichen aus. Beide Ansätze müssen zusammenkommen.

Gut und motiviert – altersgerechte Arbeit

Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit erhalten

Es gibt viele Projekte, überall in unserem Land, die verdeutlichen: Altersgerechtes Arbeiten und eine lebensphasenorientierte Personalpolitik nutzen Unternehmen und Beschäftigten. Die Landesregierung wird den Weg der Information und Beratung von Unternehmen und Beschäftigten weiter aktiv

unterstützen, damit ältere Menschen heute und in Zukunft in Rheinland-Pfalz gut leben können. Die arbeitsmarkt-politischen Maßnahmen werden auch künftig regelmäßig an bestehende Entwicklungen und Bedarf angepasst und das Engagement der Landesregierung fortgeführt. Dabei werden die Handlungsfelder altersgerechtes Arbeiten, Gesundheitsförderung und berufliche Weiterbildung auch weiterhin eine besondere Rolle einnehmen.

Alle diese Maßnahmen sollen in den Schwerpunkt der Landesregierung zur Fachkräftesicherung „Gute Leute, Gute Aussichten!“ einfließen. Die Arbeitswelt wird sich aufgrund der demografischen Entwicklung stark verändern. Hierauf müssen sich auch die Betriebe und die Beschäftigten einstellen. Themen wie Fachkräftesicherung und Fachkräftebindung, längerer Verbleib im Arbeitsprozess, betriebliche Gesundheitsprävention, Qualifikationserhalt und Integration von benachteiligten Personengruppen in den Arbeitsmarkt werden zukünftig eine noch stärkere Bedeutung erhalten als bisher.

Die strategischen Handlungsfelder der Landesregierung in diesem Bereich sind:

- Kompetenz / Qualifikation: Information und Beratung zum Erhalt und zur Förderung der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Beschäftigten,
- Arbeitsbedingungen: Ausbau der altersgerechten Gestaltung der Arbeitsorganisation und -umgebung,
- Gesundheit: Ausbau des Gesundheitsschutzes, des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie der Gesundheitsförderung,
- Führung: Information und Beratung zu lebensphasenorientierter Personalpolitik und Unternehmenskultur.

Auch mit dem Projektauftrag 2010 im Themenfeld Alleinerziehende wird der präventive Ansatz gestärkt. Aktuell starten in Rheinland-Pfalz – finanziert aus Arbeitsmarktmitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (ESF) – 26 Projekte, die die beruflichen Chancen von Alleinerziehenden nachhaltig verbessern und die Voraussetzungen für deren erfolgreiche Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt schaffen. Im Zentrum stehen Projekte, die einen Beitrag zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten, Qualifizierungsangebote machen und dabei der besonderen Situation von alleinerziehenden Frauen und Männern Rechnung tragen.

Gesundheitsförderung

Das betriebliche Gesundheitsmanagement in der Landesregierung wird fortgeführt. Geplant ist zum Beispiel weiterhin regelmäßig Gesundheitstage durchzuführen, zusätzliche Seminare zu Themen des betrieblichen Gesundheitsmanagements ins Fortbildungsprogramm der FHöV/Kommunalakademie aufzunehmen sowie die Führungskräfte und Führungsnachwuchskräfte durch spezielle Fortbildungsangebote für ihre Führungsverantwortung im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements weiter zu sensibilisieren. Im Sozialministerium soll 2011 ein Konzept zum altersgerechten Arbeiten entwickelt werden.

Ab Herbst 2010 soll es für die Fach- und Führungskräfte im Öffentlichen Gesundheitsdienst die Möglichkeit geben, ein individuelles Coaching zu buchen. Damit reagiert

die LZG auf die ständigen Veränderungen im Berufsleben. In einer Coaching-Sitzung kann auf persönliche Schwierigkeiten im Arbeitskontext eingegangen werden; Lösungswege sollen erarbeitet und trainiert werden. Zur Unterstützung bietet die LZG ab Herbst 2010 die Möglichkeit einer Organisationsberatung, damit auch Unternehmen im Sinne einer lernenden Organisation ihre Strukturen zielgerecht weiterentwickeln können.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf und lebensphasenorientierte Personalpolitik

Die Zusammenarbeit zwischen den fachlich zuständigen Ressorts (Sozialministerium und Wirtschaftsministerium), den Wirtschaftskammern, den Wirtschaftsjuvenen, der Beratungsstelle Zeitzeichen, den Lokalen Bündnissen für Familie und weiteren lokalen Akteurinnen und Akteuren zur Sensibilisierung von Unternehmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird fortgesetzt. Dabei wird das Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zukünftig noch stärker als bisher in den Mittelpunkt gerückt. Möglichst viele Unternehmen sollen davon überzeugt werden, dass eine gute und frühzeitige Information durch Unternehmen für alle Beteiligten hilfreich ist. Informationsveranstaltungen in Unternehmen sind in Planung.

Sicherheit und Lebensqualität im Alltag fördern

Die Landesregierung wird das bisher bewährte Programm der Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater fortführen und das Netz der bisherigen Beraterinnen und Berater weiter ausbauen. Geplant sind außerdem: Eine noch bessere Vernetzung aller Seniorensicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater auf

Landesebene, ein verstärktes Angebot von Fortbildungsmaßnahmen und jährlich stattfindende Gesprächs- und Auswertungsrunden einzelner Vertreterinnen und Vertreter der Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater aller fünf Polizeipräsidien.

Die Leitstelle Kriminalprävention im Ministerium des Innern und für Sport wird sich auch für eine noch stärkere Einbindung der Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater in die 107 kriminalpräventiven Gremien einsetzen. Eine aktive Mitarbeit der Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater in diesen Gremien trägt dazu bei, die Bedürfnisse älterer Menschen in Sicherheitsfragen besser zu berücksichtigen und adäquate Konzepte zu entwickeln, um die subjektive und objektive Sicherheitslage zusammenzubringen. Auf Landesebene ist die Durchführung einer jährlichen Fachtagung zu unterschiedlichen Themen angedacht (zum Beispiel Medienkompetenz, Verkehrs- und Verhaltensprävention).

Für die Arbeit vor Ort soll den Sicherheitsberaterinnen und -beratern eine größere finanzielle Ausstattung zur Durchführung eigener Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden. Bisher standen für die Arbeit der Sicherheitsberaterinnen und -berater der einzelnen Polizeipräsidien keine Haushaltsmittel zur Verfügung; ab dem Jahr 2011 werden Zuweisungen aus dem Etat der Leitstelle „Kriminalprävention“ zur Verfügung gestellt. Die Kooperation mit anderen Hilfsorganisationen (wie zum Beispiel Weisser Ring) wird verbessert, ebenso der Aufbau und die Begleitung der Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater in den Partnerregionen der Großregion Saar-Lor-Lux.

Ältere Menschen als Konsumentinnen und Konsumenten stärken

Die Gesundheitswirtschaft als innovativer Zukunftsmarkt

Die Gesundheitswirtschaft für ältere Menschen ist ein bedeutsamer Innovationsmarkt der Zukunft. Die Bündelung von regionalen und kommunalen Ansätzen zur flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung ist angesichts der demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen ein wichtiges Anliegen der Initiative Gesundheitswirtschaft. Die Landesregierung entwickelt mit dem Masterplan „Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz“ gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern die Potenziale dieses Marktes auch für ältere Menschen. Die vorhandene gute Infrastruktur, ergänzt durch innovative Forschung, bildet hierfür eine Grundlage. Durch systematische Beratung und Begleitung von Systemlösungen können die Entwicklungspotenziale der Gesundheitswirtschaft ausgeschöpft werden.

Pflege ist bereits heute einer der größten Teilmärkte der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft. So steht sie an zweiter Stelle des Top-Five-Rankings der beschäftigungsstärksten Teilmärkte. Bereits früh hat das Land Rheinland-Pfalz die Herausforderungen und Chancen erkannt, die im Bereich der Pflege durch die Folgen des demografischen Wandels auf Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zukommen. Sie hat sich durch Landespflegeausschuss, Landespflegekonferenz und Arbeitsgruppen mit Fragestellungen der Weiterentwicklung, Qualitätssicherung und Konzeptionen der Versorgung beschäftigt.

Der allgemeine Altersanstieg und die Häufung chronischer Krankheiten lassen zudem einen relativ starken Anstieg des Bedarfs an innovativen Konzepten und technischen Hilfsmitteln erwarten. So wird ein zunehmendes Angebot an neuen, betreuten Wohnformen, Netzwerken und modernen Betreuungsansätzen notwendig sein. Auch das ist Thema für die Initiative Gesundheitswirtschaft.

Verbraucherberatung zielgruppenspezifisch gestalten

Unlautere Geschäftspraktiken gegenüber älteren Menschen nehmen deutlich zu. So sind Seniorinnen und Senioren beispielsweise bevorzugte Opfer unerlaubter Telefonwerbung und in der Folge untergeschobener Verträge. Auch andere Geschäftspraktiken, die häufig für unseriöse Angebote genutzt werden (wie Gewinnspielmitteilungen, Haustürgeschäfte oder Kaffeefahrten) richten sich bevorzugt an diese Zielgruppe.

Mit dem Projekt „Seniorenberatung vor Ort“ soll älteren Menschen die Möglichkeit geboten werden, sich über diese Themen zu informieren und, falls sie bereits Opfer geworden sind, beraten zu lassen. Dabei sollen ältere Menschen besonders dort erreicht werden, wo sie sonst nur schwer Zugang zu den Angeboten der Verbraucherzentrale haben. Das Projekt wurde von der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz und dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz initiiert und startet im Oktober 2010. Es sieht in Kooperation zwischen Seniorenverbänden und -kreisen und der Verbraucherzentrale Vorträge und individuelle Rechtsberatung vor, die außerhalb der Beratungsstellen der Verbraucherzentrale und vor allem im ländlichen Bereich angeboten werden. Durch die

Zusammenarbeit mit den örtlichen Seniorenverbänden wird ein Multiplikationsfaktor erreicht, der die Verbraucherkompetenz älter Menschen weiter stärkt.

Transparenz in der Pflege ausbauen

Transparenz in der Pflege ist absolut notwendig und soll eine Entscheidungshilfe für Menschen sein, die ein passendes Angebot der ambulanten oder stationären Pflege suchen. Die Kriterien und die Bewertungssystematik zur Veröffentlichung von Prüfergebnissen der Medizinischen Dienste der Krankenversicherung (MDK) – die sogenannten Pflegenoten – sind zügig, umfassend und grundlegend weiterzuentwickeln, so dass Verbraucherinnen und Verbraucher verlässlich ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen miteinander vergleichen können. Die Landesregierung hat die Evaluation der Transparenzvereinbarungen als Mitglied des Beirates zur Weiterentwicklung der Pflege-Transparenzvereinbarungen eng begleitet und an den Empfehlungen des Beirates zur Verbesserung des Instruments mitgearbeitet. Sie wird auch die Umsetzung der Empfehlungen eng begleiten. Auf Landesebene wurde auf Initiative der Landesregierung eine Arbeitsgruppe aus Pflegekassen, Trägerverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden gebildet, die den Prozess der Veröffentlichung von Prüfergebnissen in Rheinland-Pfalz mitgestaltet.

Barrierefreien Tourismus ausbauen

Ein Ziel der Tourismusstrategie 2015 ist es, neue Angebote für barrierefreie Urlaubsreisen und Tagesreisen zu entwickeln und so eine Verbesserung des verfügbaren Reiseangebotes für mobilitätseingeschränkte Menschen in Rheinland-Pfalz zu erreichen. Angestrebt wird ferner die Erfassung, Bereitstellung und Vernetzung bereits bestehender barrierefreier Angebote aus verschiedenen touristischen Regionen. Anhand einer Kriterienliste werden derzeit die als barrierefrei gemeldeten touristischen Einrichtungen anhand der touristischen Servicekette durch ein Kompetenzteam überprüft und die Gegebenheiten erfasst.

Auf den barrierefreien Seiten der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH wird zukünftig die Darstellung der überprüften touristischen Einrichtungen abzurufen sein und für die Planung von Urlaubsreisen in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen.

Mobilitätseingeschränkten Personen und älteren Menschen die Teilnahme am touristischen Angebot und am kulturellen Erbe von Rheinland-Pfalz zu ermöglichen, bleibt weiterhin erklärtes Ziel der Landesregierung. Siehe dazu auch „Aktionsplan der Landesregierung – Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“, Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz, Mainz 2010.

2.4 SOLIDARITÄT DER GENERATIONEN STÄRKEN

Trotz einer immer größeren Individualisierung und immer mehr unterschiedlichen Lebensformen ist der Zusammenhalt von Familien in Rheinland-Pfalz stabil. Der Austausch zwischen den Generationen, die gegenseitige Fürsorge und Hilfe im Notfall, aber auch dauerhafte Unterstützungsleistungen funktionieren in der Regel sehr gut und sind nach wie vor Kultur bildend. Gegenwärtig unterstützen Eltern und Großeltern die Familien ihrer Kinder oder Enkelkinder durch Geld- und Betreuungsleistungen in weit- aus höherem Maße als in früheren Zeiten, selbst über größere Entfernungen hinweg. Andererseits sind es wiederum die Kinder, Enkelkinder und Schwiegerkinder, die – neben anderen Familienangehörigen, Nachbarn und Freunden – häufig pflegerische Aufgaben für ältere, pflegebedürftige Familienangehörige übernehmen. Gegenwärtig werden rund 70 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen in Rheinland-Pfalz zu Hause versorgt. Das ist ein deutliches Zeichen der Solidarität zwischen den Generationen.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass auch zukünftig ein Klima des Verständnisses, der Solidarität und der Unterstützung zwischen den Generationen möglich ist. Sie fördert Jung und Alt bereichernde Gemeinsamkeiten und setzt sich dafür ein, dass die Interessen und Bedürfnisse der jüngeren und der älteren Generation nicht als Gegensätze gesehen werden. Gegenseitiger Respekt,

Wertschätzung und das gewinnbringende Zusammenspiel von Erfahrung und Innovation müssen unterstützt und gefördert werden. In der Arbeitswelt ist der Gewinn dieses Zusammenspiels besonders spürbar. Schon heute setzen viele Unternehmen erfolgreich auf altersgemischte Teams.

Heute leben verschiedene Generationen einer Familie oft nicht mehr nahe beieinander. Dadurch fehlen Gelegenheiten zum direkten täglichen Kontakt. Deshalb müssen neue Wege des Miteinanders der Generationen gefunden und beschritten werden. Die Landesregierung ermuntert ausdrücklich alle, die in diesem Prozess beteiligt sind, dazu, neue Formen der Kommunikation, des Lernens voneinander und der gegenseitigen Unterstützung zu finden.

Die Ziele der Landesregierung im Einzelnen:

- voneinander lernen – sich gegenseitig unterstützen
- Orte der Begegnung schaffen
- Erfahrung und Innovation verbinden.

2.4.1 Was bisher erreicht wurde

Es ist für beide Seiten – Jung und Alt – eine bereichernde Erfahrung, Wissen und Erfahrung weiterzugeben und den eigenen Horizont durch neue Impulse zu erweitern. Diesen Prozess eines lebendigen Miteinanders wird die Landesregierung auch zukünftig unterstützen und fördern.

Voneinander lernen – sich gegenseitig unterstützen

Lokale Bündnisse für Familien

Lokale Bündnisse für Familien ermöglichen und fördern nachbarschaftliche Hilfen, ein lebendiges Miteinander der Generationen und eine kulturelle Vielfalt. In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit 38 Lokale Bündnisse. In den meisten von ihnen sind Seniorinnen und Senioren hauptamtlich oder ehrenamtlich aktiv. Die

Landesregierung fördert die Bildung und Arbeit von Lokalen Bündnissen für Familien über eine Servicestelle, die bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) in Mainz besteht. Weitere Informationen unter www.familienservice-rlp.de.

In den Projekten der Lokalen Bündnisse für Familien kommen fachliches und ehrenamtliches Know-how und ein großes Engagement zusammen, die unsere Gesellschaft bereichern. Lokale Bündnisse für Familien sind ein guter Ort, sich der eigenen Fähigkeiten und Stärken zu vergewissern und im Kontakt mit anderen Menschen Gutes und Notwendiges zu tun.

Im Folgenden werden einige Beispiele für Projekte in den Lokalen Bündnissen für Familien zu folgenden Themen vorgestellt: Erfahrungswissen vermitteln, Alltagshilfen für Seniorin-



nen und Senioren, Begegnungen zwischen den Generationen, Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

PAUSE – Pädagogische Unterstützung in Schule und Elternhaus

Das Projekt des Lokalen Bündnisses Mainz-Bingen wird seit Oktober 2006 an der Kaiserpfalz-Realschule Ingelheim durchgeführt. Aktive und pädagogisch interessierte Seniorinnen oder Senioren (in der Nachberufsphase) betreuen in diesem Schulprojekt Schülerinnen und Schüler, die die Lern- und Gruppenatmosphäre im Unterricht nachhaltig behindern. Aufgabe der Patinnen oder Paten ist, eine positive Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern aufzubauen und als Bezugsperson und „ruhender Pol“ für Sorgen und Probleme zur Verfügung zu stehen, die den Alltag oder die Schule betreffen. Inzwischen wird auch an einem Nachmittag in der Woche eine intensive pädagogische Hausaufgabenbetreuung angeboten.

Vorlesepaten

Dieses Projekt zur Gewinnung und Förderung von jungen und älteren Lesepatinnen und -paten des Lokalen Bündnisses im Kreis Südwestpfalz besteht seit September 2009. Es fördert die Sprachentwicklung von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen und soll ihnen in der multimedialen Gesellschaft einen Zugang zum Lesen schaffen. Kooperationspartnerinnen und -partner sind die Zentralbücherei Waldfishbach-Burgalben, das Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken, die Caritas, die IGS Thaleischweiler-Fröschen, die Landesleitstelle „Älter werden“, das Mehrgenerationenhaus Waldfishbach-Burgalben, die Kreisvolkshochschule Südwestpfalz und die Gleichstellungsstelle Südwestpfalz.

Wunsch-Oma oder Wunsch-Opa

Mehrere Bündnisse für Familien (beispielsweise in Kandel, Speyer oder Ingelheim) bieten diese Möglichkeit der intergenerativen Unterstützung an – teilweise in Kooperation oder unter Federführung eines Familienbildungszentrums. „Ersatz-Großmütter“ und „Ersatz-Großväter“ engagieren sich bei „Ersatz-Enkeln“ und erhalten – soweit nötig – ihrerseits Hilfe von ihren Wahlfamilien.

Alltagspatenschaft

Dieses Projekt des Lokalen Bündnisses Mainz-Bingen besteht seit März 2010. Ehrenamtlich aktive Bürgerinnen und Bürger unterstützen ältere Menschen im Alltag, beispielsweise durch gemeinsames Spazierengehen oder Kaffeetrinken, durch Hilfe beim Einkauf oder auch im Haushalt. Jede oder jeder, der ein bis zwei Stunden Zeit in der Woche hat, kann eine solche Patenschaft übernehmen.

Kooperationspartnerinnen und -partner sind die Kreisverwaltung Mainz-Bingen, der Pflegestützpunkt Ingelheim, der Pflegestützpunkt Oppenheim, die/der Seniorenbeauftragte der Verbandsgemeinde Nieder-Olm, die Verbandsgemeinde Nieder-Olm, das Mütter- und Familienzentrum Ingelheim, das Mehrgenerationenhaus Ingelheim-West, der Turnverein 1908 Dienheim, der Malteser Hilfsdienst. Die Patinnen oder Paten werden durch Fachstellen im Landkreis vermittelt. Ein Erfahrungsaustausch zwischen den Patinnen und Paten findet regelmäßig statt.

Mobiler Fahrdienst

Dieses Projekt des Lokalen Bündnisses für Familie Bornich besteht seit 2007 und trägt zu einer verbesserten Mobilität älterer Menschen bei, indem es private Mitfahrgelegen-

heiten organisiert. Eine Koordinationsstelle organisiert die Fahrten, für die von den Hilfesuchenden ein geringer Betrag zu entrichten ist. Kooperationspartnerinnen des Lokalen Bündnisses sind die Orts- und die Kirchengemeinde Bornich.

Beratungs-Sozialatlas Westerwald

Unter www.sozialatlas-westerwald.de finden Familien seit 2007 gut strukturierte und gebündelte Informationen zu den Themen Kinderbetreuung, Bildung, Unterstützung für Seniorinnen und Senioren, Hilfen bei häuslicher Pflege, Beratung und vieles mehr. Die Angebote für Familien sind unter dieser Adresse mit Angabe der Entfernung zum Wohnort schnell und leicht auffindbar. Die Eintragungen sind kostenlos und werden vom Anbieter selbst vorgenommen. Kooperationspartnerinnen und -partner sind die Stiftung der nassauischen Sparkassen, die örtliche Kreissparkasse, die Firma RAMA, der Caritasverband Westerwald-Rhein-Lahn.

Ehrenamtsbörse Bad Kreuznach

Vorlese-Patenschaften für Kinder, Einkaufshilfen für ältere Menschen oder einfach mal den Rasen mähen – dies sind nur einige Beispiele aus dem Angebot der „Ehrenamtsbörse“, die das Lokale Bündnis Bad Kreuznach im Dezember 2007 ins Leben gerufen hat. Die Ehrenamtsbörse berät, vermittelt und vernetzt alle Akteurinnen, Akteure und Hilfesuchenden. Ehrenamtlichkeit, Respekt, Freude, faire und umsetzbare Verabredungen, Verlässlichkeit und zeitnahe Hilfeleistung sind wichtige Prinzipien dieses Projekts.

Voraushelfer

In Zusammenarbeit zwischen der Orts- und der Kirchengemeinde sowie der Freiwilligen Feuerwehr wurde in Bornich eine so genannte

„Voraushelfergruppe“ ins Leben gerufen (auch bekannt unter dem Fachbegriff First Responder). Engagierte Bürgerinnen und Bürger absolvieren in diesem Projekt eine Sanitätsausbildung, die sie zu schneller und qualifizierter Erster Hilfe befähigt, beispielsweise vor dem Eintreffen eines Rettungswagens. Derzeit gibt es 11 ausgebildete ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Darunter auch Rentnerinnen und Rentner.

Integrationslotsen

In diesem Projekt des Lokalen Bündnisses für Familie Mainz-Bingen in Kooperation mit der Kreisverwaltung unterstützen unter anderem Seniorinnen und Senioren Menschen mit Migrationshintergrund im Alltag; beispielsweise bei der Sprachförderung, dem Ausfüllen von Anträgen und Formularen, dem Gang zu Ämtern und Behörden, bei Fragen zu Schul- und Berufsausbildung, der Bewerbung und der Arbeitssuche, Sport-, Kultur- und Freizeitgestaltung.

Seniorinnen und Senioren im Sozialen Jahr

In diesem Projekt des Lokalen Bündnisses Dienheim werden Seniorinnen und Senioren als Schülerlotsen bei der Betreuung der Schulmensa, als Kursleiterinnen und -leiter im Rahmen des Ganztagsbetreuungsprogramms oder als Köchinnen und Köche in der Kinder-, Jugend- und Seniorenbegegnungsstätte eingesetzt. Projektträger ist der Turnverein 1908 Dienheim e.V. in Kooperation mit der örtlichen Grundschule. Die Seniorinnen und Senioren sind während ihres Einsatzes versichert und erhalten für ihr Engagement eine Aufwandsentschädigung.

Vom Früchtchen bis zum Fallobst

Die Veranstaltungsreihe „Vom Früchtchen bis zum Fallobst“ des Lokalen Bündnisses für

Familie Kaiserslautern fand im September und Oktober 2009 in Kooperation mit dem Mehr- generationenhaus und ehrenamtlich Aktiven vor Ort statt. Alte klettern in der Regel nicht mehr auf die Bäume, sind aber oft wahre Meister im Einkochen von Obst; Junge sind oft zu unerfahren, um Marmelade kochen zu können, würden es aber gerne erlernen; manchen fehlt die Zeit, sich um die die Verwertung ihrer Äpfeln zu kümmern – vor diesem Hintergrund kamen Jung und Alt zusammen. Jede und jeder konnte seine Fähigkeiten einbringen, ein gemeinsames Ganzes wurde daraus, und mit dem Verkauf der Marmelade wurden Spielgeräte für Junge und Alte angeschafft.

LICHTBLICK – Ein Leitfaden zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

Dieser Leitfaden – 2006 herausgegeben vom Bistum Speyer (Bischöfliches Ordinariat), der Evangelischen Kirche der Pfalz, der Stadt Speyer (Frauenbüro und Seniorenbüro) in Kooperation mit dem Runden Tisch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Speyerer Behörden – ist nach wie vor aktuell und gut gefragt. Der Leitfaden informiert über beratende und unterstützende Angebote für pflegende Angehörige in Speyer und über rechtliche und finanzielle Regelungen. Er weist außerdem auf Hilfen bei der Sterbebegleitung und Trauerverarbeitung hin.

Betreuung, Bildung, Pflege

Dieses Projekt des Lokalen Bündnisses für Familie der Metropolregion Rhein-Neckar besteht seit April 2008. Trägerin und Kooperationspartnerin ist die Familiengenossenschaft e. G. Neustadt an der Weinstraße. Die Analyse des Pflegebedarfs, die Beratung beim Aufbau eines individuellen und ökonomisch vertretbaren Beratungskonzepts, die Durchführung hauswirtschaftlicher und nicht-medizinischer

pflegerischer Dienste, Transport, Begleitedienste, Eingewöhnungshilfen nach einem Krankenhaus- oder REHA-Aufenthalt und die Organisation von sozialen Kontakten sind Aufgaben, die dieses Projekt erfüllt. Die Familiengenossenschaft bildet als zertifizierter Bildungspartnerin qualifizierte Familien- und Pflegeassistentinnen und -assistenten aus, die hilfsbedürftige Personen zu Hause oder als zusätzliche Betreuungskraft in Pflegeheimen betreuen können.

Orte der Begegnung schaffen

Häuser der Familien

Die Begegnung zwischen Jung und Alt braucht Orte. So vielfältig die Interessen von Jung und Alt, so vielfältig sind auch die Orte der Begegnung in Rheinland-Pfalz. Das Ende 2006 gestartete Landesprogramm Häuser der Familien hat inzwischen 45 Orten für Familien, Generationen und anderen Einrichtungen, die Familien fördern und unterstützen, Starthilfe gegeben. Häuser der Familien sind aus verschiedenen Einrichtungen entstanden, beispielsweise aus Familienbildungsstätten, Kindergärten, Senioreneinrichtungen, Jugendzentren oder Nachbarschaftstreffs. Ihre Kernaufgaben sind: Information, Beratung, Bildung, Kommunikation und Selbsthilfe sowie eine Lotsenfunktion, wenn sich Familien mit ihren Fragen oder einem Unterstützungsbedarf an andere Träger oder Einrichtungen wenden müssen. Familienangebote sollen leicht erreichbar sein.

Bei rund drei Viertel der Häuser der Familien stehen generationenübergreifende Angebote und Begegnungen im Zentrum. Das Landesprogramm Häuser der Familien baut auf dem Bundesprogramm „Mehrgenerationenhäuser“

auf, daher sind die ersten Häuser der Familien auch Mehrgenerationenhäuser. Von 2006 bis 2010 wurden für die Häuser der Familien insgesamt 1,25 Mio. Euro aus Landesmitteln bereitgestellt.

Zu Gast bei Familie – FamTisch

In Trier wird in Zusammenarbeit mit dem dortigen Haus der Familien der „FamTisch – Zu Gast bei Familie“ angeboten. In diesem Projekt nutzen Großeltern gemeinsam mit Eltern die Gesprächsrunde, um bei Fragen der Erziehung und des intergenerativen Zusammenlebens vom Austausch auf gleicher Augenhöhe zu profitieren. Für den FamTisch im Haus der Familie in Trier stellt dieser generationenübergreifende Ansatz eine deutliche Bereicherung dar.

Pflegestammtische in Rheinland-Pfalz

Dieses Projekt hat Sozialministerin Malu Dreyer 2008 ins Leben gerufen, um Menschen, die andere pflegen, ein Forum des Austausches zu ermöglichen. Die vierteljährlich in Mainz und Trier stattfindenden Pflegestammtische stehen pflegenden Angehörigen, Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, Einrichtungsträgern, Vertreterinnen und Vertretern von Selbsthilfegruppen, der Pflege- und Krankenkassen, des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung, der Beratungs- und Prüfbehörde nach dem Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe, aber auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen und werden gerne in Anspruch genommen.

Vereine, Kindertagesstätten, Schulen

Im ländlichen Raum sind Vereine für Jung und Alt ein wichtiger Ort des gesellschaftlichen Lebens, der Begegnung, der Förderung von Kultur und Tradition und des intergenerativen Zusammenhalts.

Individualisierung und Flexibilisierung machen aber auch vor Vereinen nicht halt. In einer mobileren Gesellschaft steigt die Bereitschaft zum Umzug, gewachsene Strukturen verändern sich. Vereine wissen, sie müssen sich darauf einstellen und eine möglicherweise notwendige Umorganisation oder Neuaufstellung als Chance für neue generationenübergreifende Projekte oder spezielle Angebote für ältere Menschen sehen. Dazu gehört auch, die Vielfalt der Kulturen, die heute bereits ins Stadt und Land zusammenleben, zu fördern. Und viele Vereine haben dazu auch schon einiges auf den Weg gebracht.

Auch Kindertagesstätten können Orte der Begegnung zwischen den Generationen sein. In einigen Einrichtungen sind generationenübergreifende Projekte bereits ein fester Bestandteil der Erziehungs- und Bildungsarbeit. Gemeinsame Mahlzeiten in nahe gelegenen Senioreneinrichtungen sowie die Planung und Durchführung gemeinsamer kultureller Veranstaltungen oder Projekte sind heute keine Seltenheit mehr. Sie tragen dazu bei, dass Jung und Alt im Kontakt miteinander bleiben, gemeinsame Dinge tun (Musik, Lesen, Theaterstücke etc.) und ein wertschätzendes Verständnis für unterschiedliche Lebensphasen entwickeln. Auch Schulen, besonders Ganztagschulen, haben erkannt, wie sie vom Wissen, von der Erfahrung und vom Zeitbudget älterer Menschen profitieren und gleichzeitig ein oftmals lückenhaftes oder falsches Bild von älteren Menschen und deren Kompetenzen korrigieren können.

Auch die vom Kulturministerium geförderte Landesmusikakademie Rheinland-Pfalz engagiert sich in der Seniorenarbeit. Unter dem Titel „Musik ab 50 plus“ veranstaltet sie beispielsweise seit 2006 speziell für Seniorin-

nen und Senioren konzipierte Kurse, die nicht zuletzt aufgrund ihrer Vielfältigkeit großen Anklang finden. Das Angebot reicht von „brasilianischen Rhythmen für Senioren“ bis hin zum „Singen im Advent“.

Museen

Das Engagement des Museumsverbandes in Rheinland-Pfalz zur verbesserten Besucherorientierung hat gerade auch ältere Menschen im Blick, sei es durch gemeinsame Führungen, personengruppenspezifische Angebote, Audioführungen, besondere Beschriftungen, oder gezielte Bildungsreisen für ältere Menschen mit und ohne Enkel. Bei der Neueinrichtung von Museen wird auf eine möglichst barrierefreie Gestaltung geachtet. Barrierefreiheit ist ein Kriterium für die Förderung von Baumaßnahmen aus Investitionsmitteln.

Die Altersgruppe „50 plus“ ist für Museen nach wie vor die klassische Klientel, die Angebote, wie Ausstellungsführungen, Vorträge,

Exkursionen etc. wahrnimmt. Die Auswertung der Besucherstatistik der großen Ausstellung zu Konstantin dem Großen in Trier hat das besondere Interesse älterer Menschen am kulturellen Erbe belegt.

Bibliotheken

Ältere Menschen waren schon immer eine starke Zielgruppe öffentlicher Bibliotheken. Bibliotheken mit ihrem oftmals gut sortierten Zeitungs- und Zeitschriftenangebot werden aber zunehmend auch zu einem kulturellen Treffpunkt und einem Ort des Informationsaustauschs für ältere Menschen. Autorenlesungen, Leseabende, Ausstellungseröffnungen und andere kulturelle Angebote werden erfahrungsgemäß von dieser besonders interessierten Altersgruppe gern angenommen.

Kulturportale

Mit dem Kulturportal www.kulturland.rlp.de und dem Portal der Großregion Luxemburg, Lothringen, Saarland, Rheinland-Pfalz und



Wallonien www.plurio.net stehen auch älteren Menschen Möglichkeiten zur Verfügung, sich online über alle Kulturveranstaltungen im näheren und weiteren Umkreis zu informieren. Die beiden Kulturportale weisen auf Veranstaltungen hin, informieren über Kulturdienste, Initiativen, Netzwerke und Veranstalter und geben vielseitige kulturelle Hinweise. Kurz: Hier gibt es viele Informationen darüber, wo und wie man an Kultur interessierte junge und alte Menschen treffen und sich ehrenamtlich einbringen kann.

www.vertikult.de ist vorrangig ein Kulturwirtschaftsportal und wendet sich an erwerbstätige Kulturschaffende in allen öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie an alle Menschen, die im Kulturbereich Dienstleistungen anbieten. Aber auch ehrenamtlich engagierte ältere Menschen sind angesprochen; beispielsweise sind ihre Kenntnisse und Erfahrungen im Kooperationsbereich des Portals sehr willkommen.

Vorleseprojekt Geschichten aus dem Koffer

Seit 2009 beteiligen sich viele Einrichtungen der Altenhilfe an dem Vorleseprojekt „Geschichten aus dem Koffer“. Dieses Pilotprojekt der Landesregierung mit der Stiftung Lesen vermittelt Leseempfehlungen und Anleitungen für vorlesefreudige Ehrenamtliche, Angehörige und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen. Damit soll das Vorlesen stärker in den Alltag von Einrichtungen der Altenhilfe in Rheinland-Pfalz integriert und ältere Menschen sollen zum Austausch angeregt werden.

Familienbildungsstätten und Kirchengemeinden

Orte der Begegnung sind auch die örtlichen Kirchengemeinden und Familienbildungs-

stätten und Familienzentren. Sie fördern nicht nur den intergenerativen Austausch durch gemeinsame soziale Veranstaltungen und Projekte, sondern bieten gerade auch älteren Menschen einen Ort der Teilhabe, der Vermittlung von Erfahrung und Wissen. Familienbildungsstätten gibt es in Rheinland-Pfalz derzeit in Neuwied, Montabaur, Koblenz, Bad Kreuznach, Andernach, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Simmern, Mayen, Trier, Bitburg, Mainz, Pirmasens, Landau, Ludwigshafen und Kaiserslautern.

Familienzentren bieten in Eigenverantwortung und Selbstorganisation Müttern, Vätern, Kindern, Großeltern und allen Interessierten generationenübergreifend einen Ort zum Erfahrungsaustausch und zur gegenseitigen Hilfe. Hier treffen sich Menschen in ähnlichen Lebenssituationen zum Kontakt und zum Austausch und entwickeln einander unterstützende Projekte. Familienzentren gibt es zurzeit in Adenau, Hahnstätten, Herxheim, Ingelheim, Kandel, Kirchheimbolanden, Rockenhausen, Münster-Sarmsheim, Neuhofen, Speyer, Trier, Weißenthurm und Worms. Das rheinland-pfälzische Familienministerium unterstützt die Familienbildungszentren mit einer Anschubfinanzierung und einer Regelförderung. Die Trägerschaft des Vernetzungsbüros obliegt der Evangelischen Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft in Kaiserslautern.

Die virtuelle Wohngemeinschaft

Ein etwas anderer Ort der Begegnung ist die virtuelle Wohngemeinschaft der Gemeinde Külz (www.vwg-kuelz.de). Die Internetseite fördert das Zusammenleben sowie die Aufmerksamkeit füreinander, festigt bestehende Nachbarschaften und ermöglicht – über neue Wege der Kommunikation – deren Fortsetzung auch bei eingeschränkter Mobilität.

Erfahrung und Innovation verbinden

Betriebspatenschaften und gemischte Teams

Das Miteinander der Generationen hat über den gesellschaftlichen Aspekt hinaus auch eine große Bedeutung für den Erfolg der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Veränderungen wie der demographische Wandel, die technologische Entwicklung oder die Globalisierung führen zu einem steten Wandel in der Arbeitswelt, auf den sich Beschäftigte und Unternehmen einstellen müssen.

Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung eines Unternehmens hängen entscheidend vom Wissen und Können seiner Beschäftigten ab. Längst ist vielen Unternehmen klar, dass die allzu frühe Ausgliederung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus einem Unternehmen zum Verlust von wertvollem Erfahrungswissen führt.

Durch betriebsheterogene Arbeitsgruppen, die Lernen am Arbeitsplatz ermöglichen, sichern sich Unternehmen dauerhaft ihre Kernkompetenzen. Deshalb setzen bereits einige Unternehmen auf Betriebspatenschaften. Altersgemischte Teams, in denen gezielt ältere und jüngere Beschäftigte zusammengebracht werden, leisten einen Wissenstransfer in beide Richtungen und ermöglichen wichtige Synergieeffekte. Jüngere profitieren vom wertvollen Erfahrungswissen und vom Durchsetzungsvermögen älterer Fachkräfte. Und Ältere profitieren von den Kompetenzen und dem Wissen der Jüngeren zu neuesten Technologien, Trends und Entwicklungen. Ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben zudem motiviert, wenn sie erleben, dass ihr großes Erfahrungswissen nicht verloren geht.

Berufswahl- und Berufswegebegleitung

Ein praktisches Modell der Berufswahlbegleitung und Berufswegebegleitung durch Ältere, das seit Jahren hervorragend funktioniert und für alle Beteiligten gute Ergebnisse erbracht hat, ist das Projekt Neustadter Wege zum Beruf. In diesem Projekt vermitteln erfahrene Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer Jugendlichen authentische Anforderungen des Arbeitslebens. Den Jugendlichen wird jeweils ein Ausbilder oder eine Ausbilderin mit Ausbildungserfahrung zur Seite gestellt, um ihnen Erfahrungswissen, Verantwortungsübernahme und nicht zuletzt Freude am Lernen zu vermitteln.

Schulen und Kindertagesstätten

Auch Schulen entscheiden sich immer öfter für erfahrene Frauen und Männer, die als Mediatorin oder Mediator Konflikte lösen, Lernpatenschaften übernehmen und spezifische Kompetenzen vermitteln. Erfahrung und Innovation werden zusammengebracht und bringen so Neues hervor. Nicht selten entsteht auf diese Weise auch ein neu gestalteter Schulhof, ein Kindergarten erhält eine neue Außenanlage oder ein Spielplatz wird endlich instand gesetzt. Gerade in Lokalen Bündnissen für Familien gibt es Zeichen setzende Projekte, in denen Jung und Alt zusammenarbeiten, voneinander lernen und viel Spaß an gemeinsamen Projekten haben.



2.4.2 Die nächsten Schritte

Voneinander lernen – sich gegenseitig unterstützen

Die Landesregierung möchte, dass Vielfalt, Erfahrung, Kreativität, Solidarität und Innovation auch weiterhin unser Land beleben. Deshalb sind auch zukünftig die Kreativität und das Engagement jeder und jedes Einzelnen, aller Initiativen und Fachdienste im Land willkommen.

Die Landesregierung fördert generationenübergreifendes Voneinander- und Miteinanderlernen und bringt die gegenseitige Unterstützung weiter voranbringen. Dazu wird sie besonders die Entstehung weiterer Lokaler Bündnisse für Familien fördern und die Begleitung durch die Servicestelle für lokale Bündnisse weiterhin ermöglichen. Kommunen wissen schon jetzt, dass Lokale Bündnisse für Familien ein gutes Mittel sind, um das

Wir-Gefühl und nachbarschaftliche Hilfen zu stärken und gewachsene Strukturen zu erhalten. Die Erfahrung lehrt: Eine gute Nachbarschaft, ein gutes Beziehung- und Unterstützungsgefüge im Dorf oder im Stadtviertel, gemeinschaftliche Projekte, die Freude am gemeinsamen Tun und Erleben – das alles ist gut für Jung und Alt. Das mag mit ein Grund dafür sein, warum immer mehr Kommunen an der Gründung von Lokalen Bündnissen für Familien interessiert sind.

Orte der Begegnung schaffen

Orte der Begegnung sind wichtig für ein lebendiges Gemeinwesen. Deshalb sollen die bisherigen Orte der Begegnung weiterhin gefördert und gestärkt werden. Initiativen, die dazu beitragen, dass sich Orte der Begegnung für Jung und Alt entwickeln, sollen weiter unterstützt werden.

Vereine sollen sich des Potentials von neu in eine Gemeinde kommenden Bewohnerinnen und Bewohnern noch stärker als bisher bewusst werden, besonders des Potenzials ihrer jungen Alten. Deren Erfahrung, ihr Können und ihr Wissen, ihr in der Regel größeres Zeitbudget und ihr Engagement können einen Gewinn für jeden Verein bedeuten.

Orte der Begegnung können durch Bewegungsangebote noch attraktiver werden. Kommunen und Bewegungsanbieter können – beispielsweise in Kooperation mit Lokalen Bündnissen für Familien oder anderen guten Initiativen im Land – mehr Bewegungs- und Spielgelegenheiten gestalten. Angebote wie Mehrgenerationen-Aktivparks, können zu attraktiven Orten der Begegnung zwischen Jung und Alt werden. Ein bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung angesiedeltes Zentrum für Bewegungsförderung, aber auch die Servicestelle für Lokale Bündnisse für Familien, bieten dafür eine hilfreiche Unterstützung an.

Erfahrung und Innovation verbinden

Gegenwärtig ist noch in zu wenigen betrieblichen Personalentwicklungskonzepten eine systematische Weitergabe von Erfahrungswissen älterer Beschäftigter an jüngere verankert. In Zukunft wird es noch bedeutsamer sein als heute, Erfahrungswissen weiterzugeben und das Lernen am Arbeitsplatz im Unternehmen zwischen jungen und älteren Beschäftigten aktiv zu fördern. Die Landesregierung wird ihre Maßnahmen zur Sensibilisierung von Unternehmen fortsetzen und Unternehmen darin bestärken, alle Beschäftigten in die Entwicklung einer Lernkultur einzubeziehen, in der Jung und Alt von Erfahrung und Innovation profitieren können. Mehr Lernräume und Tandems sind zu schaffen, die eine Zusammenarbeit von erfahrenen Beschäftigten und von Nachwuchskräften ermöglichen.

2.5 BETEILIGUNG ÄLTERER MENSCHEN STÄRKEN

Das Alter ist ein Prozess. Er umfasst nicht eine, sondern mehrere Generationen. Mehrere Generationen haben die Chance, ihre besonderen Kompetenzen und Erfahrungen für sich selbst zu nutzen und gesellschaftlich einzubringen. Viele ältere Menschen setzen sich in Familie, Nachbarschaft, Kommune oder in Vereinen ehrenamtlich für die Gemeinschaft ein.

Nach den ersten Ergebnissen des 3. Freiwilligensurveys vom Februar 2010 steht Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Baden-Württemberg und Niedersachsen mit 41 Prozent auf dem Spitzenplatz im Engagement-Vergleich der Länder. Dabei sind die Frauen und Männer im Alter 60 plus immer häufiger aktiv: 1999 waren noch 21 Prozent von ihnen ehrenamtlich engagiert, 2004 waren es 30 Prozent und 2009 beachtliche 35 Prozent.

Das bürgerschaftliche Engagement ist für ältere Menschen von grundlegender Bedeutung. Es ist wichtig für ihr Lebensgefühl. Sie wollen sich entfalten, Verantwortung übernehmen und erfahren, dass sie gebraucht werden. Genauso wichtig ist ihr Engagement aber auch für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Der demografische Wandel kann nur gemeistert werden, wenn sich die älteren Menschen aktiv beteiligen, wenn sie ihre Erfahrungen und ihr Wissen bei der durch den demografischen Wandel notwendigen

Neugestaltung der Gesellschaft einbringen, ob in der Arbeitswelt, beim Wohnen oder dem Miteinander der Generationen.

Um die Beteiligung älterer Menschen zu unterstützen und zu fördern, setzt sich die Landesregierung vor allem dafür ein,

- die Partizipation von Seniorinnen und Senioren zu stärken,
- die Möglichkeiten älterer Menschen, sich bürgerschaftlich zu engagieren, auszubauen,
- die Anerkennung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen zu verbessern,
- Lebenslanges Lernen zu fördern.

1993 hat die Landesregierung beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen die Landesleitstelle „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ gegründet. Sie ist Ansprechpartnerin für die ältere Generation im Land und hat unter anderem die Aufgabe, ehrenamtliche Netzwerke und das bürgerschaftliche Engagement von Seniorinnen und Senioren zu fördern.

2.5.1 Was bisher erreicht wurde

Ältere Menschen wollen heute zunehmend in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Auch die hohe Wahlbeteiligung älterer Menschen spiegelt ihren Willen wider, auf gesellschaftlicher Ebene mitzugestalten. Es ist das Ziel der Landesregierung, die Mitwirkungsmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren auszuweiten.

Partizipation von Seniorinnen und Senioren stärken

Rheinland-Pfalz hat positive Erfahrungen mit innovativen Bürgerbeteiligungsverfahren gemacht, die den Bürgerinnen und Bürgern die Chance zur direkten und intensiven Beteiligung an der Gestaltung unseres Landes geben.

Bürgergutachten

Im Jahr 2004 haben über 160 Personen unterschiedlichen Alters an fünf Standorten in Rheinland-Pfalz eine Woche lang ein Bürgergutachten zum „Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“ erarbeitet. Dieses Gutachten enthält Ideen und konkrete Empfehlungen, die von der Landesregierung Schritt für Schritt in allen Politikbereichen berücksichtigt werden. Das Verfahren ermöglichte es, die Kompetenzen und Erfahrungen einer repräsentativ ausgewählten Bevölkerungsgruppe – generationenübergreifend – direkt für die Lösung gesellschaftlicher Probleme zu nutzen.

Kommunale Bürgerforen

Das von Professor Dr. Ulrich Sarcinelli und den Diplom-Sozialwissenschaftlern Wolfgang und Mathias König von der Universität Landau



erarbeitete Gutachten „Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz“ bestätigte den Weg der Landesregierung, die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Kommunalen Bürgerforen frühzeitig und direkt am schwierigen Prozess der Kommunal- und Verwaltungsreform zu beteiligen. Besonders wurde dabei auch die Forderung nach einer „barrierefreien Verwaltung“ beziehungsweise aufsuchenden Verwaltung von der Landesregierung aufgegriffen.

Beteiligung bei der Pflegestrukturplanung

Das Sozialministerium unterstützt die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Umsetzung der Pflegestrukturplanung. Es hat einen Planungsansatz entwickeln lassen, der den Kommunen Methoden für eine sozialräumliche und beteiligungsorientierte Pflegestrukturplanung bereitstellt. Wichtig ist dabei, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Strukturen auf- und auszubauen. Eine der Modellkommunen hat beispielsweise in ihren Planungsschritten ein Bürgerforum, Workshops und eine Bürgerbefragung durchgeführt. Angesprochen waren neben Seniorinnen und Senioren in erster Linie pflegende Angehörige und ehrenamtlich Engagierte.

Kommunale Seniorenbeiräte

Seniorenbeiräte auf Gemeinde-, Verbandsgemeinde-, Stadt- und Kreisebene bieten älteren Menschen die Möglichkeit, sich kommunalpolitisch einzubringen. Sie sind die Interessenvertretung der älteren Menschen in der Kommune. Sie beraten die Organe der Kommune in allen Selbstverwaltungsangelegenheiten, die die Belange der älteren Einwohnerinnen und Einwohner betreffen. Im Interesse der älteren Mitbürgerinnen und

Mitbürger geben sie Anregungen und Empfehlungen an Behörden, Verbände und Organisationen. Darüber hinaus fördern sie den Erfahrungsaustausch und die Meinungsbildung älterer Menschen. Im Rahmen der ihnen von der Kommune zugewiesenen finanziellen Mittel können die Seniorenbeiräte Projekte oder Maßnahmen realisieren. Seniorenvertretungen leisten einen wichtigen Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der kommunalen Seniorenbeiräte kontinuierlich gestiegen. Gegenwärtig gibt es 76 Seniorenbeiräte, die sich gleichmäßig über das Land verteilen. Entsprechend einer Zusage des Ministerpräsidenten hat die Landesregierung seit 01. Januar 2004 die Arbeit der Seniorenbeiräte in der Landkreisordnung und der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz gesetzlich abgesichert.

Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V.

Um die gesellschaftspolitische Beteiligung älterer Menschen zu fördern, unterstützt das Land die Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz. Sie wurde 1988 als Interessenvertretung der älteren Menschen in Rheinland-Pfalz gegründet und ist der Zusammenschluss von kommunalen Seniorenräten, Beiräten und Seniorenvertretungen in Rheinland-Pfalz. Sie tritt dafür ein, dass Menschen im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Der Landesseniorenbeirat ist beispielsweise auch an der inhaltlichen und organisatorischen Planung und Durchführung der Seniorenkongresse der Landesregierung beteiligt.

Landesfachbeirat für Seniorenpolitik

Der Landesfachbeirat für Seniorenpolitik ist das Gremium aus Expertinnen und Experten der Seniorenarbeit, das das Sozialministerium berät.

Möglichkeiten älterer Menschen ausbauen, sich bürgerschaftlich zu engagieren

Erste Ergebnisse des 3. Freiwilligensurveys vom Februar 2010 zeigen einen erfreulichen Trend: Waren 1999 noch 21 Prozent der älteren Menschen ehrenamtlich engagiert, so waren es 2009 bereits 35 Prozent. Für die Landesregierung ist die weitere Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements der älteren Menschen eine wichtige politische Aufgabe. Es kommt ihr darauf an, noch bessere Voraussetzungen, noch vielfältigere Möglichkeiten und damit auch neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements von Seniorinnen und Senioren zu entwickeln.

Seniorenbüros

Durch ein Bundesmodellprogramm sind auch in Rheinland-Pfalz 1993 die ersten drei kommunalen Seniorenbüros entstanden. Inzwischen gibt es 11 kommunale Seniorenbüros in Rheinland-Pfalz. Sie sind Anlaufstellen für die Beratung, Unterstützung und das Engagement von Älteren und für Ältere. Seniorenbüros haben sich zu Fachstellen für ältere Menschen in ihren Kommunen entwickelt. Herausragende Beispiele hierbei sind die Seniorenbüros in Speyer, Bad Ems und in Kirchheim-Boland. Zahlreiche ältere Menschen in diesen Kommunen haben über die Seniorenbüros neue eigene Initiativen entwickelt, die kulturelle Angebote, Bildungs- und Informationsveranstaltungen, Möglichkeiten

der gemeinsamen Freizeitgestaltung, Computertreffs, Kreativwerkstätten, Nachbarschaftshilfe, Besuchsdienste oder Telefonketten umfassen.

Kommunale Leitstellen Älter werden

Nach dem Vorbild der Landesleitstelle „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ auf Landesebene haben fast 50 Kommunen kommunale Ansprechstellen für Ältere geschaffen. Hier haben Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit, eigene Vorhaben und Projekte zu realisieren und ihre Gestaltungsvorstellungen in die kommunalpolitischen Entscheidungsgänge einfließen zu lassen.

Projekt SeniorTrainerin und SeniorTrainer Rheinland-Pfalz

Zwischen 2002 und 2009 haben sich über 200 Frauen und Männer in 15 Regionen in Rheinland-Pfalz zu SeniorTrainerinnen und SeniorTrainern weitergebildet. Sie haben so überall im Land Ideen entwickelt und Projekte initiiert und sind erfolgreich – ob im Wintricher Netz, im Projekt „Die Brücke“ in Kastellaun, im Leuchtturmprojekt „Willkommen in Mainz“, bei der Aufklärung über Organspenden oder in Patenschaften zur Unterstützung junger Menschen. SeniorTrainerinnen und SeniorTrainer geben neue Impulse in Kommunen, Vereinen oder Verbänden. Sie bringen Ideen, ihre Erfahrungen, ihre fachlichen Kompetenzen und ihre Freude, andere zu unterstützen und anzuleiten, ein.

Die Erfahrungen in Rheinland-Pfalz haben gezeigt, dass dieses selbstgestaltete Ehrenamt für viele ältere Menschen genau die richtige Form ist, sich nach der beruflichen Phase neu zu orientieren, Verantwortung zu übernehmen, Wissen und Erfahrung einzubringen.



Deshalb hat sich die Landesregierung Anfang 2010 entschlossen, das Projekt SeniorTrainee und SeniorTrainer Rheinland-Pfalz in den nächsten drei Jahren mit jährlich 35.000 Euro weiter finanziell zu fördern und in eine dauerhafte Struktur zu überführen.

Freiwilligendienste aller Generationen in Rheinland-Pfalz

Das Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“ wird in Rheinland-Pfalz seit 2009 umgesetzt. Ob Patenschaftsprojekte für Jung und Alt, Unterstützung in Kindergärten, Schulen oder Altenpflegeheimen, ob Besuchsdienste, Netzwerke der Nachbarschaftsunterstützung oder Ideen für neue bürgerschaftliche Netze der gegenseitigen Hilfe – all das und mehr ist mit dem neuen Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“ möglich.

Menschen jeden Alters haben Gelegenheit, sich vielfältig für andere Menschen zu engagieren. Sie „investieren“ mindestens acht Stunden pro Woche für mindestens ein

halbes Jahr. Das Programm bietet die Möglichkeit, Ideen und Projekte in einem klaren Rahmen gemeinsam mit den Einsatzstellen und Trägern umzusetzen. Dass es ein großes Potenzial und Interesse an neuen Formen des freiwilligen Engagements gibt, belegen zahlreiche Studien zum Freiwilligenengagement und das vom Bund bis 2008 geförderte Programm „Generationenübergreifender Freiwilligendienst“.

Die klaren strukturellen Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement – wie verbindliche schriftliche Vereinbarungen, Qualifizierungen und tatkräftige Unterstützung durch das Mobile Team Rheinland-Pfalz – machen die Umsetzung des neuen „Freiwilligendienstes aller Generationen“ für Einsatzstellen und Freiwillige attraktiv.

Das Programm startete im September 2009 mit einer zentralen Auftaktveranstaltung in Mainz. Seit 2010 werden interessierte Trägervertretungen zu Freiwilligenkoordinatorin-

nen und -koordinatoren weitergebildet. Das Mobile Team Rheinland-Pfalz informiert alle interessierten Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Verbänden und zukünftigen Einsatzstellen von Freiwilligen und berät und unterstützt sie beim Aufbau eines Freiwilligendienstes. Weitere Informationen sind unter www.freiwilligendienste-aller-generationen.de erhältlich.

Aktiv im Alter – Memorandum

Das Familienministerium Rheinland-Pfalz war Partner bei der Entwicklung eines bundesweiten Memorandums „Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen“. Das Memorandum ist Bestandteil des Bundesprogramms „Aktiv im Alter – Alter schafft Neues“. Ziel ist, das Leitbild des aktiven Alters in den Kommunen zu verankern und eine Bewegung für eine aktive Rolle älterer Menschen in den Kommunen in Gang zu setzen.

Vielfalt des Engagements fördern

Die Landesregierung fördert neue Formen der kontinuierlichen Beteiligung, des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen, damit sie ihr Wissen und ihre Erfahrungen vor Ort in den Kommunen, in den Betrieben und auch auf Landesebene einbringen, und damit Jung und Alt zusammenarbeiten können.

In Rheinland-Pfalz gibt es zahlreiche neue Formen der Bürgerbeteiligung für ältere Menschen. Hier nur einige Beispiele:

- **Lokale Bündnisse für Familien:** In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit 38 Lokale Bündnisse für Familien. In den meisten sind Seniorinnen und Senioren tätig. Die gemeinsam auf den Weg gebrachten Projekte sind vielfältig. Es geht um die Förderung des inter-
- generativen Miteinanders, Alltagshilfen für Kinder und ihre Familien, Alltagshilfen für Seniorinnen und Senioren, Einkaufshilfen, kulturelle Angebote oder die Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen.
- **Häuser der Familien:** Ende des Jahres 2009 gab es in Rheinland-Pfalz in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt mindestens ein Haus der Familien, 2010 sind es insgesamt 45 Häuser der Familien.
- **Gruppen, die neue Formen des Wohnens im Alter** entwickeln,
- **Engagement älterer Menschen in Ganztagschulen,**
- **Ältere Menschen als Lesepaten:** Die immer erfolgreicher werdende Aktion „Lese-lust in Rheinland-Pfalz“, eine Kampagne der Landesregierung in Kooperation mit dem Landesbibliothekszentrum, dem Literaturbüro Mainz, dem Friedrich-Bödecker-Kreis und der Stiftung Lesen, hält bei ihren vielfältigen Projekten zur Lese- und Lesekompetenzförderung auch Angebote für ältere Menschen bereit. An den „Tagen des Lesens“ machen ältere Menschen Kinder und Jugendliche durch Vorlesen auf die Bedeutung des Lesens aufmerksam. „Vorlesepaten“ und „Lesescouts“ werden als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Leseförderung ausgebildet.
- **Freiwilligenagenturen:** Einen besonderen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung des Gemeinwesens leisten die derzeit rund 25 Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen und Kontaktstellen in den rheinland-pfälzischen Kreisen, kreisfreien Städten und Verbandsgemeinden.

Anerkennung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen verbessern

Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die sich freiwillig engagieren, aber auch Organisationen, die dieses Engagement unterstützen. Die Bürgergesellschaft braucht einen Staat, der dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schafft und das ehrenamtliche Engagement, gerade der vielen Seniorinnen und Senioren, wirkungsvoll unterstützt. Für die Landesregierung ist das eine wichtige Aufgabe.

Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt

Ende 2006 hat die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz die Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt eingerichtet, die allen Initiativen in Fragen rund um das Ehrenamt mit Rat und Tat zur Seite steht. Die Leitstelle organisiert unter anderem jährlich einen landesweiten Ehrenamtstag, führt Fachtagungen zu Rechtsfragen im Ehrenamt durch, berät die Bürgerstiftungen des Landes und vergibt den „Engagement- und Kompetenznachweis“. Weitere Informationen sind unter www.wir-tun-was.de erhältlich.

Internetseite www.wir-tun-was.de

Im Jahr 2001 hat die Landesregierung die Internetseite www.wir-tun-was.de eingerichtet. Diese Seite ist ein Informations- und Kommunikationsforum für alle ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger und die an einer ehrenamtlichen Tätigkeit Interessierten. Mittlerweile sind mehr als 12.000 Vereine, Gruppen und Initiativen eingebunden und präsentieren sich mit ihrem Profil und ihrer Einrichtung auf der Seite. Auch der Zugang zu gemeinsamen Fortbildungen und Schulungen wird durch die

Homepage gefördert. Die Darstellung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements von Seniorinnen und Senioren ist ein wichtiges Thema des Internetauftritts, allein schon durch die Werbung für Veranstaltungen, Wettbewerbe und Qualifizierungsangebote speziell für diese Zielgruppe.

Engagement- und Kompetenznachweise

Mit den „Engagement- und Kompetenznachweisen Ehrenamt“ bietet die Landesregierung allen ehrenamtlich Tätigen einen Nachweis für ihr Engagement. Jugendliche können den Nachweis bei Bewerbungen neben schulischen und beruflichen Zeugnissen vorlegen. Inzwischen sind über 1200 derartiger Nachweise ausgestellt worden. Dabei stellte sich heraus, dass auch viele engagierte Seniorinnen und Senioren den Nachweis für ihre Arbeit erbitten und das Zertifikat in erster Linie als Anerkennung ihrer Leistungen schätzen.

Zeitschriften

Um Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen anzuregen, ist es wichtig, die vielfältigen Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements publik zu machen. Die Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt gibt deshalb seit 2007 die Zeitschrift „Wir aktuell“ heraus, die zu regionalen und überregionalen Themen des bürgerschaftlichen Engagements informiert und einen umfangreichen Veranstaltungskalender enthält.

Die Zeitschrift „spätlese“ wird seit 1993 vom Sozialministerium herausgegeben. Zur Wertschätzung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements von Seniorinnen und Senioren trägt sie regelmäßig bei, indem sie über die vielfältigen Aktivitäten älterer Menschen im Land berichtet. Dem Reaktionsteam

der „spätlese“ gehören Seniorinnen und Senioren an, außerdem gibt es eine Vielzahl älterer Autorinnen und Autoren, die sich immer wieder bereit erklären, interessante Reportagen zu liefern.

Auszeichnungen

Menschen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich betätigen, erwarten zu Recht eine gewisse Anerkennung. Nach dem Motto „Tue Gutes – wir reden darüber!“ sorgt die Landesregierung durch unterschiedliche Auszeichnungen dafür, dass das Ehrenamt auch öffentlich wertgeschätzt wird.

So vergibt der Ministerpräsident jährlich den „BrückenPreis“ für Integration durch bürgerschaftliches Engagement. Der in fünf Kategorien vergebene Preis richtet sich auch an Projekte, in denen Jung und Alt sich gemeinsam engagieren. Im Dezember 2008 wurde das Seniorenetzwerk PAMINA für sein bürgerschaftliches Engagement in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ausgezeichnet.

Die jährlich vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen vergebene Sozialmedaille ehrt engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich in besonderem Maße für ihre Mitmenschen einsetzen. Vor allem ältere Frauen und Männer werden für ihr langjähriges soziales Engagement ausgezeichnet.

Wettbewerb „Herausragende Ehrenamtsprojekte der Kommunen“

Seit dem Jahr 2004 führt das Ministerium des Innern und für Sport den Wettbewerb „Herausragende Ehrenamtsprojekte der Kommunen“ durch. Ziel des Wettbewerbs ist, auf die unbegrenzten Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements hinzuweisen und

durch eine Preisvergabe neue Anreize für die Kommunen zu schaffen, das Engagement zu fördern und auszubauen. In den sechs Jahren des Bestehens dieses Wettbewerbs wurden nahezu 500 interessante Projekte aus rheinland-pfälzischen Kommunen bekannt, die einmal jährlich auch in einer Dokumentation veröffentlicht werden.

Dazu zählen auch zahlreiche Projekte von und für ältere Menschen. So gibt es mittlerweile in vielen ländlichen Regionen Vereine, die sich der Nachbarschaftshilfe widmen. Zunehmend werden – in Eigeninitiative – Räume für Begegnungen zwischen den Generationen geschaffen, und es gründen sich Vereine, die die Betreuung von pflegenden Angehörigen unterstützen. Viele kleine Kommunen haben sich des Themas „Zukunftssicherung des Dorfes in Zeiten demographischen Wandels“ angenommen und erstellen in Eigenregie ehrenamtlich dazu Dorfentwicklungskonzepte.

Qualifizierung für bürgerschaftliches Engagement

Die Landesleitstelle „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ im Familienministerium bietet gemeinsam mit dem Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum und weiteren Partnern jährlich verschiedene Fortbildungsangebote für Engagierte in der Seniorenarbeit an. Zudem fördert das Familienministerium Qualifizierungsangebote zur Lernbegleitung älterer Menschen oder Internetteffs für ältere Menschen. Gemeinsam mit den Landesorganisationen der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz werden die Bemühungen um Lebenslanges Lernen durch neue Kooperationsmöglichkeiten gestärkt. So wurde 2009 ein Faltblatt zu Lebenslangem Lernen und den Bildungspartnern in Rheinland-Pfalz veröffentlicht.

Unfall- und Haftpflichtversicherung

Im Jahr 2002 hatte eine Enquete-Kommission des Bundestages auf die Bedeutung des Versicherungsschutzes für ehrenamtlich Engagierte hingewiesen. Rheinland-Pfalz war eines der ersten Länder, das aktiv wurde. Seit 2004 übernimmt das Land für ehrenamtlich aktive Menschen eine nachrangige Unfall- und Haftpflichtversicherung. Das hilft vor allem den vielen kleinen Projekten und Initiativen, die bisher keine Versicherung abschließen konnten.

Finanzielle Unterstützung

Schließlich unterstützt die Landesregierung das bürgerschaftliche Engagement in Rheinland-Pfalz auch finanziell. Mit hohen, dreistelligen Millionenbeträgen jährlich schafft sie die Voraussetzungen dafür, dass sich Ehrenamt und Freiwilligenengagement entfalten können.

Dazu gehört die dauerhafte Förderung von Organisationen und Verbänden – wie beispielsweise des Landessportbunds, der Häuser der Familien und der Familienzentren – ebenso wie die punktuelle Unterstützung bei der Anschaffung von technischem Gerät oder auch durch Qualifizierungsmaßnahmen für die ehrenamtliche Tätigkeit.

Lebenslanges Lernen fördern

Erwachsenenbildung nach der Arbeitswelt

Unter den sich verändernden demografischen Bedingungen der kommenden Jahre gilt es, eine regional ausgewogene Bildungsversorgung sicherzustellen. Sie soll das Qualifikationspotenzial von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch eine verstärkte berufsbezogene Weiterbildung ausbauen. Durch nicht berufsbezogene Weiterbildungsangebo-

te soll zudem die gesellschaftliche Teilhabe der älteren Bevölkerung, die bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden ist, erhöht werden.

Gerade die Modellprojektförderung in der Weiterbildung ermöglicht es den Einrichtungen der anerkannten Landesorganisationen für Weiterbildung und den Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz, sich neuen Themengebieten im Bereich der Bildungsarbeit von Älteren und für Ältere zuzuwenden.

Unter der Federführung der Volkshochschule Mainz, der Katholischen Bildungswerke Mainz-Stadt, der Diözese Mainz sowie des Instituts für Soziologie und des Pädagogischen Instituts der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wurde im Zeitraum 2007 bis 2009 ein Konzept entwickelt für ältere Menschen, die am Übergang in die nachberufliche Phase stehen oder schon länger aus dem Beruf ausgeschieden sind. Dieses Konzept soll auch Wege zur aktiven Beteiligung am gesellschaftlichen Leben eröffnen. Die Ergebnisse des Projektes bilden einen festen Bestandteil der weiteren Programmgestaltung. Sie wurden überdies anderen Weiterbildungsträgern für die eigene Programmplanung zur Verfügung gestellt.

„Bildungsbegleiter/innen für Menschen im 4. Lebensalter“ lautete der Titel des Modellprojektes der Katholischen Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz (KEB), in dessen Rahmen Konzepte und Anregungen für eine Bildungsarbeit für Ältere entwickelt wurden. Ergebnis ist unter anderem ein knapp 300 Seiten starkes Werk, das wichtige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Angebote für Seniorinnen und Senioren beschreibt. Es ist überall dort einsetzbar, wo ältere Menschen oder intergenerative Gruppen zusam-



menkommen, beispielsweise in Einrichtungen der Altenhilfe, Senioren- und Pflegeheimen, in Tages- und Begegnungsstätten. Außerdem eignet es sich für Bildungseinrichtungen und unterstützt Pflegekräfte sowie Fachkräfte der Sozialen Arbeit oder der Seniorenbildung. Der Praxisteil befasst sich unter anderem auch mit Themen wie Gedächtnistraining oder Biografiearbeit und er beschreibt Erfahrungen aus der Bildungsarbeit mit an Demenz erkrankten Menschen.

Die Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung (LEB) organisiert von Oktober 2009 bis September 2011 gemeinsam mit Bildungsorganisationen der ländlichen Erwachsenenbildung das Modellprojekt „Demografischer und sozialer Wandel im ländlichen Raum – Erwachsenenbildung im ländlichen Raum neu gestalten“. In den Regionen Saar-Mosel und Südwestpfalz werden gegenwärtig neue Angebotsformen, gerade auch für Ältere, erarbeitet und erprobt.

Von Juli 2009 bis Dezember 2011 findet das Verbundprojekt „Lernend Altern“ der TU Kaiserslautern/Fachbereich Sozialwissenschaften (Fachgebiet Pädagogik) in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut für Experimentelles Software Engineering sowie der Volkshochschule Kaiserslautern statt. Es soll vernetzende und entgrenzende Weiterbildungsstrategien zur Erhöhung der Bildungsbeteiligung älterer Menschen in einer Modellregion (Kaiserslautern) entwickeln und erproben.

Seniorstudierende

Der Begriff „Seniorstudierende“ umfasst sowohl Gasthörerinnen und Gasthörer als auch Studierende des Programms „Studieren 50 Plus“ des Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Gerade letzteres richtet sich speziell an Frauen und Männer, die aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden sind oder die Familienphase abgeschlossen haben. Das Angebot „Studieren 50 Plus“ ist ein strukturiertes Studienprogramm unabhängig von

daneben existierenden regulären Studiengängen. Die Universität Mainz reagiert damit auf die vorhandene und stetig steigende Nachfrage älterer Menschen.

Die seit fast 20 Semestern präsentierten Angebote gehen bei der Themenauswahl und methodisch-didaktischen Aufbereitung auf die aktuelle Forschung zum Lernen Älterer beziehungsweise entsprechende Studien zurück, die die Bundesarbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Weiterbildung Älterer (BAG WIWA) herausgegeben hat.

Die Leiterin des Mainzer Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) steht als Vorstandsmitglied der BAG WIWA in engem Kontakt zu anderen deutschen Hochschulen, die ebenfalls ein Seniorenstudium anbieten. Aufgrund des großen Interesses der Älteren am generationenübergreifenden Lernen und an den neuen Medien wurde ein neues Angebot konzipiert: Eine Online-Ringvorlesung, die

live per Videostream in alle beteiligten Hochschulen übertragen wird (www.online-ringvorlesung.de). Auch hier werden die Themen aufgrund der Ergebnisse der Evaluationen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie wissenschaftlicher Studien ausgewählt. Das letzte Thema war „Europa und Nachhaltigkeit“, die nächste Vorlesungsreihe ist zum Thema „Städte – gestern, heute, morgen“ geplant (Wintersemester 2010/2011).

Im Rahmen der Forschungsinitiative fördert die Landesregierung außerdem seit Sommer 2008 verschiedene Forschungsprojekte, die sich unter anderem mit kognitiven und motorischen Fähigkeiten und Fertigkeiten älterer Menschen und unterstützenden Dienstleistungen beschäftigen. Im Forschungsschwerpunkt Interdisziplinäre Neurowissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz erforschen Medizinerinnen und Mediziner gemeinsam mit Natur- und Geisteswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Prozesse



des Gehirns und deren Konsequenzen für die Sprache, das Bewusstsein, die Wahrnehmung, die Ästhetik, und anderes mehr. Einen Schwerpunkt bildet das alternde Gehirn einschließlich der Entwicklungen und Ausprägungen von Demenzen.

Neben den kunst- und geschichtswissenschaftlichen Seminaren, die sich (dem Bundestrend gemäß) der größten Beliebtheit bei den Älteren erfreuen, werden auch Themen aufgegriffen, die den Alltag Älterer ganz konkret betreffen. So sich etwa ein weiterer wichtiger Themenbereich mit der Frage nach dem „Selbstbestimmten Wohnen im Alter“ auseinander. Das ZWW hat im Wintersemester 2007/08 ein gut besuchtes Seminar „Wohnen im Alter: Regionale Bedingungen und persönliches Umfeld“ angeboten. Weil die Finanzkrise zu einer großen Nachfrage im Bereich Finanz- und Geldwesen geführt hat, wurde (in Kooperation mit der Deutschen Bundesbank/Hauptverwaltung Mainz) im Sommersemester 2010 ein sehr gut angenommenes Seminar zur „Grundlagen der Geld- und Währungspolitik“ inklusive eines Besuchs bei der Hauptverwaltung Mainz angeboten. Auch (mehrtägige) seminarbegleitende Exkursionen, etwa im Bereich der Kunstgeschichte oder der Geographie, werden im Alter immer beliebter.

Alle Aktivitäten des ZWW zielen darauf ab, die Nachfrage der interessierten Älteren im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung erfolgreich und sinnstiftend zu bedienen. Ältere sollen in ihrer geistigen Aktivität unterstützt werden und sie sollen, vor allem im Bereich des Gasthörerstudiums, aktiv am universitären Leben teilhaben, um das Miteinander der Generationen in diesem Bereich zu fördern.

Das ZWW profitiert von seinem eigenen Angebot, weil sich aus dieser Arbeit immer wieder neue wissenschaftliche Fragestellungen sowie Themen für Abschluss- und Seminararbeiten in einschlägigen Instituten (Soziologie/Erziehungswissenschaft) ergeben. Diese können etwa das Lernverhalten Älterer betreffen oder die Frage, inwieweit sich geistige Fitness auf das körperliche Wohlbefinden beziehungsweise die Gesundheit auswirkt.



2.5.2 Die nächsten Schritte

Partizipation von Seniorinnen und Senioren stärken

Beiräte, Vertretungen und Leitstellen

Die Landesregierung wird auch in Zukunft ein großes Augenmerk auf den Erhalt und den Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten legen. Die Beteiligung älterer Menschen wird auch in Zukunft über die Landesleitstelle Älter werden in Rheinland-Pfalz, die kommunalen Seniorenbeiräte, die Beiräte für Migration und Integration, die Beteiligung bei der Pflegestrukturplanung, die Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V. und die vielen ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten sichergestellt.

Bürgerforen am Oberrhein

Unter rheinland-pfälzischer Federführung werden 2010 und 2011 in der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinregion drei Bürgerforen stattfinden. Rund 750 Teilneh-

merinnen und Teilnehmer aus den deutschen, französischen und schweizerischen Teilregionen bekommen dabei die Möglichkeit, ihre Ideen und Vorstellungen für die Gestaltung der Region einzubringen. Bei der Beteiligung möglichst vieler und repräsentativer Gruppen der Zivilgesellschaft aus den Teilregionen wurde darauf geachtet, vor allem auch der Stimme der Seniorinnen und Senioren Gehör zu verschaffen.

Möglichkeiten älterer Menschen ausbauen, sich bürgerschaftlich zu engagieren

Seniorenbüros

Ziel der Seniorenpolitik in Rheinland-Pfalz ist es, die kommunale Seniorenarbeit voranzubringen und weitere Seniorenbüros einzurichten, die ältere Menschen bei der Mitgestaltung unterstützen.

Projekt SeniorTrainer in Rheinland-Pfalz

Unter Federführung des Landesjugendpfarramtes der Evangelischen Kirche der Pfalz (Projektträger) werben SeniorTrainerinnen und SeniorTrainer in den Kommunen und bei Trägern für die Weiterbildung von älteren Menschen zu SeniorTrainerinnen und -Trainern. Es ist geplant, dass Bildungsträger die Ausbildung übernehmen und dass das Schulungsmaterial digital aufbereitet wird. Fachliche Unterstützung erhalten alle SeniorTrainerinnen und SeniorTrainer durch ein jährliches Weiterbildungs- und Vernetzungsangebot. Mit Unterstützung des Familienministeriums haben alle Interessierten im Herbst 2010 Gelegenheit, sich im Rahmen einer Veranstaltung zu informieren. Das passgenaue Qualifizierungsangebot soll dazu beitragen, weitere Kommunen und Verbände zu gewinnen, um älteren Menschen eine projektorientierte eigenständige Mitgestaltung zu ermöglichen. Nähere Informationen bieten die Internetseiten www.seniortrainerinnen-rlp.de oder www.seniortrainer-rlp.de.

Freiwilligenagenturen

Einen besonderen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung des Gemeinwesens leisten die derzeit rund 25 Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen und Kontaktstellen in den rheinland-pfälzischen Kreisen, kreisfreien Städten und Verbandsgemeinden. Die Landesregierung wird sich dafür engagieren, dass diese weiter gefördert und ausgebaut werden, so dass ein flächendeckendes Netz von kommunalen Ansprechstellen erreicht wird.

Anerkennung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen verbessern

Zahlreiche Beispiele aktiven Engagements von Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz sind Beleg dafür, dass ältere Menschen den Gewinn an Lebenszeit für sich und andere nutzbar machen und dass unsere Gesellschaft in hohem Maße von ihrem Engagement profitiert. Dieses Engagement schätzt die Landesregierung weiterhin in bewährter Form und in hohem Maße wert. Die Leitstelle „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ wird ihre Webseite weiterentwickeln. Ein Aspekt wird dabei die Präsentation des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements älterer Menschen sein. Weitere Informationen unter www.masgff.rlp.de/familie-und-generationen/politik-fuer-aeltere-Menschen/landesleitstelle.

Lebenslanges Lernen fördern

Die bisher erfolgreichen Projekte werden fortgeführt und weiterentwickelt.

Bildungsangebote neue Medien

Das (von 2009 bis 2011 stattfindende) Projekt „Lernend Altern“ der TU Kaiserslautern, des Fraunhofer Instituts für Experimentelles Software Engineering sowie der Volkshochschule Kaiserslautern hat es sich zum Ziel gesetzt, vor allem für Menschen über 65 Jahre, die nicht mehr mobil sind, die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen. Neue Medien wie Computer und Internet sollen eine Teilnahme an virtuellen Weiterbildungsveranstaltungen erlauben, ohne die jeweilige Einrichtung aufsuchen zu müssen. Die technische Hürde soll niedrig gehalten werden und auf die individuellen Bedürfnisse anpassbar

sein. Mit Hilfe dieses Projektes sollen längerfristig nicht nur internetbasierte Kursangebote in die Wohnzimmer älterer Interessenten gelangen. Darüber hinaus sollen weitere Erkenntnisse gewonnen werden bezüglich der Gestaltung von Lernangeboten sowie von Endgeräten und Benutzeroberflächen, die für diese Zielgruppe benutzbar und Gewinn bringend eingesetzt werden können. Neben der Vermittlung von (Fach-)Inhalten steht

der Austausch der Lernenden untereinander im Vordergrund. Die Planungen knüpfen an bisherige Erkenntnisse und Erfahrungen an.

Zum Thema intergenerationelles Lernen ist zudem ein Projekt des Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung geplant, das eventuell auch auf EU-Ebene mit verschiedenen Hochschulen aus europäischen Ländern kooperieren wird.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Ministerium für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz
Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit
Bauhofstraße 9
55116 Mainz
www.msagd.rlp.de



Gestaltung: www.grafikbuero.com

Druck: Schmidt & more Drucktechnik GmbH, Ginsheim-Gustavsburg

Unveränderte Neuauflage

Stand: Mai 2012

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Bildnachweis:

Seite 4: © Elisa Biscotti, Seite 6, 24, 90: © Dieth & Schröder Fotografie – MSAGD,
Seite 9: © Zsolt Nyulaszi – Fotolia.com, Seite 15: © manu – Fotolia.com,
Seite 18, 54, 56, 88: © Gina Sanders – Fotolia.com, Seite 21: © Dean Mitchell – Fotolia.com,
Seite 27: © Silvia Jansen – istockphoto.com, Seite 29: © Alex Raths – istockphoto.com,
Seite 33: © falkjohann – Fotolia.com, Seite 36: © SyB – Fotolia.com,
Seite 38: © Imageegaml – istockphoto.com, Seite 41, 58, 87, 92: © Image Source (IS506),
Seite 43: © einstein – Fotolia.com, Seite 46: © istockphoto.com,
Seite 52: © Lisa F. Young – Fotolia.com, Seite 61: © K.-U. Häßler – Fotolia.com,
Seite 68: © Yuri Arcurs – Fotolia.com, Seite 73: © Noam – Fotolia.com,
Seite 79: © Klaus Benz – MSAGD, Seite 82: © Ramona Heim – Fotolia.com